

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

5

Sozialdemokratie seit 1959

Von Godesberg nach Bonn?



ISSN 0170-4613

2. Jahrgang – November 1979

spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber:

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin-West)
Erhard Eichert (Herford)
Josef Hindels (Wien)
Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
Heinrich Lienker (Harsewinkel)
Werner Loewe (Hamburg)
Klaus Thüsing (Paderborn)
Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Detlef Birboes (Reutlingen), Burchard Bösche (Bremen), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin/West), Mechtild Jansen (Bonn), Hans-Dieter Keil (Hannover), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin/West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Hans Randl (Kiel), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Münster), Burkhard Zimmermann (Berlin/West), Jochen Zimmer (Stuttgart), Heinz Zoller (Karlsruhe)

Redaktion:

Heinz Beinert, Robert Brögeler, Ilse Bettstein, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz

Redaktionssekretariat: Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktionsanschrift und Vertrieb: Moltkestraße 21, 1000 Berlin 45

Verlag: SPW Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Satz: Composersatz + Montage

Martin Schmidt, Schudomastraße 50, 1000 Berlin 44, Telefon 681 65 09

Herstellung: Verlag + Druck Informdienst, Berlin

Vertrieb: SPW GmbH & Co. Druck- und Vertriebs-KG, Königin-Luise-Str. 81, 1000 Berlin 33

Auflage: 1. - 3. Tausend Januar 1979

Die „spw“ erscheint in 4 Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 360 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich.

Der Einzelverkaufspreis beträgt DM 5,-. Im Jahresabonnement kostet jedes Heft DM 4,50 einschließlich Versandkosten.

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausfertigung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Neue Konto-Nr. Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des Argumentverlages sowie — in Teilaufgabe — eine Abo-Zahlkarte des „spw“ Verlags.

Errata

(Die Montage vertauschte in der Inhaltsübersicht bei den Beiträgen Alexy/Bouwer ff. die Seitenverweise.)

INHALT

EDITORIAL	3
AKTUELLER KOMMENTAR	7
KLAUS PETER WOLF Kommunistische Unterwanderung der Einheitsgewerkschaft	
AUFSÄTZE ZUM DISKUSSIONSSCHWERPUNKT	
BRAUNS/JAEGGI/KISKER/ZERDICK/ZIMMERMANN Von Godesberg nach Bonn? Bilanz sozialdemokratischer Politik seit Godesberg	10
W.F. HAUG Ist das »Kapital« veraltet?	18
K. NEUMANN/A. WEHR Die Göttinger Thesen — Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD?	26
P. OEHLKE Lehren aus der Gewerkschaftsgeschichte	46
AUFSÄTZE AUSSERHALB DES DISKUSSIONSSCHWERPUNKTES	
H. ALEXY/G. BOUWER Anmerkungen zum Programm der DKP	61
U. ZACHERT Aktuelle Tendenzen einer Einschränkung der Tarifautonomie	77
D. BAMBERG Angriffe der CSU auf die Einheitsgewerkschaft	86
N. PAECH Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates (II)	99
ARCHIV	
PETER v. OERTZEN Wegmarke Godesberg	89
ORTSVEREIN MARBURG-STADT Antrag 95 zum Grundsatzprogramm-Entwurf	94
BUCHBESPRECHUNG	110

EDITORIAL

I. In eigener Sache

Zwischenbilanz der „spw“

Nachdem wir nunmehr seit etwa fünf Monaten endlich über ein Büro mit festgelegten Bürozeiten verfügen, macht sich die Konsolidierung insbesondere der Arbeit des Sekretariats deutlich bemerkbar.

Aufgrund dieser Tatsache waren wir auch in der Lage, uns einen Gesamtüberblick über den Absatz und die Produktionskosten der bereits erschienenen Hefte zu verschaffen und auf diese Weise den finanziellen Schwierigkeiten auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis der Zwischenbilanz bis einschließlich September 1979 zeigt, wie notwendig dieser Arbeitseinsatz war:

Der Verkaufserlös betrug im Jahre 1979 DM 24.755,44. Demgegenüber stehen Produktionskosten in Höhe von DM 21.273,21. Rechnet man die Vertriebs-, Versand-, allgemeinen Verwaltungs- und Werbekosten dazu, ergibt sich ein Verlust von DM 4.400,—. Der Stückpreis pro verkauftes Exemplar beträgt DM 4,50, d.h., bei Abos legen wir Versand und Portokosten zu. Diese Zahlen machen deutlich, daß wir nicht kostendeckend arbeiten. Das Defizit ist bisher durch verschiedenste Unterstützungsformen von Genossen ausgeglichen worden. Daß das kein Dauerzustand sein kann, ist selbstverständlich. Das Projekt soll und muß sich selbst tragen, damit ein regelmäßiges langfristiges Erscheinen gewährleistet ist. Wir müssen also umgehend Konsequenzen ziehen, die möglichst schnell alle Mängel beseitigen helfen:

- a) Wir müssen die Produktionskosten senken. Die Redaktion prüft zur Zeit, welche Möglichkeiten es dazu gibt.
- b) Wir müssen die Preise erhöhen.

Kein Projekt trägt sich auf die Dauer, wenn es beim Löwenanteil der verkauften Exemplare Versand- und Vertriebskosten zulegt und auf die Weise nicht einmal die Kosten gedeckt werden. Die Gesellschafterversammlung des Verlages hat deshalb auf ihrer letzten Sitzung in Berlin für 1980 folgende Preise beschlossen:

Ab 1980 (Heft 6) kostet das Einzelexemplar DM 7,70. Für Mitglieder der Organisation, die spw von einem Vertriebsagenten beziehen, gewähren wir einen Sonderpreis von DM 6,—. Im Abonnement kostet die spw dann 5,— plus Versandkosten, d.h., das Jahresabo wird für DM 23,— vergeben.

Das bisher bestehende Abo für DM 18,— läuft noch bis 31.12.1979. Wer also den Jahrgang 1980 noch zum alten Preis erhalten will, muß bis zum 31.12.1979 abonniert haben.

c) Gleichzeitig wird die Qualität der Hefte verbessert. Durch Blocksatz beispielsweise werden wir bei gleicher Seitenzahl mehr Raum gewinnen. Außerdem hat das Projekt bei allen Problemen im organisatorischen Bereich inzwischen soviel Stabilität, daß sich die Redaktion mehr um Inhalt und Struktur der Hefte kümmern kann. Wir wollen mehr über aktuelle Parteientwicklungen berichten, politische Einschätzungen liefern und dadurch auch inhaltlich interessanter und lesenswerter werden.

d) Vor diesem Hintergrund müssen Vertrieb und Werbung ausgebaut und effektiviert werden. Wir gehen davon aus, daß über den Buchhandel noch ein wesentlich breiteres Leserspektrum außerhalb der Organisation erreicht werden kann. Darüber hinaus hoffen wir, daß unseren Vertriebsagenten u.a. wegen der verbesserten Qualität der Hefte der Verkauf leichter fällt. Allerdings sind wir hier sowohl auf pünktliche Abrechnung wie auf mehr Kommunikation mit uns angewiesen. Die Vertriebsagenten sollten uns von Zeit zu Zeit über ihre Verkaufserfahrungen informieren.

Wir hoffen, mit dieser Politik und Eurer Unterstützung das Projekt auf Dauer zu stabilisieren.

Ein neuer Herausgeber

Mit spw 5 begrüßen wir einen neuen Herausgeber in unseren Reihen: auf der letzten Gesellschafterversammlung in Berlin wurde der Genosse Josef Hindels aus Wien einstimmig in den Herausgeberkreis gewählt.

Josef Hindels leistete in der österreichischen Arbeiterbewegung von 1934–38 aktiven Widerstand gegen den deutschen Faschismus.

Anschließend ging er in die Emigration nach Skandinavien. Nach 1945 wurde er Bildungsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs und Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Heute ist Hindels Publizist. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Bücher über grundsätzliche Fragen der Arbeiterbewegung. Er steht für eine marxistische Theorieströmung, die einen engen Zusammenhang zwischen der Spaltung der Arbeiterbewegung und dem Sieg des Faschismus in Europa sieht und entsprechende Konsequenzen ziehen will: den Austromarxismus. Die aus dieser Analyse resultierenden bündnispolitischen Perspektiven des Austromarxismus gewinnen aktuelle Bedeutung angesichts der sich verschärfenden Krise des kapitalistischen Systems. In den Parteien der Sozialistischen Internationale und den kommunistischen Parteien Westeuropas hat deshalb eine Wiederentdeckung und neue Diskussion über die Perspektiven und Inhalte dieser Theorieströmung begonnen. Innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie haben erstmals die „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ auf den Austromarxismus Bezug genommen. Damit wurde der Versuch unternommen, in der Diskussion um eine Weiterentwicklung marxistischer Theoriebildung in Westeuropa einen eigenständigen Beitrag zu leisten.

Josef Hindels setzte sich in Heft 3 der „spw“ mit den „Herforder Thesen“ auseinander.

Sein Eintritt in den Herausgeberkreis der „spw“ symbolisiert nunmehr ein Bündnis, das uns durch eine gemeinsame Strategiediskussion und Theoriebildung wichtige Impulse geben kann.

II. Zum vorliegenden Heft

Der späte Erscheinungstermin des vorliegenden Heftes beruht in erster Linie auf dem Wunsch vieler Vertriebsagenten, noch ein paar Wochen Zeit für den Verkauf von Heft 4 zu haben.

Da während der Sommermonate ein Verkauf innerhalb der Organisation nicht möglich ist, müssen wir uns für das kommende Jahr etwas einfallen lassen. Eventuell werden wir den Erscheinungsrhythmus umstellen.

Der ursprünglich geplante zweite Schwerpunkt zum Thema „Ökologie“ mußte auf Heft 6 verschoben werden.

Die Artikel über die aktuelle Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsgeschichte und der Kritik an den Göttinger Thesen sind doppelt so lang wie geplant und haben deshalb die Konzeption des Doppelschwerpunktes gesprengt.

Obwohl wir weiterhin davon ausgehen, daß Beiträge in der spw 8–10 Druckseiten nicht überschreiten sollen, sind wir in diesem Fall der Meinung, daß die Überlänge politisch gerechtfertigt ist. Beide Artikel liefern innerhalb des Schwerpunktes Sozialdemokratie einen bedeutenden Beitrag für die gewerkschaftliche und theoretische Auseinandersetzung.

Auf den Tag genau, da dieses Heft erscheint, jährt sich zum zwanzigsten Mal der außerordentliche Programmparteitag von Godesberg. Erstaunlich, daß im Vorfeld des kommenden Bundestagswahlkampfes und der zu erwartenden politisch-konservativen Großoffensive, die Sozialdemokratie ihren Programmparteitag bisher mit Nichtachtung würdigt. Glaubt man den hochglanzpapierenen Argumenten der Parteiführung die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik, so wäre es doch Anlaß genug, konservativen Angriffen und Strategien die eigene Programmatik offensiv entgegenzuhalten. Oder ist man sich des Erfolges von Programm und Politik nicht mehr so sicher?

Brauns, Jaeggi u.a. ziehen Bilanz. Für sie ist der oft zitierte „Erfolg“ von Godesberg – die Erringung parlamentarischer Mehrheiten – heute in Frage gestellt. Das mit Godesberg auch programmatisch dokumentierte Auseinanderfallen von Theorie und Praxis sozialdemokratischer Politik hat zu ziellosem technokratischen Pragmatismus in der Regierungspolitik geführt. In vielen wichtigen Politikbereichen ist die Sozialdemokratie daher mit ihren Reformvorstellungen gescheitert. Nur eine scho-

nungslose Kritik des Weges seit Godesberg mit dem Ziel der erneuten Vereinheitlichung von Theorie und Praxis kann nach Auffassung der Autoren die SPD aus ihrer politischen Sackgasse herausführen.

Haug weist mit seinem Artikel in die gleiche Richtung der Kritik. Er stellt die Hilflosigkeit bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft dar, die unfähig ist, Strategien zur Lösung der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu entwickeln. Damit ist gleichzeitig eines der Hauptprobleme sozialdemokratischer Regierungspolitik und deren inhaltliches Fundament angesprochen: die antimarxistische Grundthese der Godesberger Programmdiskussion.

Die Kritik von Neumann und Wehr an den „Göttinger Thesen“ zeigt den aktuellen Stand marxistischer Diskussion in der SPD um die Frage der sozialistischen Transformation der Partei. Der Artikel wendet sich gegen ein methodisch unzulängliches Marxismusverständnis und daraus resultierende falsche Perspektiven.

Welche Bedeutung die sozialdemokratische Entwicklung für die innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit hat, untersucht Oehlke exemplarisch an der Kontroverse um die Gewerkschaftsgeschichte. Er zeigt, daß es bei dieser Debatte weniger darum geht, die Gewerkschaftsgeschichte kritisch aufzuarbeiten, als die Bindung der Gewerkschaften an die rechtssozialdemokratische Regierungspolitik zu verteidigen.

Findet der Programmparteitag von Godesberg aktuell keine Würdigung, so erst recht nicht die kritischen Positionen der damaligen Programmdiskussion. In der Rubrik Archiv veröffentlichen wir eine Kritik Peter v. Oertzens aus der SoPo des Jahres 1959 und dokumentieren den marxistischen Alternativantrag zum Godesberger Programm aus Marburg-Stadt, der wesentlich von W. Abendroth beeinflußt wurde. Für die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischer Politik seit Godesberg ist dieser Antrag unverzichtbares Dokument.

Außerhalb des Schwerpunktes setzen wir mit dem Artikel von Zachert über die konservativen Angriffe auf die Tarifautonomie die Diskussion gewerkschaftlicher Themen fort. Hier wird eine der aktuellen Hauptkampflinien zwischen Kapital und Arbeit gezeigt, die verstärkt durch den kommenden Bundestagswahlkampf zu einer besonderen Herausforderung für Sozialdemokraten werden wird.

Mit dem Artikel von Bouwer und Alexy greifen wir in „spw“ erstmals die Diskussion um das Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus auf. Die Autoren vertreten von einem bündnispolitischen Standpunkt die These, daß die politische Isolation der Kommunisten in der Bundesrepublik auf einem unklaren Verhältnis zur politischen Demokratie – einerseits in den sozialistischen Ländern, andererseits für den Transformationsprozeß der Bundesrepublik in eine sozialistische Gesellschaft – beruht.

Eine frei von Antikommunismus geführte Diskussion über die Fehler der beiden wichtigsten ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung zu fördern, halten wir in dieser Zeitschrift mit für unsere Aufgabe. Wir hoffen mit dem Abdruck dieses Artikels dazu einen Beitrag zu leisten.

Aktueller Kommentar

Von der „kommunistischen Unterwanderung“ der DGB-Gewerkschaften, insbesondere der Gewerkschaftsjugend, ist seit Monaten die Rede. „Rechte“ und „Linke“ benutzen diese Formel. Aber daß es im Kern bei dieser Auseinandersetzung nicht um die bundesdeutschen Kommunisten geht, ließ der DGB-Vorsitzende noch vor dem Gespräch mit dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU über seine Pressestelle mitteilen: „Die Schwächung und Zerschlagung des Einheitsgewerkschaftsprinzips ist nach Auffassung des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter das wirkliche Ziel zahlreicher Kräfte, die gegenwärtig ständig in der Öffentlichkeit über eine angebliche 'kommunistische Unterwanderung' des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften lamentieren und ihre vermeintliche Hilfe anbieten.“

Hintergrund für die These von der „kommunistischen Unterwanderung“ ist wohl nicht die Furcht vor einem überhandnehmenden Einfluß von Kommunisten in der Gesellschaft und in den Gewerkschaften. Zur Erklärung dieser Debatte muß die ökonomische Entwicklung in der BRD, also die sich verschärfende Wirtschaftskrise mit strukturellen Verschiebungen und Massenarbeitslosigkeit, betrachtet werden: Wie reagieren die Organisationen der Arbeiterklasse auf die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung, wie Konzentration und Zentralisation, arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsstrategien des Kapitals, Massenarbeitslosigkeit, Qualifikationsänderungen der Arbeitsplatzstrukturen, sowie auf die Strategien der Reaktion in den Parlamenten, die die Kapitalinteressen vertreten, und der Arbeitgeberverbände selbst, wie Aussperrung, Zusammenfassung unternehmerischer Macht (Tabu-Katalog), Torpedierung jedweder Reformpolitik? Dabei darf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die sich gerade auch in ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Berufsbildungspolitik unverkennbar an den Unternehmerinteressen orientiert, nicht unberücksichtigt bleiben. Welchen Weg geht also der DGB: setzen sich verstärkte klassenkämpferische oder eher die sozialpartnerschaftlichen Positionen durch?

Die massivsten Attacken gegen den DGB kommen aus der Zentrale der bundesdeutschen Reaktion in München, die bereits für den Wahlsieg ihres Kanzlerkandidaten Strauß Vorarbeit leistet. Mit der Absicht, Konkurrenzgewerkschaften zum DGB zu unterstützen, – allein deren Propagierung wirkt, – und mit der Diffamierung der DGB-Gewerkschaften als „kommunistisch unterwandert“ soll die Einheitsgewerkschaft geschwächt bzw. zerschlagen werden. Eine starke Einheitsgewerkschaft wäre für eine von Strauß geführte Bundesregierung ein entscheidendes Hindernis, die zu erwartenden sozialen Unruhen als Folge sich verschärfender Krisenentwicklung mit autoritären polizeistaatlichen Mitteln niederzuknüppeln. Nur solche Methoden werden langfristig garantieren, daß die privatkapitalistischen Unternehmen weiterhin und verstärkt Krisenlasten ungestört (von gewerkschaftlichen Kampfaktionen) auf die lohnabhängig Beschäftigten abwälzen können. Die Vertreter der Großkonzerne

und der Reaktion wissen, daß sie sich auf Strauß dabei verlassen können, weil er sowohl ihre Interessen vertritt, als auch ein taktisches Verhältnis zur Demokratie hat, d. h. die Demokratie zur Disposition stellen wird, wenn er seine politischen Ziele auf ihrer Grundlage nicht erreichen kann. Strauß ist nicht zuletzt deshalb der politische Gegner Nr. 1 für die Gewerkschaftsbewegung.

Dessen ungeachtet hielt es der DGB-Vorsitzende für nötig, sich mit Franz Josef Strauß zu einem offiziellen Gespräch zu treffen, ihn somit als demokratischen Staatsmann anzuerkennen und aufzuwerten sowie in der Öffentlichkeit anschließend so zu tun, als sei in etlichen Fragen eine Übereinstimmung erzielt worden. Sicher, auch Strauß verzichtet auf Konfrontation, denn er mußte sich mit Vetter zu einer „liebvollen Umarmung“ treffen, um sein „arbeitnehmerfreundliches Image“ für die Wahl (zunächst in Nordrhein-Westfalen) aufzupolieren. Aber warum hatte der DGB-Vorsitzende ein derartiges Tête-à-tête nötig, das Millionen von Arbeitnehmern desorientierte? Schützenhilfe vom CSU-Vorsitzenden wollte sich Vetter bestimmt nicht holen. Der DGB kann, so erklärte er selber während der Grundversammlung des Interregionalen Gewerkschaftsrates Weser-Ems-Nord-Niederlande, „auf die scheinheilige Hilfe derer verzichten, die aus tagespolitischem Opportunismus die Einheitsgewerkschaft zur Disposition stellen wollen — und die wider besseres Wissen so tun, als müßten sie die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor 'kommunistischer Unterwanderung' schützen.“

Hat Vetter also Befürchtungen, die DGB-Gewerkschaften würden den zu erwartenden pausenlosen Angriffen der CSU, und in ihrem Gefolge der CDU nicht gewachsen sein? Aber wäre nicht gerade ein stärkerer Zusammenhalt der DGB-Kollegen — gerade auch im Bundestagswahlkampf — des Resultat gewesen? Fest steht: In der Öffentlichkeit ist nicht der Eindruck entstanden, als könne Vetter nach seinem Strauß-Rendezvous etwas vorweisen.

Die Reaktionäre um Strauß werden auch andere DGB-„Vorleistungen“ nicht honorieren. Und so wird auch die Versetzung des DGB-Jugendsekretärs Heinz Hawreliuk vergebliche Liebesmühe des Kollegen Schwab gewesen sein. In jedem Fall ist Hawreliuk das erste personelle Opfer, das die Kampagne gegen die Einheitsgewerkschaft, die auch unter dem Deckmantel der „kommunistischen Unterwanderung“ und der Abgrenzung von anderen innergewerkschaftlichen Strömungen geführt wird, erwirken konnte. Der Jugendausschuß der IG Metall sah in der Tätigkeit des Kollegen Hawreliuk keinen Grund, der eine Funktionsenthebung gerechtfertigt hätte. Er habe daher für die Entscheidung des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB kein Verständnis und sehe in dieser Entscheidung auch keinen Beitrag zur organisatorischen bzw. inhaltlichen Förderung gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Die Umsetzung Hawreliuks, der über unterschiedliche Vorstellungen über die Einheitsgewerkschaft stolperte, wird die Gewerkschaftsjugend in ihrer Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit beeinträchtigen, die nicht nur wegen der sich zuspitzenden Krisenauseinandersetzungen und verstärkten reaktionären Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft dringend erforderlich sind, sondern auch, um den zu-

nehmend orientierungslosen Jugendlichen eine Perspektive entwickeln zu können. Letztlich wird auch die konstruktive Mitarbeit der Jugend am neuen DGB-Grundsatzprogramm gelähmt, so daß sich das im Entwurf verankerte „bedingte Ja zur sozialen Marktwirtschaft“ innergewerkschaftlich leichter durchsetzen läßt. Dies gilt auch für alle anderen Auseinandersetzungen, selbst in den Reihen der Gewerkschaftsjugend, so daß Positionen, wie sie zur Krisenentwicklung und gewerkschaftlichen Jugendarbeit auf der letzten Bundeskonferenz der Gewerkschaftsjugend in Mannheim formuliert wurden, schwerer durchsetzbar werden.

Damit wird objektiv auch der rechten SPD gedient, die sich in der Auseinandersetzung um den DGB bisher zurückgehalten hat. Sie profitiert jedoch von dieser Auseinandersetzung, weil in ihrer Folge die Kräfte mit klassenkämpferischen Positionen, die sich nicht mit der kapitalismusfreundlichen Krisenbewältigungspolitik der Bundesregierung in Übereinstimmung bringen lassen, geschwächt und somit rechts sozialdemokratischen Instrumentalisierungsbestrebungen weiterhin nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.

Die rechtssozialdemokratischen Kräfte konnten sich diese Zurückhaltung auferlegen, weil ein beachtlicher Teil des linken, reformistischen SPD-Flügels ihr Geschäft mit besorgte. Die Attacken von Oertzen und Schröder auf Deppe, Abendroth und Hensche einerseits sowie andererseits das 10-Punkte-Papier zur „Arbeit von Jungsozialisten in den Gewerkschaften“, das auf eine Abgrenzung gegenüber den Kommunisten in der Gewerkschaft angelegt ist, leisten einen Beitrag zur Schwächung der Einheitsgewerkschaft. Die Initiatoren des 10-Punkte-Papiers verfolgen gleichermaßen das Ziel, die marxistischen Kräfte in der DGB-Gewerkschaftsjugend und bei den Jungsozialisten zu schwächen, die sonst gemeinsam ein Zurückdrängen reformistischer Positionen leisten könnten. Dadurch würde jedoch, was die Jungsozialisten betrifft, die von deren ehemaligem Bundessekretär Ernst Eichengrün nach der Linkswendung der Jusos vor zehn Jahren in München propagierte halblinke Stabilisierung gefährdet werden. Sie lasse sich nur leisten, wenn – in der Sprache des Partei-Rechten Eichengrün – die „Isolierung der Radikalen in der Partei Vorrang“ hat. Mit linkem Antikommunismus wird diese Isolierung vom reformistischen Teil der Jusos versucht. Die Partei spielt – gegenwärtig nach Eichengrün-Rezept – mit: „Alle diese internen Entwicklungen gedeihen jedoch nur in einer Atmosphäre der Entspannung im Gesamtverhältnis Parteiführung – Jungsozialisten auf allen Ebenen.“

Eichengrüns Ziel, die Juso-Organisation „wieder halblinks zu stabilisieren und damit in ihrer Wirkung innerhalb und außerhalb der Partei zu neutralisieren“ scheint auch die neue, explizit reformistische Mehrheit im Juso-Bundesvorstand anzustreben. Eine halblinke Stabilisierung wird nur um den Preis heftiger Fraktionskämpfe durchsetzbar sein. Auch dies liegt im Interesse der Parteiführung, der nur eine vereinheitlichte und gestärkte Jugendorganisation auf marxistischer Grundlage ins Konzept fahren könnte. Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft hat jedenfalls die traditionelle Linie im linken Spektrum aufgelockert, wie die Solidarität mit Wolfgang Abendroth zeigt.

Klaus-Peter Wolf

Von Godesberg nach Bonn?

Bilanz sozialdemokratischer Politik seit Godesberg

1. Programm und Politik

Zwanzig Jahre nach der Annahme des Godesberger Programms auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD vom 13.-15.11.1959 in Bad Godesberg und zehn Jahre nach der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition steht die SPD an einem Wendepunkt ihrer Politik. Niemals in ihrer über hundertjährigen Geschichte war die Partei so isoliert von den wirklichen sozialen Bewegungen und Strömungen in der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft wie heute.

Damit steht vielleicht schon kurzfristig – denkt man an die kommende Bundestagswahl – der angebliche „Erfolg“ von Godesberg auf dem Spiel: Die Erringung von parlamentarischen Mehrheiten mit dem Anspruch auf Verwirklichung sozialdemokratischer Politik.

Der Name „Godesberg“ steht für einen grundlegenden Wandel sozialdemokratischer Politik: Statt Arbeiterpartei – Volkspartei, statt Interessenpolitik für die abhängig Beschäftigten – Orientierung an den Interessen der sog. „Mitte“, statt marxistische Gesellschaftsanalyse – unverbindliche, weltanschauliche Grundwerte, statt politischen Aktionsprogrammen – politische Lyrik verbunden mit Pathos.

Nach zwanzig Jahren Godesberg ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Erfolge z. B. in der Ostpolitik, im Bildungswesen oder in der Reform des Familienrechts sind zu verzeichnen. Dennoch ist in vielen Bereichen kaum mehr eine inhaltliche Alternative zu konservativen Parteien zu erkennen, die innerparteiliche Diskussion findet kaum mehr statt, selbst die Stammwähler beginnen sich abzuwenden und nach 10 Jahren sozialliberaler Regierung ist ein grundlegender Durchbruch, sind weitreichende Veränderungen nicht zu erkennen und kaum noch zu erwarten. Unsere These ist, daß die SPD ihren bisherigen Weg überdenken und ändern muß, um erforderliche grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Interesse der abhängig Beschäftigten zu erreichen. Wir behaupten, daß das Godesberger Programm den (falschen) Weg der letzten Jahre mitbestimmt hat. Nach unserer Ansicht hat die Partei mit dem Programm

- die zentrale Frage für gesellschaftliche Veränderungen nämlich die ökonomische, offen gelassen und fördert damit die Strategie der Parteiführung, (rechte) Pragmatik gegen (linke) Theorie auszuspielen,
- die Entfremdung von den Stammwählern, die auch zu einer Entfremdung von den Gewerkschaften geführt hat, gefördert,

- den Zusammenhang zwischen Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen verkannt und damit zum Scheitern von Reformen auch dort beigetragen, wo die programmatischen Vorstellungen am präzisesten waren (z. B. Bildungsreich),
- die Unverbindlichkeit und Offenheit nach allen Seiten zum Programm erhoben, damit nicht nur auf die politischen notwendigen Handlungsorientierung und Bestimmung von Politik durch das Programm verzichtet, sondern zu einer breiten Entmotivierung und Entdemokratisierung in der Partei beigetragen,
- schließlich in Verbindung mit dem Prozeß der Entdemokratisierung und der Regierungspragmatik an die Stelle der kritischen Solidarität demokratischer Sozialisten die Solidarisierung mit der sozialliberalen Koalition gesetzt.

2. Dilemma der Wirtschaftspolitik

Die Auseinandersetzungen um die Aussagen zur *Wirtschaftspolitik* im Godesberger Programm schienen sich zunächst durch die reale Entwicklung noch nachträglich als gegenstandslos zu erweisen: Der unbestreitbare Erfolg des kapitalistischen Entwicklungsprozesses auch in der Verbesserung der Lebenssituation der abhängig Beschäftigten ließ eine Fortsetzung der Diskussion über andere Formen der Wirtschaftsorganisation mehr und mehr anachronistisch erscheinen. Mit Eintritt der SPD in die Große Koalition und erst recht mit ihrer Führungsrolle in der Zeit nach 1969 schien es unvereinbar, die auf der Grundlage der „Marktwirtschaft“ und mithilfe des bestehenden staatlichen Instrumentariums erzielten Ergebnisse anders denn als Erfolge sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zu interpretieren.

Die Rolle der innerparteilichen Linken, die für sich in Anspruch nehmen konnten auf die langfristigen Gefahren einer auf kapitalistische Mechanismen vertrauenden Wirtschaftspolitik rechtzeitig aufmerksam gemacht zu haben, wurde durch den Zwang zur öffentlichen Solidarisierung mit der Regierungspolitik vollends unhaltbar: Einerseits innerparteilich als ideologisch verhärtete Besserwisser, andererseits außerhalb der Partei als halbherzige Apologeten der Regierungspolitik bekämpft und verschmäht, zog sie sich vorwiegend zurück auf scheinbar grundlegende Fragen der politischen Arbeit. Die im Godesberger Programm angelegte Unverbindlichkeit des gemeinsamen Programms führte daher in Verbindung mit der wirksamen Solidarität in der Auseinandersetzung nach außen zu einer auf die Dauer unheilvollen Polarisierung der politischen Arbeit der Partei: während sich „an der Basis“ die Linke um die Grundlegung sozialdemokratischer Politik durch Schulungsarbeit und programmatische Diskussionen mühte, herrschte im politischen Tagesgeschäft der Regierenden in Bund, Ländern und Gemeinden hemmungsloser Pragmatismus. Die aus den unterschiedlichen Auffassungen resultierenden innerparteilichen Konflikte wurden fälschlich interpretiert als der Gegensatz zwischen „Theorie“ und „Praxis“, die fol-

gende Unterdrückung der Linken auch von ihr selbst als „Theoriefeindlichkeit“ mißverstanden. Unsere These ist, daß eine Verbindung zwischen wirtschaftspolitischer Theorie und wirtschaftspolitischer Praxis der SPD nicht an dem grundlegenden Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis, sondern an der Unmöglichkeit scheiterte, *linke* (d. h. sozialistische) Theorie mit *rechter* (d. h. kapitalistischer) Praxis glaubwürdig zu verbinden.

Eine Begründung kapitalistischer Praxis mit Hilfe der dafür überreichlich angebotenen Theorie mußte unterbleiben, weil dadurch die Annäherung an die Positionen der parlamentarischen Opposition allzu offensichtlich gewesen wäre; noch viel mehr schien eine Umsetzung sozialistischer Theorien in politische Praxis undenkbar — das Ergebnis war für beide Seiten das Fehlen einer abgeleiteten Strategie als Grundlage politischen Handelns. Dazu einige Beispiele: Die Diskussion um Fragen der Investitionslenkung und Vergesellschaftung, die sich weitgehend auf das linke Spektrum der Partei beschränkte, verlief praktisch folgenlos, obwohl gleichzeitig eine sozialdemokratisch geführte Regierung in ihrer eigenen Wirtschaftspolitik Milliardenbeträge zur Subventionierung (und damit auch staatlichen Lenkung) verwendete; während innerhalb der Partei über das „Recht auf Arbeit“ diskutiert wird, setzen von der Regierung geförderte Rationalisierungsinvestitionen Fakten für die weitere Entwicklung; während öffentliche Ausgabenprogramme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und gleichzeitigen Verbesserung der Bedarfsdeckung an notwendigen öffentlichen Gütern gefordert werden, betreibt die Regierung ein Programm zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

3. Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften

Die abnehmende Bedeutung wirtschaftspolitischer Fragestellungen in der programmatischen Diskussion der SPD wurde durch eine Umkehrung des *Verhältnisses zu den Gewerkschaften* unterstrichen. In der Geschichte der Partei war ihre Herkunft aus der Arbeiterbewegung und damit ihre enge Verbindung zu den Gewerkschaften selbstverständliches Erbe gewesen; mit der durch das Godesberger Programm beschriebenen Öffnung zur Volkspartei wandelte sich das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften zunächst zu einer zwar nach wie vor wichtigen, aber nur neben anderen bestehenden Kooperation. Diese Entwicklung wurde durch die Betonung des Prinzips der politisch zwar nicht neutralen, aber parteipolitisch unabhängigen Einheitsgewerkschaft noch unterstrichen. Der eigentliche Wandel des Verhältnisses aber setzte ein mit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die SPD: sie trat unter anderem an mit der Zielsetzung, Reformen auch und gerade im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen, Interessen also, deren Formulierung in den Gewerkschaften begann und die dann allmählich durch innerparteiliche Diskussionsprozesse zu programmatischen Forderungen an

die Regierungspolitik wurden. Mit der Einsicht in die zunehmenden Schwierigkeiten der Verwirklichung solcher Reformen aber wuchs auch der Widerstand gegen einen solchen Weg der Interessenformulierung — an seine Stelle trat allmählich immer mehr die Aufforderung an die Gewerkschaften, auf die Schwierigkeiten einer ihnen immer noch gewogenen Regierung Rücksicht zu nehmen — im Klartext: auf die Vertretung als kurzfristig definierter Interessen zugunsten langfristiger Reformchancen zumindest teilweise zu verzichten.

Die wachsende Entfremdung zwischen SPD und Gewerkschaften drückte sich auf der Ebene der innerparteilichen Diskussion in einer (möglicherweise nicht voll bewußtgewordenen) Umdefinition des wechselseitigen Verhältnisses aus. An die Stelle der Vorstellung, die Partei müsse auf die Forderungen der Gewerkschaften mit dem Versuch ihrer Umsetzung im politischen Bereich reagieren, trat das Bild von den Gewerkschaften als einer gesellschaftlichen Institution, innerhalb derer Sozialdemokraten für ihre Positionen zu werben und „Vertrauensarbeit“ für ihre Partei zu leisten hatten. Dieser Wandel der Vorstellungen — von der SPD als Arbeiterpartei, die versucht gewerkschaftliche Forderungen umzusetzen, zu einer Position, welche die Gewerkschaften als Erfüllungsgehilfen der Regierungspolitik ansieht — ist dabei nicht einmal das Ergebnis eines bewußten politischen Umorientierungsprozesses; er ist nur das zwangsläufige Ergebnis hilfloser Verstrickung zwischen unerfüllbar scheidenden Ansprüchen und der Unfähigkeit zur Einsicht in die gesellschaftlichen Widerstände gegen sozialistische Politik.

4. Enttäuschungen der Bildungspolitik

Reformen im *Bildungsbereich* wurden das Kernstück sozialdemokratischer Politik: Das Godesberger Programm bleibt hier nicht in unverbindlichen Gemeinplätzen; unbestreitbar sind in diesem Bereich seit 1969 tiefgreifende Veränderungen und Fortschritte erreicht worden.

Der Elementarbereich wurde ausgebaut, der Sekundarbereich für inzwischen etwa 25% eines Jahrgangs geöffnet und durchlässiger gestaltet (Gesamtschulen) und der Hochschulbereich tiefgreifend verändert. Eine genauere Analyse zeigt allerdings, daß die Reformen überwiegend über eine Organisationsreform und quantitative Veränderungen (noch) nicht hinausgekommen sind. Das gilt für den Hochschulbereich, dessen eigentliches Reformziel — die Studienreform — aussteht, ebenso wie für den Schulbereich: Im Streit um die Gesamtschule ist an die Stelle von anderer (sozialdemokratischer) Qualität eine technokratische Quantität getreten. Die Reform der Lehrpläne steht noch aus und Ansätze dazu wurden — wie in Hessen die Rahmenrichtlinien — unter dem Druck der CDU zurückgezogen.

Unter dem (Ein)druck der anstehenden Probleme nahm die Partei die Bildungsreform zunächst aktiv in Angriff. Über die Notwendigkeit, wenn auch nicht immer

über Ziele und Schritte, bestand auch mit der Parteilinken weitgehend Einigkeit. Auch sie engagierte sich stark bei der Bildungsreform.

Rückblickend fällt über alle Flügel hinweg nicht nur der illusionäre Optimismus auf, mit dem die Reformen in Angriff genommen wurden; es fällt auch auf, daß Reformen in diesem Bereich auf die sozialen Machtverhältnisse nicht abgestimmt waren. Daß Reformen des Bildungsbereiches ohne Änderungen der politischen und ökonomischen Verhältnisse zum Scheitern verurteilt sind, auch wenn man die erforderliche parlamentarische Mehrheit hat, zeigt das Schicksal der Reform der beruflichen Bildung: Der Anspruch, eine bessere Ausbildung und Berufsausbildung im Interesse der Auszubildenden durchzusetzen, scheiterte an der Boykottandrohung der Unternehmer. Die schließlich als Kompromiß beschlossene Bildungsabgabe gab die ursprünglichen Reformziele zugunsten einer Umverteilung im Interesse der Industrie auf. Auf Anforderungen an die Ausbilder wurde schrittweise verzichtet ebenso wie schließlich auf die Erhebung der Abgabe.

Gerade das Scheitern der Reform der beruflichen Bildung macht deutlich, daß Reformen wie im Bildungsbereich ohne Bezug zu den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen letztlich auf Sand gebaut waren und den Grund ihres Scheiterns von Anfang an in sich trug.

5. Abbau demokratischer Rechte statt Demokratisierung

Demokratie „muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden“. Entsprechend diesem Auftrag des Godesberger Programms schien es nach 1969 dann auch möglich, „mehr Demokratie (zu) wagen“.

In der Bildung, in Ehe und Familie, im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft setzte die Partei ebenso an wie im Strafrecht. Gerade die Reformen des Strafrechts belegen, daß sich die Politik nicht am Demokratie-Auftrag orientierte und daß das Ergebnis innerparteilich und allgemein zu einer Entdemokratisierung führte: Die Öffnung zur Mitte als Preis der Demokratie?

Der öffentlichen und teilweise konfliktreichen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Probleme, die z.B. an Hochschulen, aber auch im gewerkschaftlichen Bereich thematisiert wurden, begegneten regierende Sozialdemokraten überwiegend repressiv. Sie befanden sich dabei in Übereinstimmung mit konservativen Kräften und sahen in ihren Reaktionen keinen Widerspruch zum Godesberger Programm. Erst als sich herausstellte, daß man soziale Konflikte, die sich in Demonstrationen und anderen Aktionen ausdrückten, durch Polizei und Strafrecht nicht unterdrücken konnte, versuchten Parteiführung und Regierung die Spannungen durch eine Liberalisierung des Strafrechts zu entschärfen — gegen heftigen Widerstand von rechts, wo man die sog. innere Sicherheit bedroht sah.

Da die sozialliberale Koalition die sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht lösen konnte, verschärfen sich auch nach der Liberalisierung des Strafrechts die Konflikte. Begonnene weitreichende Reformen hielt die Partei angesichts des Druckes von rechts und aufgrund sich verknappender Finanzen nicht durch und nahm sie Schritt für Schritt zurück.

Statt aber das Scheitern einzugestehen und die Widerstände und Gegner deutlich zu benennen, ging die Parteiführung mit konservativen Reformgegnern weitreichende Kompromisse ein, die sie auch noch als Erfolg ihrer Reformpolitik bezeichnete. Die sich hierin ausdrückende Trennung der Parteispitze von der Parteibasis und der Bevölkerung verstärkte die Isolierung. Die Politik der Partei orientierte sich nicht an der innerparteilichen Meinungsbildung, sondern an einer parlamentarischen und bürgerlichen Öffentlichkeit. An dem hier politisch und finanziell Machbaren richtet sich die sozialdemokratische Reformpolitik aus, nicht an – vielleicht auch nur langfristig und in mehreren Schritten zu verwirklichenden und von einer intensiven Meinungsbildung außerhalb des parlamentarischen Raums erarbeiteten – programmatischen Zielen. Weil sie die Erfolge ihrer Reformpolitik am parlamentarischen Ergebnis und nicht am Klasseninteresse der abhängig Beschäftigten maß, weil für die Parteiführung die Gemeinsamkeit aller (parlamentarischer) Demokraten wichtiger war, als die Konfrontation mit gesellschaftlichen Gegnern, vergab sie die Chance, die reformfeindlichen Kräfte in der Gesellschaft zu identifizieren und politisch auch durch gescheiterte Reformen bewußtseinsbildend zu wirken. Diese Politik der Scheinreformen um jeden Preis hat sich längst gegen die Partei gewendet.

Auf der Suche nach einer Mitte, die die Parteiführung für Wahlerfolge erforderlich hält und deren Spektrum nicht von ihr, sondern beliebig von den Rechtskräften definiert wird, paßt sie ihr politisches Handeln opportunistisch an: Weil angeblich sozialdemokratische Reformpolitik und Liberalisierung des Strafrechts einen kleinbürgerlichen Terrorismus gefördert hatten, der entgegen seiner tatsächlichen Bedeutung zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit hochgespielt wurde, war die Partei zu einer politischen Kehrtwendung bereit, die unter dem Stichwort „innere Sicherheit als Bürgerrecht“ (H. J. Vogel) ein verschärftes Strafrecht (Terrorismus-Paragrafen), einen rechtsstaatlich problematischen Strafprozeß (Verteidigerausschluß), einen rigiden Strafvollzug (Kontaktsperre, Sicherheitstrakte) und eine grundrechtsgefährdende Strafverfolgung (Ausbau der Polizei und ihrer Kompetenzen) der Öffentlichkeit als konsequente Fortsetzung der bisherigen Politik verkauft und der Partei gegenüber als notwendige Weiterentwicklung des Godesberger Programms darstellt.

Hier wie auch anderswo spürt die Partei, daß nicht ihre Meinung gefragt, sondern ihre Zustimmung zu einer Gemeinsamkeit gefordert wird, deren Inhalt sie nicht beeinflusst.

6. Perspektive: Einheit von Theorie und Praxis

Wo liegen die *Perspektiven* einer sozialistischen Politik innerhalb und mit der SPD angesichts einer so hoffnungslos scheinenden Situation, in der unter dem Druck der gesellschaftlichen Rechten die Solidarität der demokratischen Sozialisten zerbröckelt und sich nur noch als Solidarisierung mit einer sozial-liberalen Koalition wiederfindet — als aufgezwungene Solidarisierung mit einer Politik, die innerlich kaum noch getragen werden kann und nur noch aus der Gegenüberstellung mit dem „größeren Übel“ lebt? Was kann aus der Situation heraus helfen, die sich als andauernder Zwang zur Verteidigung sozialliberaler Errungenschaften angesichts zunehmenden rechten Drucks darstellt — eines Drucks im übrigen, der mit der Nachgiebigkeit der Regierung in zentralen gesellschaftlichen Fragen nicht etwa nachgelassen hat, sondern weiter zunimmt und sich inzwischen auf früher für undenkbar gehaltene Gegenstände bezieht?

Der Rückzug auf ein unbefriedigendes Mitbestimmungsmodell hat nicht verhindern können, daß auch dieses als verfassungswidrig angegriffen wurde; der Verzicht auf weitergehende wirtschaftspolitische Maßnahmen hat nicht verhindert, daß auch diese Regierung als „sozialistisch“ angegriffen wird. Die konsequente Ablehnung jedes sozialistischen Inhalts in Politik und Programmatik der Partei hat nicht verhindern können, daß ernstzunehmende Radikale der Rechten Sozialisten mit Nationalsozialisten gleichsetzen — und die Sozialdemokratische Partei in ihrer heutigen Struktur damit meinen. Nach unserer Meinung ist dies aber gerade deshalb möglich, weil auf die Formulierung sozialistischer Positionen und auf ihre offensive Vertretung nach innen und außen verzichtet wurde. Nachdem die SPD selbst ihr sozialistisches Erbe in Wort und Tat nachhaltig denunziert hat, sieht sie sich heute den gleichen Anfeindungen ausgesetzt, mit denen sozialistische Positionen von ihr selbst diffamiert worden sind.

Drei wesentliche Forderungen an die Partei und ihr Selbstverständnis sind deshalb die Voraussetzung für eine Wende zum Besseren. Zuerst die Öffnung der Diskussion innerhalb der Partei und mit der Öffentlichkeit — es wird höchste Zeit, daß offene Diskussion nicht mehr als Schwäche, sondern als Stärke einer Partei in das Bewußtsein der Wähler gerückt wird; offene Diskussion schließt klare Verhältnisse nach ihrem Abschluß nicht aus, sondern hat sie gerade zum Ziel. Zweitens muß inhaltlich das Scheitern der von der SPD in Angriff genommenen Reformen schonungslos analysiert werden. An die Stelle halbherziger (und häufig ohnehin unglaubwürdiger) Beteuerungen, man habe doch eigentlich alles verwirklicht, muß eine klare Beschreibung der Widerstände treten, die der Umsetzung der doch von einer Mehrheit für vernünftig gehaltenen politischen Ziele im Wege standen. Aus einer solchen Beschreibung werden dann nicht Zaghaftigkeit und die Bereitschaft zur Kapitulation hervorgehen, sondern größere Einsicht in die wirklichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse als Voraussetzung einer breiteren öffentlichen Unterstützung für notwendige politische Maßnahmen. Drittens muß die unheilvolle Tren-

nung von Programmdiskussion und politischer Praxis beendet werden — die Verbindlichkeit innerparteilicher und öffentlicher Erklärungen für die tatsächliche politische Praxis ist die einzige Möglichkeit, das Vertrauen in demokratische Willensbildungsprozesse langfristig wiederherzustellen.

Der öffentlich ausgetragene Streit um letztlich unverbindliche Programme der SPD dient sonst nur einem leerlaufenden Mechanismus scheinbarer Politisierung — die größte Gefahr für das weitere Schicksal der SPD liegt weniger in der Durchsetzung bestimmter inhaltlicher Positionen als vielmehr darin, zum lebenden Beweis der Sinnlosigkeit demokratischer Willensbildung zu werden.

W. F. Haug

Ist das „Kapital“ veraltet *

Unter den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften scheinen besonders die sozialdemokratisch regierten die marxische Kapitalismustheorie auf den ersten Blick zu widerlegen. Nicht nur hat die Kapital-Konzentration mit ihren mehr oder weniger monopolistischen Auswirkungen den im *Kapital* unterstellten Marktmechanismus, beruhend auf der Konkurrenz vieler beweglicher Kapitale, teilweise außer Funktion gesetzt; nicht nur eignet sich der – im *Kapital* nur am Rand behandelte – Staat einen von Marx ungeahnten enormen Teil des Nationalprodukts an und greift – verteilend, unmittelbar organisierend und mittelbar steuernd – auf vielfältige Weise in die Ökonomie ein. Nicht nur also hat der ökonomische Wirkungszusammenhang sich verändert gegenüber dem von Marx analysierten Entwicklungsstand, sondern vor allem auch die *sozialen, politischen und ideologischen Auswirkungen und Bedingungen* des kapitalistischen Systems haben sich entscheidend geändert. Die gewerkschaftliche Organisation hat die moderne Arbeiterbewegung dazu befähigt, die Formen der Lohnabhängigkeit und die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, *Reformen* zu erkämpfen. Die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung bildeten umfassende Programme aus, deren kohärenteste¹ das Programm des *sozialdemokratischen Reformismus* und das kommunistische Programm des *revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus* darstellen. Hier ist nicht der Ort, Errungenschaften und Krisen dieser beiden Hauptströmungen der modernen Arbeiterbewegung zu behandeln. Uns interessieren hier die Transformationen² des politisch-sozialen Systems, die von der modernen Arbeiterbewegung hervorgerufen worden sind. „Hervorgerufen“ hat sie die Veränderungen auf zwei Weisen: Sie hat sie zum Teil unmittelbar erkämpft, zum Teil machte der bürgerliche Block angesichts der drohenden Stärke der Arbeiterbewegung vorweg Zugeständnisse, zumeist im Rahmen politischer Unterdrückung. Die moderne *Sozialpolitik* ist entstanden als eine – je nach Kräfteverhältnissen unterschiedlich ausfallende – *Kompromißleistung, in der Arbeiterinteresse und kapitalistisches Privateigentum sich überlagerten und zur neuen Qualität der „Sozialstaatlichkeit“ verdichteten.*

Zur inneren Gefahr für die bürgerliche Herrschaft, repräsentiert vor allem durch den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, trat nach der großen russischen Oktoberrevolution von 1917 die äußere Herausforderung hinzu. Alle offizielle Politik in kapitalistischen Gesellschaften ist seitdem immer auch antikommunisti-

* Einleitung zur schwedischen Ausgabe der Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, 1979. Gekürzt und geringfügig verändert von D. Scholz. Anmerkungen im Text zu Fremdwörtern sind von der spw-Redaktion eingefügt.

- 1) Kohärent: zusammenhängend; Programme, die eine inhaltliche Systematik und Geschlossenheit für eine gesamtgesellschaftliche Strategie der entsprechenden Partei ausweisen.
- 2) Transformation: Umwandlung; hier im Sinne von Veränderung.

sche Politik. Die Konkurrenz der Gesellschaftssysteme durchdringt und verändert beide bis aufs Mark.

So weicht die unmittelbare Realität vor allem der reformistisch geprägten hochentwickelten Kapitalismen in fast jeder Hinsicht entscheidend ab von den Verhältnissen, die Marx im Auge hatte, als er die Theorie des *Kapital* entwickelte. Der Markt ist erheblich reduziert. Die umfassende Staatsintervention ist lebensnotwendig für die Aufrechterhaltung des ökonomischen Systems. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmen die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse entscheidend mit. Die Auswirkungen des kapitalistischen Ausbeutungsmechanismus auf die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen des arbeitenden wie des arbeitslosen Teils der Arbeiterklasse sind durch sozialpolitische Reformen abgefangen und erheblich abgemildert. Das gesamte soziale, politische und ideologische System ist bis ins Mark von der Sozialismus-Abwehr geprägt, die bei weitem nicht nur mit der Peitsche der Repression, sondern auch mit dem Zuckerbrot der materiellen Zugeständnisse und dem ideologischen Zement von Warenästhetik³ und TV-Massenkultur operiert.

Wozu also noch *Das Kapital* studieren? Haben diejenigen nicht recht, die verkünden, es sei veraltet? Karl R. Popper, urteilt über die These von Marx über die unvermeidliche Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, der Staatsinterventionismus⁴ mache die Krisen vermeidbar: „...ich glaube, daß das Problem am Ende nicht sehr schwierig ist und daß insbesondere Schweden bereits gezeigt hat, was sich alles auf diesem Gebiet tun läßt.“ Und er behauptet „mit allem Nachdruck, daß der Glaube, es sei unmöglich, die Arbeitslosigkeit durch schrittweise Maßnahmen abzuschaffen, ebenso dogmatisch ist wie die zahllosen physikalischen Beweise (geliefert von Männern, die sogar später als Marx lebten) für die ewige Unlösbarkeit des Problems der Luftfahrt.“⁵ Zumindest die triumphalen Luftschlösser des Reformismus sind inzwischen auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden und dort zerschellt.

Abschaffung der Arbeitslosigkeit? Ausschaltung der Krisen durch politische Beherrschung der kapitalistischen Ökonomie? Währungsstabilität? Nachholende Entwicklung der kapitalistisch beherrschten Entwicklungsländer? – Ebensoviele auf dem Boden der Tatsachen zerschellte Luftschlösser!

Als der US-Präsident Nixon die größte Konferenz der berühmtesten Währungsspezialisten der westlichen Welt zusammengerufen und ein neues internationales Weltwährungssystem hatte ausarbeiten lassen, da jubelte die bürgerliche Öffentlichkeit, nun habe eine neue Epoche der Stabilität begonnen. Vier Wochen später war das Jahrhundertwerk von den Wogen der Weltwährungskrise verschlungen. Nixons Nachfolger, Präsident Ford, berief 1974 die bedeutendsten Wirtschaftswissenschaft-

3) Vergl.: W. F. Haug: Kritik der Warenästhetik, Frankfurt a. Main, 3. Auflage, 1972

4) Eingriff des Staates in die Wirtschaft; z.B. durch finanzielle Gewinnanreize über Steuerleichterungen für die Unternehmen.

5) K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten – Hegel, Marx und die Folgen, Bern 1958, S. 223.

ler und Wirtschaftspolitiker seines Landes zusammen und eröffnete die Versammlung mit den Worten:

„Wir sind als Verbündete zusammengekommen, um einen Schlachtplan gegen den gemeinsamen Feind „Inflation“ zu entwerfen. (...) Ich verspreche Ihnen, daß für jeden von Ihnen in allen städtischen Parks in den USA ein Denkmal aufgestellt wird, wenn uns unsere Aufgabe gelingt. Die Wirtschaftswissenschaft wird dann nie wieder eine traurige Wissenschaft (dismal science) genannt werden.“

Der erste Anwärter für die in Aussicht gestellten Denkmäler, der Nobelpreisträger Paul Samuelson, einer der berühmtesten Wirtschaftswissenschaftler der USA, sah schwarz:

„Ich muß gleich zu Beginn erwähnen, daß es nach meiner Meinung falsch ist zu sagen, die Inflation sei unser wichtigstes Problem. Unser Problem Nummer eins ist Stagflation.“

„Stagflation“ ist ein Kunstwort, gebildet durch die Verschmelzung von „Stagnation“ und „Inflation“. Dieses Kunstwort signalisiert den Zusammenbruch aller früheren Vorstellungen von Zusammenhang und politischer Beeinflußbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Werfen wir einen Blick zurück! Schon bisher war es verhext gewesen. Förderte man die Konjunktur, z.B. um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, machte man die Erfahrung, daß Inflation die Folge war. Bekämpfte man die Inflation, z.B. um die durch sie hervorgerufenen sozialen Unruhen zu dämpfen, machte man die Erfahrung, daß Stagnation mit wachsender Arbeitslosigkeit die Folge war. Verbesserte man die Zustände am einen Ende, verschlimmerte man sie am andern Ende. Es war offenbar unmöglich, die drei, vier oder mehr Ziele der Wirtschaftspolitik gleichzeitig zu erreichen. Die Ökonomen bezeichneten diesen Sachverhalt mit dem Begriff „magisches Dreieck“ oder „magisches Viereck“ — je nachdem, wieviele Hauptziele der Wirtschaftspolitik sie erfaßten. Diese Magie war der geheimnisvolle Fluch des Kapitalismus. Aber nun weint man dieser guten alten Magie nach. Die Verbindung moderner keynesianischer Wirtschaftspolitik (durch Staatsverschuldung werden konjunkturfördernde Staatsaufträge an die private Wirtschaft finanziert, sog. „deficit spending“) mit der monopolistischen Unternehmenspolitik der multinationalen Konzerne hat die alte Magie nicht beseitigt, sondern potenziert. Nun gibt es nicht mehr — je nach Prioritäten — entweder Stagnation oder Inflation, sondern beides auf einmal: *Stagflation*.

Kehren wir zurück zum Krisenrat der führenden Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker der USA von 1974, bei dem Samuelson die Stagflation als „Problem Nummer eins“ bezeichnet hatte. Nachdem Kenneth Galbraith, Milton Friedman und andere ihre auseinanderstrebenden Vorschläge unterbreitet hatten und ein Dr. Goldfinger die Inflation auf das Weizengeschäft mit der Sowjetunion zurückgeführt hatte, ergriff der Chef einer Wirtschaftsberatungsfirma, ein Robert Nathan, das Wort:

„Ich muß gestehen, daß ich ziemlich enttäuscht über den bisherigen Gang der Diskussion bin (...) Sehen wir uns einmal die Autoindustrie an und deren Preisverhalten, obwohl sie sich in einer tiefen Depression befindet (— die Autoindustrie hatte mitten in der Absatzstockung

die Preise heraufgesetzt, nicht anders als in der BRD und anderswo, WFH —). Können wir dann wirklich darauf vertrauen, daß mäßige Einschränkungen der Nachfrage die Preissteigerungen wesentlich dämpfen werden? Ich habe da meine Zweifel, ich glaube, daß 6 Prozent Arbeitslosigkeit zur Beruhigung der Preise beitragen. Eine Quote von 8 oder 10 Prozent für mehrere Jahre würde etwas ausrichten ...“

Am Ende der Konferenz herrschte Ratlosigkeit. Präsident Ford sprach dennoch von einem „vollen Erfolg“. Worin lag der Erfolg? Paul Samuelson faßte die Ergebnisse zusammen:

„Es gibt keine einfachen Lösungen, und es ist nützlich für die Öffentlichkeit zu wissen, daß auch die klügsten Köpfe keine haben.“

Einen „vollen Erfolg“ stellt diese Ergebnislosigkeit deshalb dar, weil damit die politische Unruhe im Lande gedämpft werden konnte: Wer, der gutwillig war, konnte noch Lösungen fordern, wo es nach Einsicht der „klügsten Köpfe“ keine gab? Die „klügsten Köpfe“ unter den Wirtschaftswissenschaftlern müssen sich als Vertreter einer *traurigen Wissenschaft* bekennen und zahllose ökonomische Beweise für die Unlösbarkeit des Problems der gesellschaftlichen Planung beibringen. Ein Luftschloß ist Poppers Vorstellung von der Krisenbeseitigung im Rahmen des Kapitalismus. Eine „Widerlegung der Möglichkeit der Luftfahrt“ ist die Behauptung von der Unplanbarkeit der Gesellschaft. Allerdings ist der Wirtschaftsprozeß planbar nur in dem Maße, in dem sein von Marx analysierter Steuerungsmechanismus aufgehoben und durch Institutionen gesellschaftlicher Planung ersetzt ist. Andernfalls bleibt es beim bloßen ablenkenden *Reden von Planung*, wie es in den USA ein Jahr nach der erwähnten Konferenz der Fall war, ein *Reden, das von sich reden machte*:

„Die US-Planbefürworter haben sich inzwischen in dem ‚Initiativkomitee für nationale ökonomische Planung‘ zusammengeschlossen. (...) Die einzelnen Firmen brauchen sich freilich nicht nach solchen Planzahlen zu richten, sie sind für sie unverbindlich (...) Planung ist zwar nach dem Eingeständnis ihrer amerikanischen Anhänger kein Weg zum Paradies. Aber wie Leontieff (Harvard-Professor und Nobelpreisträger) und Woodcock (damals noch Chef der Automobilarbeitergewerkschaft) sagen, es ‚kann uns das Gefühl von Hilflosigkeit ersparen, das wir haben, wenn die Wirtschaft von Krise zu Krise treibt. Und Planung kann das Gefühl der Vergeblichkeit aller Bemühungen durch ein Gefühl der Hoffnung ersetzen ...‘ (‚Frankfurter Rundschau‘, 17.9.1975).“

Bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Steuerungsmechanismus und das heißt: solange „die einzelnen Firmen sich nicht nach solchen Planzahlen zu richten brauchen“, ist „Planung“ allenfalls relevant als Planung eines „Gefühls von Hoffnung“. Ein Vorstandsmitglied einer der großen westdeutschen Firmen, der Demag AG Duisburg, Dr. Kurt Spiller, räumte 1972 in einem Vortrag auf der Hannoveraner Messe „aufgrund seiner praktischen Erfahrungen im Unternehmen mit der heutzutage vielfach anzutreffenden Planungs-Gläubigkeit“ auf („Blick durch die Wirtschaft“, XV/1972/97):

„Wie groß ist die Chance der Machbarkeit in der Wirtschaft? Es ist die märchenhaft geringe Chance eines durchtrainierten Fallschirmspringers, der aus 1600 Meter Flughöhe springt und in einem Zielquadrat von 4 x 4 Meter landen soll: bei unbekanntem Bodenverhältnissen, wechselnden Windgeschwindigkeiten und vielleicht noch bei schlechter Sicht. Aber — springen muß er trotzdem! Das entspricht etwa der Aufgabe eines Unternehmens, das — wie

die Demag — 1,6 Milliarden DM umsetzt und davon mindestens 1 Prozent Rendite erwirtschaften muß, (...) Niemals zuvor (?) wurde der Glaube an die Machbarkeit so stark erschüttert, wie im Jahre 1971. Die Technik des logischen Kalküls versagt vor den unkalkulierbaren Störungen im weltweiten wirtschaftlichen Geschehen.“

Seither war fast jedes Jahr so schwierig oder schwieriger wie dieses Jahr 1971. Unplanbar ist nicht die Wirtschaft als solche, sondern ihre kapitalistische Organisationsform. In ihr *muß* der Kapitalist planen und *kann nicht* planen. Die private, von der Anziehungskraft des Profits bewegte Verfügung über die sachlichen Produktionsmittel⁶ und über die menschliche Arbeit erfährt sich in diesem Widerspruch als ihre eigene Schranke. Privatheit der Produktion ist nur ein andres Wort für ihre Planlosigkeit im Gesamtzusammenhang — was fieberhafte Planungsaktivitäten im Rahmen der einzelnen Firma nicht ausschließt, sondern erforderlich macht. Aber das Pech des planenden Kapitalisten ist der andere planende Kapitalist, und ihre Pläne durchkreuzen einander. Wenn die Wirtschaftswissenschaft, um noch einmal Präsident Ford sprechen zu lassen, nicht durch Denkmäler in allen Stadtparks gerühmt wird, sondern weiterhin *dismal science*, traurige Wissenschaft bleibt, so nicht, weil ihre

Vertreter dumm und unfähig wären. Sie sind zwar jetzt zu einem guten Teil damit ausgelastet, mit höchstem Scharfsinn die Hinfälligkeit der menschlichen Vernunft und ihre Unfähigkeit zur Planung zu beweisen. Aber wir dürfen vermuten, daß ihre Intelligenz, zu einem gesellschaftlichen Potential vereinigt und ans Werk gesetzt, hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Planung und — Voraussetzung für Planung — der Berechnung künftiger Entwicklungen bringen würde. Allerdings unter einer Voraussetzung: Daß die Planzahlen nicht mehr unverbindlich für die einzelnen Betriebe sind.

Die Produktionsmittel sind — wie jeder aus der Anschauung von petrochemischen Anlagen oder Kraftwerken sinnlich ahnt und sich bezogen auf den Einsatz von Computern und auf die Automation denken kann — zu gigantischen gesellschaftlichen Aggregaten herangewachsen. Aber die Probleme, die diese ihre gigantische Größe aufwirft (z.B. ökologischer Art), sind nichts im Vergleich zu den Problemen, die das Privateigentum an diesen Aggregaten heraufbeschwört. Die private, d.h. planlose und von der Profiterwartung, nicht vom gesellschaftlichen Nutzen angetriebene Verfügung über diese Aggregate ist zum Problem der Probleme geworden, das die Lösung aller Menschheitsprobleme — allen voran die Kriegsgefahr und die Gefahr der ökologischen Katastrophe — entscheidend bedingt⁷.

Nicht die Dummheit der Wirtschaftswissenschaftler sei schuld am traurigen Zustand ihrer Wissenschaft, sagten wir. Was ist dann der Grund? These: Kapitalismus als Erkenntnisobjekt widersetzt sich seiner Erkenntnis. Ein Blick auf die Börse als Erkenntnisobjekt mag diese These verdeutlichen. Ein Aktienexperte, ein Dr. Jens Ehrhardt, eröffnet sein Buch über „Kursbestimmungsfaktoren am Aktienmarkt“

6) Arbeitsgegenstand (Rohstoff oder Halbfabrikate) und Arbeitsmittel (Werkzeuge, Maschinen usw.)

(1974 im Selbstverlag) mit der traurigen, aber wissenschaftlich korrekten Feststellung:

„Die Bestimmungsfaktoren des Börsengeschehens sind in der Geschichte der Aktienmärkte die in einigen Ländern über 200 Jahre zurückreicht, genauso im Dunkeln geblieben, wie es bis heute trotz allen Fortschritts in den Wirtschaftswissenschaften nicht gelungen ist, eine Systematik für eine richtige Konjunkturprognose zu finden.“

(Zit. n. „Blick durch die Wirtschaft“ vom 22.1.75)

Bezogen auf das Problem der Konjunkturprognose bestätigt Hans Roeser diese traurige Feststellung in einem Leitartikel des Wirtschaftsteils der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, wobei er die sprachliche Herkunft des Begriffs „Konjunktur“ als Gleichnis für den Zustand der Wirtschaftswissenschaft nimmt:

„Wahrscheinlich ist dieser Begriff aus der mittelalterlichen Astrologie übernommen worden, die unter Konjunkturen die wechselseitige Verknüpfung der Bahnen der einzelnen Gestirne und die Stellung der Sternbilder zueinander verstand und daraus die Schicksale der Menschen ableitete. In der Tat, diese begriffliche Verwandtschaft mit der Astrologie scheint sich gerade in den letzten zwölf Monaten aufs neue bestätigt zu haben, denn die Konjunkturprognosen in dieser Zeit hatten viel Ähnlichkeit mit Sterndeuterei.“

(FAZ, 24.10.75)

Woran liegt es, daß im Zeitalter der Computer und der Raumfahrt die Wirtschaftswissenschaft auf einem Stand bleibt, der mit dem der Astrologie verglichen werden kann? Wie ein Gleichnis liest sich die Erklärung unseres Aktienexperten, warum „ein perfektes Voraussagesystem für die Börse aber gar keinen Sinn ergeben würde“ („Blick durch die Wirtschaft“, 11.2.75 – der Bericht trägt den beziehungsreichen Titel „Wenn alle alles wüßten“):

„Jedes veröffentlichte Wissen über Kursbestimmungsfaktoren an der Börse würde entsprechende Reaktionen der Aktienkurse auslösen und wäre damit nutzlos.“

Popper bringt ein ähnliches Beispiel: Unterstellt, das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage habe Einfluß auf die Preise, dann wird der „billige Einkauf“ den Preis steigen lassen. Wir ergänzen: Da das ganze System auf dem Privateigentum beruht, ist jedes Handeln ein *Gegenhandeln*. Dies meinen wir, wenn wir dieses System ein antagonistisches System nennen. Jedes „veröffentlichte Wissen“ über Gewinnchancen in einem Wirtschaftszweig würde die Investitionen dort hinlenken und eben hierdurch die Gewinnchancen reduzieren, vielleicht sogar Überproduktion hervorrufen und damit „Verlustchancen“ bewirken. Man sieht: *Das veröffentlichte Wissen in einem antagonistischen und planlosen Wirtschaftssystem muß sich notwendig selbst falsifizieren.*⁷ Das nichtveröffentlichte Wissen aber ist das Geheimwissen; sein Ort ist die einzelne Betriebsleitung, und es ist Gegenstand von Wirtschaftsspionage; einer seiner Helden ist der Knobler, der an seinem „System“ herumdenkt, mit dem er an der Börse reich werden will.

Dieser Gegenstand, die kapitalistische Wirtschaft, ist über relativ enge Grenzen hinaus – und selbst sie können von der Krise über Nacht überrannt sein – nicht

7) Falsifizieren: sich an der Wirklichkeit gemessen als „falsch“ erweisen.

wissbar (im Sinne sicherer Prognosen zur Begründung von profitablen Strategien eines Einzelkapitals oder Krisenvermeidenden Strategien der Wirtschaftspolitik). Poppers Triumphalismus aus den späten fünfziger Jahren, auf der Höhe keynesianischer⁸ Illusionen, ist dem Alltag der *traurigen Wissenschaft* und der einander jagenden Konjunktur- und Währungskonferenzen und ihrer immer wieder einstürzenden Luftschlösser gewichen. Nur auf dem Gebiet der „Beweise“ für die Unmöglichkeit sozialistischer Planung wird noch immer unerschütterlich Hervorragendes geleistet.

Wohl aber ist der Kapitalismus erkennbar in einem andern Sinne: Seine Anatomie, sein Wirkungszusammenhang und die große Tendenz seiner Entwicklung sind erkennbar in ihrer historischen Gewordenheit. Was dem Kapitalisten und seinem Wirtschaftspolitiker die Prognose verdirbt, ist Gegenstand dieser umfassenden Erkenntnis. Die prognosewidrige Bewegungsform des Systems und die für seine Bewegung unaufhebbare Notwendigkeit von Krisen — dies kann wissenschaftlich erkannt werden. Wie nun aber? Wie steht es mit der Aktualität der marxischen Theorie des *Kapital* angesichts der einschneidenden Veränderungen (Oligopolisierung; Staatsinterventionismus; Sozialpolitik als Kompromiß von Antisozialismus und Reformismus; äußerer Gegensatz zu einem sozialistischen System und dadurch bedingte relative Freisetzung einer Dritten Welt), die am Kapitalismus seit seiner Analyse durch Marx vorgegangen sind?

These: All diese Entwicklungen sind zu begreifen auf Grundlage der marxischen *Kritik der politischen Ökonomie*, deren Erklärungskraft in diesen Hinsichten bisher keiner ernsthaften Konkurrenz zu begegnen scheint. Man mißverstehe diese These nicht als Beweihräucherung des Marxismus! Die Marxisten haben relativ wenig Gebrauch gemacht von dieser Erklärungskraft der marxischen Theorie. Die vielfältigen Gründe können wir hier nicht erörtern. Eine einzige Erinnerung möge dartun, daß es nicht selbstverständlich war (und ist), daß das wissenschaftlich grundlegende Werk des Marxismus tatsächlich als solches fungiert: Nach der stalinistischen Entwissenschaftlichung des Marxismus war der — in vielen Ländern etwa synchron vor sich gehende — erneute Beginn einer wissenschaftlichen *Kapital-Lektüre* eine Anstrengung zur Renaissance des wissenschaftlichen Marxismus.

Das *Kapital* von Marx beschreibt eine kapitalistische Gesellschaft, in der schrankenlose Konkurrenz herrscht, ohne Monopolstrukturen, in der noch keine moderne Arbeiterbewegung sich durchgesetzt hat, in der kaum Sozialpolitik existiert, und die kein entgegengesetztes Gesellschaftssystem vor der Nase hat, die noch Kolonien hat und haben kann und sich ständig weiter hineinfressen kann in ihre Kolonien. Das war die Realität zur Zeit von Marx. Nun kann man sagen: Jeder der das *Kapital* zitiert und ohne weitere Umstände meint, er zitiere etwas über die heutige Gesellschaft, kann fürchterlich in die Irre gehen. Ist damit Marxens Theorie entwertet?

8) J. M. Keynes — Wirtschaftswissenschaftler — vertrat die Auffassung, daß ökonomische Stabilität im Kapitalismus durch bewußte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft möglich wäre.

Marxens Theorie ist eine Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Entwicklungstheorie wird nicht entwertet dadurch, daß sich das Objekt weiterentwickelt, im Gegenteil, sie wird dadurch zu bewerten sein, ob sie Prognosen zu formulieren erlaubt, die in der Richtung der Weiterentwicklung gehen, ob sie erlaubt, den neuen Zustand begrifflich zu durchdringen und zu begreifen, was seither in der Welt passiert ist. Diesen Fruchtbarkeitstest kann die Theorie von Marx allerdings glänzend bestehen, trotz mancher Mängel und Schwächen und unausgefüllter Stellen im Einzelnen. Sie ist ja genau die Theorie, die erklärt hat, warum das System nicht anders funktionieren kann als durch ständige Zentralisation und Konzentration der Kapitale, und sie ist die Theorie, die Leitfaden jener modernen Arbeiterbewegung wurde, die trotz aller ihrer Verirrungen und Probleme global eine neue Situation herbeigebracht hat. Die Theorie wird dadurch nicht falsch. Die richtige Probe auf eine Theorie ist nicht, daß man in ihr nachschlägt wie in einem Buch der Prophezeiungen und schaut, ob sich darin zutreffende Beschreibungen oder Vorhersagen befinden, sondern die richtige Probe ist, sie weiterzuentwickeln durch den Versuch, auf ihrer Grundlage die Weiterentwicklung der sozialen Wirklichkeit theoretisch zu rekonstruieren. Allerdings ist damit jede Art unkritischer Lektüre ausgeschlossen. Mehr als die *Lehrmeinung* von Marx interessiert stets die *methodische Produktion* der Lehren, weil der Wert der Resultate von der Methode abhängt.

Kurt Neumann

Andreas Wehr

Die Göttinger Thesen¹ – Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD

Die gegenwärtige ökonomische Krise wirkt sich nicht nur auf die Gewerkschaftsbewegung und auf die Diskussion um ein neues Verständnis gewerkschaftlicher Strategie aus; sie ist zentraler Ausgangspunkt für Bewußtseinsveränderungen auch in der politischen Arbeiterbewegung der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der SPD: Angesichts des offensichtlichen Scheiterns einer reformistischen Politik-Konzeption, die in den Diskussionen um einen Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik für den Zeitraum bis zum Jahre 1985 zum Ausdruck kam², geriet die SPD insgesamt in eine sich verschärfende Krise ihres Selbstverständnisses, in die deutlichste ideologische Krise seit der Verabschiedung des Godesberger Programms.

Relevante Teile des rechten Parteiflügels³, insbesondere Repräsentanten in Bundesregierung und Bundestagsfraktion, versuchen ihre Politik des bloßen kapitalistischen Krisenmanagements „theoretisch“ mit dem Rekurs auf das spätbürgerliche Wissenschaftsverständnis des „Kritischen Rationalismus“ zu untermauern⁴. Andere Teile, die zumindest spüren, daß so weder die Einheit der Partei noch die fortdauernde Verankerung in der Stammwählerschaft gesichert werden können, bemühen sich, wenigstens verbal die Kontinuität mit dem Reformanspruch der ersten Brandtschen Regierungserklärung aufrechtzuerhalten. Der konkreten Konfrontation dieses Anspruchs mit der aktuellen Wirklichkeit weichen sie jedoch noch aus. Den Zugang zu weitergehenden Einsichten verstellen sie sich, indem sie ungeschichtlich und im schlechtesten Sinne abstrakt als „theoretische“ Legitimation die literarische Wiederentdeckung und gläubige Exegese⁵ des Bernsteinschen Revisionismus der Jahrhundertwende betreiben⁶.

Auf dem linken Parteiflügel sind die Reaktionen ebenfalls unterschiedlich: Teilweise erfolgt eine Rückentwicklung von entschiedenen und konkreten Reforman-

- 1) Göttinger Thesen, Sonderheft des „Sozialist“, Sovec-Verlag, Göttingen (1979)
- 2) Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985, beschlossen auf dem SPD-Parteitag in Mannheim am 14. Nov. 1975; zur Diskussion und Kritik vgl.: Detlev Albers/Kurt Neumann, Für ein sozialistisches Langzeitprogramm, sdw-Verlag, Hamburg (1974), Detlev Albers/Kurt Neumann/Kurt Wand, Orientierungsrahmen – ohne Alternative?, dvk-Verlag, Berlin (1976)
- 3) Die beschreibenden Bezeichnungen „rechts“ und „links“ werden als traditionell vorgegeben zunächst nicht hinterfragt.
- 4) vgl. etwa: Georg Lührs u.a., Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Verlag Neue Gesellschaft, Bad Godesberg (1975)
- 5) Exegese: Textauslegung, insbesondere religiöser oder sonst „geglaubter“ Texte
- 6) vgl. hierzu die Aktivitäten der „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“, der im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung erhebliche organisatorische Möglichkeiten eröffnet werden

sätzen über ein Philosophieren im luftleeren Raum abstrakter Grundwerte zu einer letztlich neo-konservativen Beschwörung der „Grenzen des Sozialstaats“⁷. Hier wird der eigene reformerische Anspruch auf Gesellschaftsveränderung aufgelöst in eine Dichotomie⁸ von Grundwerten und Pragmatismus⁹, die ideologisch den Anschluß an die Politik der „Macher“ sucht und sich mit ihnen in der Ausarbeitung einer „neuen Ethik“¹⁰ der Selbstgenügsamkeit, und damit der Disziplinierung der großen Mehrheit der Bevölkerung trifft. Andererseits ist festzustellen, daß – jedenfalls in einzelnen Politikfeldern – Reformforderungen weiterentwickelt werden und eine zunehmend anti-kapitalistische Stoßrichtung erhalten¹¹. Hier ergibt sich eine allzu häufig übersehene Parallelität mit einer kämpferischen Gewerkschaftsstrategie, die auch eine stärkere Eigenständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Regierungspartei SPD einschließt. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspunkte und Erfahrungshintergründe ist es zur Vermittlung beider Ansätze, durch die allein ein kurzfristiges Gegengewicht gegen den rechten Pragmatismus zu schaffen wäre, jedoch noch nicht gekommen.

Innerhalb des linken Flügels ist auch eine verstärkte Diskussion der nach 1961 völlig aus der Partei gedrängten und sich erst seit 1969 wieder artikulierenden – zugebenermaßen noch recht schwachen – marxistischen Kräfte über Alternativen sozialdemokratischer Strategie zu verzeichnen. Erstes umfassendes Dokument dieser neueren marxistischen Diskussion in der SPD sind die „HERFORDER THESEN“ der ostwestfälischen Jungsozialisten¹², die sich in der Tradition marxistischer Sozialdemokraten verstehen und dementsprechend in Anknüpfung an das Finanzkapital Hilferdings¹³ in der ökonomischen Analyse entscheidend auf die Bedeutung der Monopole und die Einbeziehung des Staates in den gesamtgesellschaftlichen Reduktionsprozeß abstellen¹⁴. Diese Thesen haben eine mehr oder weniger qualifizierte Kritik erfahren¹⁵, auf die nunmehr eine Gruppe von Autoren geantwortet

- 7) so in: Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats, EVA (1975); zur Kritik vgl.: Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus 5/79 S. 66
- 8) Dichotomie: Aufteilung, Auseinanderreißen in zwei losgelöste Teile
- 9) Pragmatismus: Auffassung, die auf das unmittelbar Erfahrene und kurzfristig Nützliche abstellt
- 10) vgl. Peter Glotz, Die Innenausstattung der Macht, Verlag Steinhausen, München (1979), S. 49: „Sie (die SPD) müßte die mittel- und langfristige ökonomische Entwicklung interpretieren, die Menschen auf neue Entwicklungen vorbereiten, Ziele und Werte setzen, die über den Zielkatalog des Konkurrenz- und Neidprinzips hinausreichen.“
- 11) vgl. etwa die Diskussionen im SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
- 12) Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, dvk-Verlag, Berlin (1978)
- 13) Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital (1909)
- 14) Zusammenfassend wird der gegenwärtige Kapitalismus als Staatsmonopolistischer Kapitalismus bezeichnet.
- 15) Gatzmaga/Lakemeier/Rawe, Hier stehe ich – ich kann auch anders, „Sozialistische Praxis“ Oktober 1978, S. 20; Michael Wendl, Ostwestfälisches Märchenbuch, „Sozialist“, Dezember 1978, S. 14; Wolfgang Krumbein/Gerhard Schröder, Zwei Schritte vorwärts – ein Schritt zurück (Manuskript); Projekt Klassenanalyse, Juso's: HERFORDER THESEN, Beiträge ... 2/78, S. 77

hat¹⁶. Soweit ersichtlich, ist als einziger Ansatz jener Kritiker, auch einmal die eigene positive Alternative darzulegen, die Veröffentlichung der „GÖTTINGER THESEN“¹⁷ zu verzeichnen, die von Jungsozialisten des „Göttinger Kreises“ der früher als „nicht-reformistisch“ firmierenden Gruppierung, erarbeitet worden.

Vor jeder inhaltlichen Auseinandersetzung mit den GT im einzelnen muß im Verhältnis zu den HERFORDER THESEN eine gewichtige Einschränkung gemacht werden: Bei den GT handelt es sich nur um einen begrenzten Ausschnitt der aktuellen strategischen Problematik. Zwar wird im Untertitel der Anspruch formuliert, Thesen zu den „Aufgaben von Marxisten in der SPD“ vorzulegen, in Wirklichkeit fehlen den GT aber sowohl eine Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse als auch programmatische Leitlinien, die über eine verbale Forderung nach einer „Alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (73) hinausgehen. Die GT beschränken sich von vornherein auf die Themenkomplexe „Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie“ (Titel), wobei der Versuch, Arbeiterbewußtsein bis hin zur konkreten empirischen¹⁸ Ausprägung ohne vorgängige Analyse der gesellschaftlichen Realität erfassen zu wollen, dem Anspruch marxistischer Vorgehensweisen widerspricht und zugleich Ausgangspunkt einer Vielzahl von Irrtümern ist.

Dennoch stellen die GT einen wichtigen Schritt der innersozialdemokratischen Diskussion von Marxisten dar und sind auch ein gewichtiger Beitrag in der Auseinandersetzung über die weitere Politik der Jungsozialisten in der SPD insgesamt, weil sie im Gegensatz zu der sich als reformistisch verstehenden Gruppierung um den „Malenter Kreis“ die Notwendigkeit erkannt haben, angesichts der ideologischen Krise der SPD eine umfassende strategische Positionsbestimmung vorzulegen¹⁹.

Vom Inhalt der GT ist vorab besonders zu begrüßen, daß die alte These der Göttinger, daß „die Sozialdemokratie sich in einem längeren Prozeß reformistischer Politik so weit aus der Arbeiterklasse herausbewegt habe, daß sie heute bestenfalls noch als eine Interessenrepräsentanz der privilegierten Zwischenschichten“²⁰ zwischen Lohnarbeit und Kapital eingeschätzt werden könne, und jeder Versuch zum Scheitern verurteilt wäre, aus der SPD wieder eine „Arbeiterpartei“ zu machen“ zumindest infrage gestellt, wenn auch nicht vollends überwunden wurde. Die Autoren der GT haben es aufgegeben, reformistisches Bewußtsein aus der Klassenlage der „Lohnabhängigen Zwischenschichten“ abzuleiten²². Wie die HERFORDER

16) Detlev Albers u. a., Zur Kritik der Kritik an den Herforder Thesen (erscheint demnächst)

17) Zukünftig: GT

18) empirisch: sich aus der unmittelbaren Erfahrung ergebend, noch nicht analysiert

19) In den GT selbst bleibt es allerdings bei der bloßen Einsicht und der Ankündigung, entsprechende Arbeiten zu leisten.

20) Das PKA spricht sogar von „Zwischen- und Mittelklassen“; vgl. Materialien zur Klassenstruktur, Erster Teil, VSA, Berlin 1973, S. 269 ff.

21) Korte/Restat, Protokoll der Sitzung der Juso-Langzeitprogramm-Kommission vom 30.6./1.7.73, in Albers/Neumann, aaO. S. 88 f.

22) anders immer noch das PKA in Beiträge 2/78

THESEN und schon lange vorher andere strategische Ausarbeitungen der entsprechenden Gruppierung bei den Jungsozialisten²³ bemühen auch sie sich jetzt, den Reformismus als „eine der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Bedingungen prinzipiell eigenen Grundströmung“ zu erfassen. Aufgrund von Fehlern in der methodischen Vorgehensweise gelingt den GT eine völlige Überwindung der eigenen „anti-revisionistischen“²⁴ Vergangenheit jedoch nur unvollkommen.

Wir hoffen, mit unserer Kritik einen Diskussionsbeitrag in Richtung auf eine Vereinheitlichung marxistischer Positionen zu leisten, indem wir in Auseinandersetzung mit den GT eigene Standpunkte präzisieren und weiterentwickeln und zugleich Anstöße zur Überwindung noch in früheren Fehlern befangener Positionen im „Göttinger Kreis“ geben. In der ersten Hälfte des Jahres 1980 wird dann die überarbeitete Fassung der HERFORDER THESEN vorliegen, auf deren Grundlage ein weiterer Schritt bei der Entwicklung und Festigung marxistischer Positionen in der SPD gegangen werden kann.

ZU DEN GRUNDLAGEN DER GÖTTINGER THESEN – EIN PRINZIPIELL FALSCHER ANSATZ

Auf den ersten Blick vermögen die GT durch ihre scheinbare logische Folgerichtigkeit zu beeindrucken. Von den allgemeinsten und abstraktesten Begrifflichkeiten wird auf dem Wege stufenweiser Deduktion²⁵ zur empirisch vorfindlichen Realität herabgeschritten: Aus der „einfachen Warenzirkulation“ (12) ergeben sich, modifiziert durch Bestimmungsmomente „sozialer Abhängigkeit“ (13), allgemeine Bewußtseinsformen der Lohnabhängigen“, die sich zwangsläufig in deren „empirischen Bewußtseinsformen“ ausdrücken. Das „Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen“ findet im „Reformismus“ seine organisatorische (?) Form (18). Dieser existiert als „Gewerkschaftlicher Reformismus“ (25 ff.) und als „Politischer Reformismus“, der SPD (36 ff.).

Ein fürwahr königlicher Weg, der nur den Nachteil hat, daß er sich um die geschichtlich gewordene und sich weiter entwickelnde Wirklichkeit überhaupt nicht kümmert. Die virtuos²⁶ vorgeführte Begrifflichkeit bleibt entsprechend wirklichkeits-

23) vgl. Antrag I 3 der Bezirke Westliches Westfalen und Mittelrhein sowie des Landesverbands Berlin auf dem Juso-Bundeskongreß 1974, in Christoph Butterwegge/Karl Drewes, Die Jungsozialisten nach München '74, sdw-Verlag, Hamburg (1974)

24) anti-revisionistisch: Der in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende insbesondere von Eduard Bernstein propagierte Revisionismus rückte in wesentlichen Prinzipien von den Erkenntnissen marxistischer Theorie ab. In der Studentenbewegung definierte sich ein Teil als besonders konsequent, wenn er alle Weiterentwicklungen des Marxismus als Revisionismus brandmarkte und sich selbst als anti-revisionistisch bezeichnete. Diese Haltung hatte zunächst starken Einfluß auf die Jungsozialisten des Göttinger Kreises.

25) Deduktion: Ableitung des Besonderen und Einzelnen aus dem Allgemeinen

26) virtuos: Meisterhaft, vollendet

fern. Sie kann insbesondere nicht die in der gesellschaftlichen Realität eingeschlossenen objektiven Bedingungen und Tendenzen als Möglichkeiten politischen Handelns erfassen²⁷. So gesehen sind die GT von ihrer Anlage her auch Ausdruck jenes akademischen Marxianertums, das stets wortreich die Entfaltung des marxistischen Kapitalbegriffs betrieben hat, statt sich darum zu bemühen, die reale Entwicklung des Kapitalismus auf den Begriff zu bringen.²⁸

Der methodische Kardinalfehler: der alte mechanische Ökonomismus

Die Vorgehensweise der GT zeichnet sich durch den Versuch aus, Bewußtseinsformen und Bewußtseinsinhalte direkt und vermittelt aus den grundlegenden ökonomischen Kategorien²⁹ herzuleiten. Die Autoren der Thesen, die für sich den nicht gerade bescheidenen Anspruch erheben, eine „materialistische Erklärung des Reformismus“ zu liefern (45), verlieren denn auch kein Wort über die Wechselbeziehung von ökonomischer Basis und Überbau, zwischen Kapitalverhältnis und den „Formen von Recht, Politik, Religion, Kunst und Philosophie, worin sich die Menschen des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bewußt werden und ihn ausfechten“³⁰. Der relativen Autonomie³¹ dieser „ideologischen Apparate“³² – einem Kernpunkt jeder marxistischen Staatseinschränkung – wird in den GT keine Beachtung geschenkt.

- 27) vgl. hierzu schon: Hans Heinz Holz, *Der Irrtum der „Großen Weigerung“*, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1968, S. 46
- 28) vgl.: Kurt Neumann, *Zur Position einer marxistischen Linken in der Sozialdemokratie*, Thesenpapier (1973), abgedruckt in: Wolfgang Krause/Andreas Wehr/Hans-Willi Weizen, *Zwischen Anpassung und sozialistischer Politik*, dvk-Verlag, Berlin (1975)
- 29) Kategorie: „Grundaussage“, grundlegender und allgemeinsten Begriff der Wissenschaft
- 30) Karl Marx, Einleitung „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, *Marx-Engels-Werke (MEW)* Bd. 13, S. 19
- 31) vgl. Friedrich Engels, Brief an Conrad Schmidt, MEW 37, S. 490 f.: „Die neue selbständige Macht (der Staat) hat zwar im ganzen und im großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d.h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelnden relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst gesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition. ... Die schließliche Suprematie der ökonomischen Entwicklung auch über diese Gebiete (Philosophie etc.) steht mir fest, aber sie findet statt innerhalb der durch das einzelne Gebiet selbst vorgeschriebenen Bedingung: in der Philosophie z. B. durch Einwirkung ökonomischer Einflüsse (die meist wieder erst in ihrer politischen usw. Verkleidung wirken) auf das vorhandene philosophische Material, das die Vorgänger geliefert haben.“
- 32) „ideologischen Apparate“: mit diesem Begriff werden einzelne Staatsfunktionen beschrieben, die meist in Form von – oftmals für sich selbständigen – Institutionen Ideologievermittlung betreiben. Z.B. Schulwesen, Kirchen, aber auch die Familie

Da das Bewußtsein direkt den ökonomischen Kategorien entspringen soll, entsteht es entsprechend den zyklischen Schwankungen der Ökonomie³³ immer wieder neu und voraussetzungslos. Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind nur noch Ausdruck des jeweiligen Arbeiterbewußtseins und nicht mehr gleichzeitig auch Subjekte im Prozeß der Entwicklung und Weiterentwicklung von Bewußtsein. Es ist – mit einem Wort – der alte mechanische Ökonomismus, der hier wieder aufgewärmt wird³⁴.

Der falsche Ausgangspunkt: „einfache Warenproduktion“ statt Klassengesellschaft

Zentraler Ansatzpunkt für die Entwicklung der Bewußtseinsformen ist auch für die GT die Warenform bzw. die Warenzirkulation (12)³⁵. Hier sehen sie den Ausgangspunkt für das Bewußtsein der Arbeiter. Erst in zweiter Linie tritt als prägendes Element die soziale Abhängigkeit in der Produktionssphäre hinzu. Gemeinsam bilden sie die Grundlage des in den GT so genannten „widersprüchlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen“, der „Bewußtseinsformen, die vom Kapitalismus immer wieder reproduziert werden und die den historisch immer wieder niedergelegten Grundfassungen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie entsprechen“ (9).

Die GT gehen also von der Zirkulationssphäre aus, in der die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse verschleiert wird. Warenform und Warenzirkulation machen aber nicht das Wesen des Kapitalismus aus, sondern sind nur seine Erscheinungsformen, wie schon dem ersten Satz des „Kapital“ zu entnehmen ist: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint (!) als eine ungeheure Warensammlung“³⁶.

Jeder Ansatz einer systematischen Herleitung von Bewußtseinsformen der Arbeiterklasse hat demgegenüber vom Wesen der kapitalistischen Produktionsweise und der objektiven Stellung der Arbeiterklasse in ihr auszugehen, von dem Grundwiderspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, von der Durchsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses mit der Folge der Spaltung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen, die Klasse der Ausbeuter und in die der Ausgebeuteten. So selbstverständlich diese Feststellung zunächst auch erscheinen mag, so notwendig ist sie hier dennoch; denn in den GT wird die Klassenspaltung erst nach (!) der vollständigen Ableitung der Bewußtseinsformen der Lohnabhängigen entdeckt:

33) zyklische Schwankungen: regelmäßiges Auf und Ab in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung

34) dazu grundlegend: Klaus Holzkamp, Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff, Das Argument 84, S. 1

35) Warenzirkulation: Kreislauf der Waren in den verschiedenen Austauschprozessen

36) Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 49

„Wir haben die Lohnabhängigen und ihr Bewußtsein bislang als Individuen (bzw. als Warenbesitzer, Rechtssubjekte und Staatsbürger) betrachtet, nicht aber als Klasse und Klassenbewußtsein“ (25) ³⁷.

Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ist das Sich-bewußt-sein der eigenen Klassenlage und der in ihr angelegten Möglichkeiten. In dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist die Arbeiterklasse einmal Ausbeutungsobjekt. Sie erfährt über die Ausbeutung und Abhängigkeit im Produktionsprozeß tagtäglich ihre gesellschaftliche Stellung und zugleich die Notwendigkeit, sich kollektiv gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Zugleich aber ist die Arbeiterklasse der entscheidende Träger der vergesellschafteten Produktion, ist sie die Hauptproduktivkraft. Aufgrund ihrer objektiven Stellung ist sie damit das gesellschaftliche Subjekt, das potentiell³⁸ in der Lage ist, den Kampf gegen die Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Dieses ist der systematische Ausgangspunkt für die Untersuchung, wie Klassenbewußtsein entstehen kann, wobei in die Untersuchung dann die objektiven Momente einzubeziehen sind, die der Entwicklung von Klassenbewußtsein entgegenstehen.

Individuelles Arbeiterbewußtsein oder Klassenbewußtsein

Historisch sagt die Tatsache der sich mit der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise herausbildenden Klasse des Proletariats noch wenig über ihr konkretes Bewußtsein aus, das keineswegs von Anbeginn auch Klassenbewußtsein ist. Die Arbeiter finden sich anfangs nur widerwillig in ihre neue Situation hinein, sie hängen noch an hergekommenen archaischen³⁹ – in der Regel bäuerlichen oder zünftlerischen – Denktraditionen an. Kurz gesagt: sie ist noch viel mehr Klasse an sich als auch schon Klasse für sich. Dennoch ist sie nichtsdestoweniger Klasse; denn ihre Stellung im Produktionsprozeß und die von Anfang an gemeinsame Erfahrung der weitgehenden Nutzlosigkeit individueller Verteidigung gegen die permanenten Übergriffe des Kapitals, zwingt sie, auch subjektiv nachzuvollziehen, was objektiv schon längst Realität ist.

Demgegenüber kann eine Betrachtungsweise die – wie die GT – individuelle Bewußtseinsformen den kollektiven⁴⁰ voraussetzt (12 ff.), nichts zur Klärung der

37) Mit der Betrachtung des abstrakten Arbeiterindividuums verkennen die GT, daß Individualität erst als Einheit auch bestimmter gesellschaftlicher Bedingtheiten verstanden werden. Das Individuum ist es als solches auch, in dem es Mitglied einer bestimmen gesellschaftlichen Klasse ist.

38) potentiell: Möglich in dem Sinne von noch nicht wirklich, aber verwirklichtbar

39) archaisch: altertümlich, aus einer früheren Zeit überkommen

40) individuell: auf den Einzelnen abstellend;

kollektiv: auf eine Gesamtheit – etwa auf eine Klasse – abstellend

Fragen nach Entstehung und Entwicklung von Klassenbewußtsein beitragen. Zwar wird auch in den GT im nachhinein gesehen, daß „zur Sicherung der persönlichen Reproduktionsbedingungen der Zusammenschluß der Lohnabhängigen, ihre unmittelbare Assoziation⁴¹ erforderlich“ ist (25) und dies historisch seinen Ausdruck in den Gewerkschaften und mittelbar in „direkt politischer Organisation“ (36) hat. Diese Kollektivität soll aber nur im Hinblick auf die ökonomische Existenzsicherung innerhalb des Kapitalismus Gültigkeit haben. Die Notwendigkeit der politischen Organisationen gerade auch im Hinblick auf die über den Kapitalismus hinausweisenden Klasseninteressen wird überhaupt nicht gesehen.

Entsprechend ihrer arg verkürzten Sicht der Bedeutung politischer Klassenorganisationen können die GT auch nicht ansatzweise die Stellung dieser Organisationen für die Herausbildung des Bewußtseins der Lohnabhängigen klären. Ihnen bleibe nur die Aufgabe, „die Bewußtseinsformen aufzugreifen und programmatisch zu formulieren“ bzw. bestenfalls „Modifikationen in der konkreten Ausprägung“ (37) anzubringen. Diese abgelöste Voranstellung sich unumstößlich immer wieder aufs Neue reproduzierender Bewußtseinsformen, die letztlich dann zum Reformismus erklärt werden und deren politische Ausdruckform die Organisationen der Arbeiterbewegung sind, ist denn auch des Rätsels Lösung, warum die GT die Möglichkeit der Entstehung von Klassenbewußtsein nicht erklären können. – Da die Autoren dennoch an der sozialistischen Perspektive festhalten, läßt man schließlich zu gegebener Zeit das Klassenbewußtsein wie den „Heiligen Geist“ über die Massen kommen.

Die konkreten Formen des Entstehens von Klassenbewußtsein als Prozeß des Werdens der Klasse für sich können nicht abstrakt deduziert⁴² werden, „da die Kategorie des Bewußtseins real nur als Moment der Klassenlage und des Klassenkampfes zu fassen ist, d. h. daß die Entwicklung von Klassenbewußtsein selbst ein Moment des kollektiven bewußten Handelns und mithin der Organisation der Arbeiterschaft darstellt“⁴³. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist als Geschichte der Klassenauseinandersetzungen denn auch eine Geschichte sowohl der Herausbildung als auch des Zurückgedrängtwerdens dieses Bewußtseins.

Dabei sind die Organisationen der Arbeiterbewegung der Ort, an dem das Ringen um die Erkenntnis der objektiven Lage und der Interessen der Klasse stattfindet. Schon allein ihre Gründung markiert fast überall einen erreichten Reifungsprozeß des Proletariats, nämlich die Erkenntnis, daß die Forderungen der eigenen Klasse im wesentlichen nicht mehr mit denen der Bourgeoisie und deren politischen Vertretungen – auch nicht den fortschrittlichsten – in Einklang zu bringen sind.

So wie sich in den Arbeiterorganisationen – nicht nur in ihrem Entstehungsprozeß – ständig das Ringen um Klassenbewußtsein widerspiegelt, so sind sie gleichzeitig stets potentielle Förderer und Organisatoren bei der Herausbildung dieses Bewußtseins. Die Herausbildung, Förderung und Festigung von Klassenbewußtsein ist

41) Assoziation: freiwillige Vereinigung genossenschaftlichen Charakters

42) abstrakt deduziert: ohne weitere Vermittlungsschritte abgeleitet

43) Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln (1971), S. 187

für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung von besonderer Bedeutung; denn im Gegensatz zum Bürgertum, das seinen Kampf von zuvor schon eroberten ökonomischen Positionen aus führen konnte, muß die Überwindung des Kapitalismus von der Arbeiterklasse bewußtseinsmäßig vorweggenommen werden.

Der Kampf um Klassenbewußtsein

– ideologischer Klassenkampf

Der Kampf um die Herausbildung und Festigung von Klassenbewußtseins ist alles andere als ein gradlinig verlaufender Prozeß. Abgesehen von internationalen Einflüssen, die sowohl zu einer Beschleunigung als auch zu einer Abschwächung dieser Entwicklung führen können, sind es im wesentlichen zwei Momente, die einer Ausbreitung von Klassenbewußtsein entgegenstehen können, und deren Auswirkungen von den bewußten Kräften der Arbeiterbewegung überwunden werden müssen:

- Zum einen sind es die Formen, in denen die ökonomischen Verhältnisse an der Oberfläche erscheinen und die den Blick verstellen für die tatsächlichen Zusammenhänge und vielfältige Illusionen erzeugen; zu nennen ist hier vor allem die Lohnform.
- Zum anderen sind es bestimmte Grundideen, die von „vergangenen Produktionsbedingungen übriggebliebener Ausdruck sind, ehemaliger Widerschein, jetzt nur mehr Schein“⁴⁴. Diese Grundideen stellen – immer wieder neu aufpoliert außerordentlich scharfe Waffen im ideologischen Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse dar.

In der Lohnform werden die tatsächlichen ökonomischen Zusammenhänge dadurch verdeckt, daß der Lohn als Entgelt für die gesamte Arbeitszeit erscheint. „Die Form des Arbeitslohns löscht jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeit, in bezahlte und in unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit“⁴⁵. Die Ausbeutung bleibt somit verborgen. Wie nun ausgerechnet die Lohnform, die wichtigste aller Mystifikationen⁴⁶ als „Vermittlung zwischen der Existenz des Arbeiters als freier und gleicher Warenbesitzer und seiner Existenz im Produktionsprozeß“ (13) wirken soll, bleibt das Geheimnis der Verfasser der GT.

Marx hatte auch zu Recht darauf hingewiesen, daß die in der Lohnform angelegten Mystifikationen nicht aus sich selbst heraus überwunden werden können; denn selbst „jeder Wechsel in der Größe des Äquivalents, das er (der Arbeiter) erhält, erscheint ihm daher notwendig als Wechsel im Wert oder Preis seiner Arbeitsstunden“⁴⁷. Die These, „die wachsende Distanz zwischen Profit und Arbeitslohn (sei),

44) Wolfgang Fritz Haug, Zwei Artikel über ideologischen Klassenkampf, *Das Argument* 100, S. 928

45) Karl Marx, MEW 23, S. 562

46) Mystifikation: verschleiernde Erscheinungsform, in der das Wesen verhüllt wird; Täuschung

47) Karl Marx, aaO. S. 563

ein Moment, das zur Durchbrechung der Mystifikation der Lohnform führen kann“ (13), ist denn auch ein Argument, das mit dem Charakter der Lohnform als Mystifikation selbst nichts zu tun hat, sondern vielmehr auf die Verhältnisse der Distribution⁴⁸ zielt. Man sieht: Auch hier ist es mit dem selbstgewählten Anspruch, eine materialistische Erklärung von Bewußtseinsformen liefern zu wollen, nicht weit her!

Die GT übersehen völlig, daß sich bürgerliche Wertvorstellungen nicht etwa im Selbstlauf in den Köpfen durchsetzen, sondern daß sie Resultat eines ganz handfesten ideologischen Klassenkampfes sind, auf den sich das Kapital bestens versteht. Dabei setzt es an den bestehenden Mystifikationen an und verbreitet zugleich ideologische Formeln, die mit der aktuellen Wirklichkeit nur wenig zu tun haben. Marx und Engels schreiben über solche Phrasen, zur bewußten Illusion herabgesunkenen Vorstellungen: „Je mehr sie aber durch das Leben lügen gestraft werden und je weniger sie im Bewußtsein selbst gelten, desto entschiedener werden sie geltend gemacht, desto heuchlerischer, moralischer und heiliger wird die Sprache dieser normalen Gesellschaft“⁴⁹.

Zu solchen Heucheleien gehören heute z. B. Begriffe wie „Gleichheit“ und „Sozialpartnerschaft“, deren Wirksamkeit die GT in ökonomistischer Manier allein auf die eine „relative Zufriedenheit in der Einkommenssituation“ (22) zurückführen: Die bewußte Produktion und Aufrechterhaltung von Ideologien, und damit der ideologische Klassenkampf finden nach den GT nicht statt. Dabei sind sie selbst dessen Opfer: In ihrer als Realität genommenen „einfachen Warenzirkulation“, in der die vielen Warenbesitzer beliebig aufeinander treffen, schlägt sich die ideologische Formel von der „Marktwirtschaft“ nieder. Daß die Phrase von der Marktwirtschaft als dem freien Wettbewerb der vielen Anbieter und Abnehmer heute den Bedingungen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr denn je nicht bloß ideologisch verkehrter Ausdruck der Wirklichkeit ist, nicht Widerschein, sondern Schein, diese Einsicht bleibt den GT verborgen. Eine der Ursachen hierfür ist sicher, daß sich deren Verfasser dem ideologischen Schein aufsitzend in der Phase des „liberalen Kapitalismus“ dünken und die Bedeutung der Monopole im gegenwärtigen Kapitalismus immer noch nicht erkannt haben – wie überhaupt die reale historisch gewordene Realität der Bundesrepublik nur an ganz wenigen Stellen der GT durchscheint!

Herausbildung von Klassenbewußtsein als fortwährender Prozeß – zur ideologischen Grundstruktur des Reformismus

Wenn die Herausbildung von Klassenbewußtsein heute untersucht werden soll, ist von der historischen Begründung des Wissenschaftlichen Sozialismus als einer weltgeschichtlichen Tatsache auszugehen, über die nur solche „Marxisten“ hinweg-

48) Distribution: Verteilung (des gesellschaftlich Produzierten)

49) Karl Marx/Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3. S. 274

sehen können, die ihre eigenen Vorstellungen nicht einmal historisch erklären können und den Erkenntnisprozeß der Arbeiterklasse an die Wechselfälle der zyklischen Entwicklung der Ökonomie koppeln, wie es die Autoren der GT getan haben.

Dennoch sind die Herausbildung von Klassenbewußtsein, die wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse vom Standpunkt der Arbeiterklasse sowie der Kampf gegen Mystifikationen und gegen die Dominanz bürgerlicher Ideologie⁵⁰ mit der Herausbildung des Wissenschaftlichen Sozialismus nicht abgeschlossen. Sie sind immer wieder erneut auf der erreichten Stufe der ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenauseinandersetzungen zu erkämpfen. Dieses geschieht aber nicht voraussetzungslos von einem aufgrund individueller Entwicklungen verständlich gesetzten „Null-Punkt“, sondern als Eingriff in die Geschichte ansetzend an dem jeweils historisch Gewordenen.

In kapitalistischen Gesellschaften wird Herrschaft nicht nur durch (latente)⁵¹ Gewalt gesichert. Bestimmend ist vielmehr die Dominanz der Ideologie der Herrschenden als herrschendes Bewußtsein. Diese Dominanz gründet sich nicht allein auf den privilegierten Zugang zu den Apparaten ideologischer Beeinflussung (z. B. Presse), sondern setzt zugleich die objektive Möglichkeit und die subjektive Bereitschaft (eines Teils) der Beherrschten voraus, entscheidende Momente bürgerlicher Ideologie als eigene zu akzeptieren und in die politischen Vorstellungen aufzunehmen.

Dementsprechend kann bürgerliche Ideologie Dominanz nur entfalten, wenn sie mehr als nur die allgemeinen Klasseninteressen des Kapitals formuliert. Sie dominiert nur in dem Maße, in dem sie als allgemeines Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft erscheint und auch von den Beherrschten so verstanden wird. Ihren Ausdruck findet die bürgerliche Ideologie als herrschende nicht in ihrer Besonderheit als bürgerliche, sondern in „Formen der Allgemeinheit“, der menschlichen Vernunft und der sachlichen Logik, in denen die besonderen Klasseninteressen und die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr sichtbar sind.

Stellt die Arbeiterklasse bei der Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Interessen in ökonomischer wie in politischer Hinsicht diese „Formen der Allgemeinheit“ nicht infrage, sondern nimmt diese unhinterfragt beim Wort, um innerhalb der vorgegebenen ideologischen Grundstruktur ihre Vorstellungen von der Zurückdrängung der bürgerlichen „Sonderinteressen“ zugunsten der Interessen der arbeitenden Menschen zu definieren, so ist dieses Ausdruck fehlenden Klassenbewußtseins, genauer: eines unterentwickelten Selbst-Bewußtseins der Arbeiterklasse. Dieses in der bürger-

50) Dominanz: Eigenschaft bestimmter Faktoren, sich gegenüber anderen, schwächeren durchzusetzen, ohne diese zu beseitigen; hier: die weitgehende inhaltliche Bestimmung der Vorstellungen der Beherrschten durch die Herrschenden in Formen des Bewußtseins der Beherrschten

51) latent: versteckt, verborgen; hier: der Möglichkeit nach vorhanden, aber (noch) nicht hervortretend

lichen Vorherrschaft befangene reformistische Bewußtsein ist – sozusagen als Grundströmung – in allen geschichtlichen Epochen der Arbeiterbewegung vorhanden.

Die immer wieder neue Aktualität reformistischer Strömungen beruht auf der zeitweise vorhandenen Möglichkeit, unmittelbare Interessen der Lohnabhängigen in nennenswertem Umfang innerhalb des Kapitalismus, im Rahmen des bürgerlichen Staates verwirklichen zu können. Eine auf reformistischen Bewußtseinsformen beruhende Strategie (von Teilen) der Arbeiterbewegung beschränkt sich darauf, ihre Forderungen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen zu wollen. Soweit es aus „traditionellen“ Gründen erforderlich erscheint, wird teilweise verbal an dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft festgehalten, ohne daß diese strategische Bedeutung hätte.

Die Überwindung reformistischer Beschränkungen ist fortwährende und stets aktuelle Aufgabe in der Arbeiterbewegung. Dabei werden Entstehung und Bestand reformistischer Vorstellungen in Zeiten kontinuierlicher gesellschaftlicher Entwicklung begünstigt, während sie in der ökonomischen Krise selbst in die Krise geraten und eine objektive Voraussetzung zur Verbreiterung klassenbewußter Positionen bieten.

Zur Gewerkschaftsproblematik in den Göttinger Thesen – ein halber Schritt vorwärts

Die relativ ausführliche Behandlung der Gewerkschaften und die grundsätzlich positive Einstellung zur gewerkschaftlichen Organisierung ist ein endgültiges Abrücken von vormaligen „anti-revisionistischen“ Positionen, die den verbürokratisierten Gewerkschaften selbstorganisierte Arbeiter-Basisgruppen und Juso-Betriebsgruppen entgegenstellen wollten. Dennoch tun sich die GT immer noch schwer damit, die positive Haltung zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung über allgemeine Deklamationen hinaus für ihre konkrete Praxis nutzbar zu machen.

Mängel im Grundsätzlichen

Auch im Abschnitt über die Gewerkschaften entwickeln die GT die bei der Ableitung der allgemeinen Bewußtseinsformen der Lohnabhängigen gemachten Fehler konsequent weiter. Das „widersprüchliche Bewußtsein“ wird nun den Gewerkschaften als bestimmende Struktur vorangestellt: „Das Bewußtsein über diese Assoziation ist dabei bestimmt durch die Widersprüchlichkeit der proletarischen Bewußtseinsformen insgesamt“ (25).

Dem ist auch hier entgegenzusetzen, daß der jeweilige Stand des Bewußtseins der Organisationen der Arbeiterbewegung abhängig ist von dem Ringen klassenbewußter Kräfte um die Einsicht in die Funktionsweise des kapitalistischen Produktionsprozesses. Die Entwicklung von Bewußtsein geschieht nicht voraussetzungslos: So wie es zentral bestimmt wird von der ökonomischen Situation, die mehr ausmacht als die zyklischen Schwankungen^{5 2}, so ist seine Herausbildung zugleich abhängig von der Entwicklung der Organisationen der Arbeiterbewegung und mithin ihrer Fähigkeit, diesen Bewußtwerdungsprozeß selbst zu organisieren. Nur an einer Stelle gehen die GT kurz auf die Rolle der klassenbewußten Kräfte in den Organisationen der Arbeiterbewegung bei der Herausbildung von Bewußtsein ein (67). Es bleibt zu hoffen, daß dieses ein erster Ansatz zur Auflösung der ansonsten durchgängig ökonomistischen Herangehensweise in den GT ist.

Aktuelle Entwicklung – noch kaum analysiert

Die GT enthalten einige Hinweise auf gegenwärtige Entwicklungstendenzen in den Gewerkschaften, denen weitgehend gefolgt werden kann, da sie unleugbare Tatbestände richtig beschreiben – wie etwa das Auftreten „neuer gewerkschaftlicher Kader“ (67 f.).

Die in den GT richtig beschriebene gegenwärtig zu beobachtende Verallgemeinerung der Gewerkschaftsforderungen in Form der Ausdehnung des gewerkschaftlichen Kampfes auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche, wird indes nicht auf seine Ursachen zurückgeführt. Ist es doch gerade die Ausdehnung der Staatstätigkeit auf immer mehr Bereiche – sowohl in Form der unmittelbaren Einbeziehung des Staates in den Reproduktionsprozeß als auch in Form der öffentlichen Gewährleistung der Reproduktion der Arbeitskraft –, die zur Ausweitung auch des gewerkschaftlichen Kampffeldes führt. Die Entwicklung der Staatstätigkeiten im Staatsmonopolistischen Kapitalismus führt somit zwangsläufig dazu, daß der Staat zunehmend Adressat gewerkschaftlicher Forderungen wird und daß sich die Gewerkschaftspolitik zunehmend politisch verstehen muß und versteht.

Positiv ist indes die Absage an einen als grundlegend gedachten Widerspruch zwischen Gewerkschaftsbasis und Funktionärskörper ebenso wie die Zurückweisung der Notwendigkeit von der Entwicklung „höher, qualitativer Bedürfnisse“ (67). Es scheint der Schritt gemacht von der klassenunspezifischen jugendpolitischen Orientierung zu einer Politik in den Organisationen der Arbeiterbewegung.

52) vgl. Hagelstange, Gewerkschaftsentwicklung und Krise, Das Argument 109, S. 357

Gewerkschaftliche Ausrichtung als Prinzip?

Insgesamt gehen die GT sogar soweit, die Politik der „Gewerkschaftlichen Ausrichtung“ (73) zu dem neuen zentralen Moment ihrer Strategie zu machen. Hier bleibt abzuwarten, ob sich diese Ausrichtung im „Göttinger Kreis“ durchsetzt oder sich diejenigen, die sich stärker an „alternativen“ Gruppen orientieren, abspalten werden.

Positiv ist die „Gewerkschaftliche Ausrichtung“ der GT sicherlich im Hinblick auf Aktivitäten des gegenwärtigen Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, der unter der Parole „Kampf der kommunistischen Unterwanderung“ auf besondere Weise die Einheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Alleinvertretungsanspruch sozialdemokratischer Politik gleichzusetzen versucht⁵³. Hier ergeben sich praktische Ansatzpunkte, innerhalb der Jungsozialisten, dieser halsbrecherischen Politik entgegenzutreten.

Offen bleibt indes die Frage, inwieweit sich der „Göttinger Kreis“ an die seit langen Jahren innerhalb der Jungsozialisten vertretene Politik der gewerkschaftlichen Orientierung annähert. Das müßte Konsequenzen für die Politik der Göttinger in der Schüler- und Studentenpolitik haben, in der sie sich bislang kaum von den kleinbürgerlichen Spontaneisten der Basisgruppen unterschieden haben⁵⁴. Wenn auch hier die „Gewerkschaftliche Ausrichtung“ mehr wird als ein Schlagwort, wird es tragfähige Gemeinsamkeiten für Neuorientierungen auf der Bundesebene der Jungsozialisten geben.

Dennoch muß grundsätzlich bemängelt werden, daß „Gewerkschaftliche Ausrichtung“ allein nicht hinreichend ist, um eine sozialistische Strategie zu bestimmen. Ohne die „alte Arbeitsteilung“ von Gewerkschaft und Partei fortsetzen zu wollen, muß doch darauf bestanden werden, daß sozialistische Politik auf die Eroberung der politischen Macht orientieren muß mit dem Ziel der Umwälzung der Produktionsverhältnisse.

Die sozialdemokratische Partei in den Göttinger Thesen – ohne Geschichte und ohne Perspektive

Die Beschäftigung mit der SPD, mit der politischen Partei, der die Autoren der GT angehören, fällt ihnen sichtlich schwer. Die allgemeine deduktive Herleitung des „Wesens“ der Sozialdemokratie als Organisation des politischen Reformismus, die eigenen praktischen Erfahrungen in der Parteiarbeit und der Versuch, sich selbst als einer besonderen, sich marxistisch verstehenden Gruppierung, eine positive Perspektive aufzuzeigen, lassen sich letztlich nicht miteinander vermitteln. Widersprüche und Brüche, aber auch vage Allgemeinheiten sind Ausdruck der bestehenden Unsicherheit.

53) vgl. Die Diskussionen um das „Oberurseler Papier, die Angriffe auf Detlef Hensche und die Vorgänge um die Beurteilung von Heinz Hawreliuk

54) beispielhaft in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

Geschichtslosigkeit als Methode

Da die SPD nach den GT organisatorische Form des politischen Reformismus ist, in dem seinerseits wiederum das von Anbeginn bestehende zyklischen Schwankungen unterworfenen Arbeiterbewußtsein seinen Ausdruck findet, gibt es zwangsläufig eine Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie nicht. Die (reformistische Arbeiterbewegung existiert „logisch“, weil definitionsgemäß erforderlich: „Neben der unmittelbaren Assoziation für den Kampf gegen die ökonomischen Übergriffe des Kapitals bedarf die Arbeiterbewegung einer direkt politischen Organisation, die die Interessen der Lohnabhängigen im staatlich-politischen Bereich vertreten soll (1)“³⁶.

Der Entstehungsprozeß der Arbeiterbewegung als Herausbildung von Klassenbewußtsein, als Werden der Klasse-für-sich, der sich konkret in der Emanzipation von bürgerlichen politischen Organisationen zeigte und die Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus muß den GT verborgen bleiben. Natürlich kümmert es sie auch nicht, daß die entstehende politische Arbeiterbewegung und zumal die deutsche Sozialdemokratie, in der sich mehrheitlich marxistische Positionen durchgesetzt hatten, gar nicht daran dachten, den ihnen logisch vorgeschriebenen Platz der bloßen Interessenwahrnehmung im Rahmen des bürgerlich-kapitalistischen Staates einzunehmen. Keineswegs begriff die SPD des Erfurter Programms „Sozialdemokratie“ als „politischen Reformismus in einer eigenständigen Organisationsform“¹⁹, wenn sie ihr Selbstverständnis bestimmte: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. — Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei“⁵⁵.

Der stets in der deutschen Sozialdemokratie vorhandene Kampf um die Herausbildung und Festigung klassenbewußter Positionen, gegen den Rückfall in reformistische Vorstellungen und gegen den Einfluß bürgerlicher Ideologie sind keine Momente, die von den GT wahrgenommen werden.

Erwähnt wird die Geschichte der SPD erst ab 1966 — „Die SPD an der Regierung“⁵⁵. Dies dient aber offenkundig nur der beliebigen Illustration der vorgegebenen logischen Gesetzmäßigkeiten. Diese praktizierte Ausblendung und Degradierung von Geschichte zum aktuellen empirischen Beleg ist nicht nur erneuter Ausdruck der unangemessenen Vorgehensweise der GT, hier zeigt sich vielmehr der Hauptfehler in der inhaltlichen Einschätzung der Sozialdemokratie: Sie nehmen die Verhältnisse der heutigen SPD — so wie sie sie in ihrer Beschränktheit begreifen können — und erklären sie zum

55) Erfurter Programm der SPD (1891)

Wesen der politischen Arbeiterbewegung schlechthin, dem sie dann bestimmte „logische Gesetzmäßigkeiten“ unterlegen. Dadurch entfällt nicht nur die Geschichte, sondern – was schlimmer ist – auch eine auf umfassender Analyse beruhende und handlungsanleitende politische Perspektive.

Politische Tendenzen in der Arbeiterbewegung – innerparteiliche Flügel in der SPD

Da die GT die verschiedenen bewußtseinsmäßigen Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren entwickeltste durch Klassenbewußtsein gekennzeichnet ist, nicht erschließen können, bleibt ihnen das Vorkommen aller anderen als der reformistischen politischen Tendenzen – einschließlich ihrer eigenen – unerklärlich. Dementsprechend sehen sie nicht, daß sich die konkrete Arbeiterbewegung – die sie in ihrer bornierten Beschränktheit auf den „politischen Reformismus“ nicht einmal begrifflich erfassen können – auch in unterschiedlichen politischen Organisationen darstellen kann und dieses in Deutschland seit sechzig Jahren auch tut⁵⁶.

Auch die Erfassung der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der SPD durch die GT ist unanalytisch und praktisch unergiebig: Es gibt die in ihrer Gesamtheit reformistische Partei, die gleichwohl Marxisten in ihren Reihen hat, während bürgerlich, pro-kapitalistische Kräfte in sie keinen Eingang gefunden haben. Innerhalb des „einheitlichen“ Reformismus gibt es zwei Flügel, den sozialliberalen und den reformsozialistischen, die sich in der Betonung der unterschiedlichen Momente des widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins unterscheiden. Das Verhältnis dieser beiden Flügel zueinander ist also Ausdruck der zyklischen Schwankungen in der ökonomischen Entwicklung und deren Widerspiegelung im Bewußtsein der Arbeiter.

Völlig außerhalb der Sichtweise der GT bleibt die Erkenntnis, daß sich auch die unterschiedlichen Flügel in der Sozialdemokratie in konkreten Klassenauseinandersetzungen herausbilden und entwickeln. Auf der Grundlage der ökonomischen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterklasse sind auch für die Herausbildung der Flügel in der Sozialdemokratie und ihr konkretes Verhältnis zueinander, die Dominanz bürgerlicher Ideologie auf der einen Seite und die Einsicht in den notwendig anti-kapitalistischen Charakter bewußter Politik im Interesse der Arbeiterklasse auf der anderen entscheidend. In diesem Sinne – und nicht im Hinblick auf die Herkunft und soziale Verankerung – geht es in der SPD immer wieder um die klassenmäßige Orientierung der jeweils konkreten Politik. Hier gibt es immer wieder Entscheidungsalternativen zwischen einer Orientierung auf das – als Gemeinwohl kaschierte – ka-

56) Eine Auseinandersetzung mit Politik und Bedeutung des kommunistischen Teils der westdeutschen Arbeiterbewegung würde hier den gesetzten Rahmen überschreiten.

57) monolithisch: aus einem Stein bestehend, feste und fugenlose Einheit

pitalistische Interesse und dem Interesse der Arbeiterklasse. Dieses auch für die zukünftige Entwicklungsentscheidende Kriterium der Einschätzung konkreter politischer Schritte, verstellen sich die GT mit ihrer Polemik gegen eine von niemanden jemals vertretene Auffassung von zwei Klassenlinien in der SPD, nach der die Partei aus einem bürgerlichen und einem an Arbeitnehmerinteressen orientierten Flügel bestehen soll⁷.

Nachkriegssozialdemokratie in Westdeutschland

Weil die GT die Besonderheiten der westdeutschen Nachkriegssozialdemokratie als „Wesen“ der Arbeiterbewegung mißverstehen, entgehen ihnen gerade deren tatsächliche Besonderheiten. Aufgrund der geschichtlichen Niederlage der Arbeiterbewegung im Faschismus, aufgrund der relativen Prosperität des „Wirtschaftswunders“ und des im Hinblick auf die Verhältnisse in der SBZ und später in der DDR stärker als anderswo aktualisierbaren Anti-Kommunismus entstand in der SPD ein breiter Mehrheitsflügel, der in einem Ausmaß positiv auf die kapitalistische Wirtschaftsweise ausgerichtet war, die kaum ihresgleichen hat. Basis war die besonders weitgehende Unterordnung reformistischen Bewußtseins unter die Dominanz bürgerlicher Ideologie, die auf den ökonomisch objektiv möglichen Zugeständnissen gegenüber materiellen Forderungen der Lohnabhängigen und auf der durch die Niederlage des Faschismus ungebrochenen ideologischen Vormachtstellung der Großbourgeoisie beruhte. In dieser Phase der innerparteilichen Entwicklung machten sich auch verstärkt Kräfte bemerkbar, die mit ungebrochen bürgerlichen Vorstellungen in der SPD als der in ihrem Selbstverständnis moderneren reformerischen Volkspartei zur Verstärkung bürgerlicher Ideologie in der SPD beitrugen, ohne sozial in der Arbeiterklasse verankert zu sein. — Hier liegt ein Potential für offen pro-kapitalistische Politik und gegebenenfalls auch für rechte Abspaltungen.

Mit der Zurückdrängung anti-kapitalistischer Traditionen wurden spätestens 1961 auch die noch vorhandenen aktiven marxistischen Kräfte aus der Partei hinausgedrängt. Reformistische Positionen, die auf eine gewisse Eigenständigkeit der Interessenvertretung der Arbeiterklasse beharrten, hielten sich fast ausschließlich in der Gewerkschaftsbewegung. Die SPD stellte sich dementsprechend als fast monolithische^{5 7} Reformpartei dar, die sich von den bürgerlichen Volksparteien im wesentlichen durch die soziale Verankerung in der Arbeiterklasse unterschied.

Die in der SPD bestimmenden reformistischen Konzeptionen, die in voller Übereinstimmung mit der „marktwirtschaftlichen Ordnung“ des Kapitalismus Reformpolitik anstrebten, sind mit der Krise 1975 objektiv gescheitert. Die ideologischen Nachhutgefechte sind umso heftiger und durchaus nicht unwirksam. Insgesamt führt dieses Scheitern zu der eingangs geschilderten ideologischen Krise der SPD. Auch wenn stark gegenläufige Tendenzen erkennbar sind, besteht in dieser Situation zunehmend auch die Möglichkeit, daß relevante Teile der Partei sich — durch-

aus unter Beibehaltung reformistischer Befangenheit – weitgehend aus der Dominanz bürgerlicher Ideologie lösen und in einer Vielzahl von Einzelfragen anti-kapitalistischer Zielrichtungen zuwenden.

Attentismus⁵⁸ oder Kampfaufgabe ?

Außerordentlich begrüßenswert an den GT ist, daß sie nicht ganz konsequent sind, sonst wären sie von dem vermeintlichen „Wesen“ des Arbeiterbewußtseins überhaupt nicht mehr auf Möglichkeiten der Gesellschaftsveränderung durch klassenbewußte Kräfte der Arbeiterbewegung gekommen. Für die SPD – gegen Schluß wird deren Gleichsetzung mit der Arbeiterbewegung schlechthin aufgegeben – bleibt das Urteil aber endgültig: „Solange der Kapitalismus besteht, wird die SPD das ständig reproduzierte rückschrittliche Arbeiterbewußtsein repräsentieren.“(51) Der Reformismus ist daher „zu einer Wandlung aus sich selbst heraus, aus der Mitte seiner Organisation weitgehend unfähig.“(50)

Nur – was ist mit den „Marxisten“ in der SPD – u.a. den Verfassern der GT – die völlig außerhalb der allgemeinen Ableitung doch „als linker Pol des reformsozialistischen Flügels“(44) bestehen? Die Perspektiven dieser „Marxisten“ sind unabgeleitet, höchst unterschiedlich und beliebig:

- „Innerhalb eines solchen Linksverschiebungsprozesses würde eine besondere Entwicklung eintreten, wenn sich die fortgeschrittensten Sektoren der Arbeiterbewegung auch organisatorisch vom Reformismus lösen und eine eigene sozialistische Partei bilden würden.“(49)
- „Die Entwicklung eines alternativen innerparteilichen Blocks aus marxistischen, ethisch-sozialistischen und radikaldemokratischen Strömungen in enger Verbindung mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung wird zunehmend zur Tagesaufgabe sozialistischer Politik in der SPD.“(77)
- „In perspektivischer Hinsicht könnte die Zusammenarbeit solcher Strömungen der Arbeiterbewegung (Sozialistisches Büro, Eurokommunismus) mit der Sozialdemokratie zum Aufbau eines neuen sozialen Blocks fortschrittlicher Kräfte führen.“(81)

Bei solchen Unsicherheiten verharren die Verfasser der GT hilflos in einem untätigen Attentismus: Sie erwarten das Heil aus den Gewerkschaften heraus, von den

58) Attentismus: abwartende Haltung; in der Arbeiterbewegung Umschreibung für eine Strategie, die auf die „objektiv revolutionäre Situation“ wartet, statt unter den jeweiligen Bedingungen in Richtung auf Gesellschaftsveränderung mit sozialistischer Zielsetzung tätig zu werden. In der SPD wurde so insbesondere die Politik des „Zentrums“ um Karl Kautsky bezeichnet. Gegensätzlicher Fehler ist der „Voluntarismus“, der auf ein Handeln ohne Berücksichtigung der objektiven Bedingungen drängt.

organisatorisch in der Bundesrepublik nicht vorhandenen Eurokommunisten und von einer sich nach ihrer Ansicht möglicherweise aus dem Sozialistischen Büro oder den Sozialistischen Studentengruppen (SOST) – Früher: PKA – herausbildenden links-sozialistischen Partei. Wenn es erst einmal so ist, dann, ja dann werden auch die Autoren der GT handeln: Sie werden einen Neuen sozialen Block aufbauen und die politische Hegemonie erkämpfen.(81f) Bis dahin aber werden sie warten, offenbar nach dem Motto: „Eine mehrheitlich marxistische SPD ist aus Gründen der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung nicht wünschbar (!) und wäre auch machtmäßig niemals (!) durchsetzbar.“⁵⁹

Demgegenüber halten wir fest, daß die Schwäche klassenbewußter Kräfte in der Sozialdemokratie Ausdruck der besonderen Entwicklung in der Bundesrepublik und Ausdruck des Rückstandes in der Herausbildung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse insgesamt ist. Dennoch bestehen auch in der Bundesrepublik aufgrund zunehmend fehlender Möglichkeiten, reformistische Konzeptionen und sich verschärfende wirtschaftliche Entwicklung unter bürgerlicher ideologischer Dominanz oberflächlich zur Deckung zu bringen, Bedingungen für die Emanzipation reformistischen Bewußtseins in Richtung auf eine anti-kapitalistische Ausrichtung und auf den Übergang zu klassenbewußten Positionen. Diese Entwicklung geschieht nicht im mechanischen Nachvollzug der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern nur im Rahmen eines von den klassenbewußten Kräften offensiv zu führenden ideologischen Klassenkampfes. Dieser Kampf wird in den relevanten gegenwärtig existierenden Organisationen der Arbeiterbewegung den Schwerpunkt haben müssen, in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie.

Die Weiterentwicklung reformistischer Positionen hin zu verstärkter anti-kapitalistischer Ausrichtung macht nicht zwangsläufig an einer Grenze halt, an der dann das „ganz Andere“ des Klassenbewußtseins und des Marxismus beginnt. In einem Prozeß der anti-kapitalistischen Weiterentwicklung des Reformismus und den Übergang zu konsequent sozialistischen Positionen voranzubringen, ist die Entwicklung einer Alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik⁶⁰, wie sie in den unterschiedlichen – durchaus noch diskussionsbedürftigen Ansätzen einerseits von der Gruppe fortschrittlicher Wissenschaftler⁶¹, die die Memoranden herausgegeben haben, andererseits in den *Herforder Thesen* aufgezeigt werden⁶², während die GT sie nur abstrakt fordern.(73)

Es dürfen keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Durchsetzung klassenbewußter Positionen in der Sozialdemokratie bestehen. Auch kann niemand heute

59) Krumbein/Schröder, aaO. S. 6

60) Die Bedeutung einer alternativen Programmatik für die Entstehung und als Ausdruck von Klassenbewußtsein übersehen Scheffler/Waldhuber, spw 4, S. 63 vollkommen, was indes nicht ihr einziger grundlegender Fehler ist.

61) vgl. zuletzt: Memorandum '79 – Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln (1979)

62) HERFORDER THESEN S. 53 ff.

schon sagen, ob sich etwa im Laufe innerparteilicher Auseinandersetzungen größere Teile des rechten Parteiflügels als die Fritz-Erler-Gesellschaft durch einen Bruch aus der Partei lösen werden oder ob administrativ oder als Folge politischer Prozesse andere organisatorische Brüche stattfinden können. Sicher ist aber, daß der Kampf um konsequent sozialistische Positionen in der Bundesrepublik nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er in der SPD Erfolg hat. Jedenfalls ist diese Kampfperspektive nicht etwa illusorischer als diejenige, von der DKP eine Politik zu erhoffen, die zu einem breiten Masseneinfluß führen kann, oder von einer noch nicht bestehenden eurokommunistischen oder linkssozialistischen Formation die sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu erwarten.

Weil dieses alles so ist, muß an der schwierigen und möglicherweise langwierigen, aber richtig bestimmten und aufgrund der zu erwartenden Entwicklung prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe festgehalten werden, die SPD zu einer Kraft zu machen, die mehrheitlich die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische verändern will. Eines der Hindernisse, die auf dem Wege zur Erfüllung dieser Kampfaufgabe überwunden werden müssen, ist eine theoretisierende sich als permanente marxistische Minderheit in der SPD einrichtende durch und durch attentische Haltung.

Paul Oehlke

Lehren aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Im Zusammenhang der anstehenden Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm des DGB verschärfen sich die innergewerkschaftlichen Kontroversen um die Interpretation der eigenen Geschichte. Sie haben sich gegenwärtig um die von Marburger Autoren verfaßte „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“¹ zugespitzt. Deren reformismuskritische Interpretationslinie – und das heißt auch Kritik an der sozialdemokratischen Regierungspolitik – bildet zwar mehr oder weniger den Anstoß der Auseinandersetzung; sie zielt aber darüber hinaus auf den ursprünglich antikapitalistischen Inhalt der einheitsgewerkschaftlichen Organisationsform, die offenbar in die Richtung einer eher sozialintegrativen Praxis gedrängt werden soll. Gerade die Politik gewerkschaftlicher Anpassung an die vorgegebenen Herrschafts- und Machtverhältnisse zeichnet jedoch für die historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung mitverantwortlich. Es sei hier nur an die kampflose Kapitulation vor dem imperialistischen Ersten Weltkrieg und der nationalsozialistischen Diktatur erinnert. Deshalb beginnt der folgende Beitrag mit einer Skizze historischer und theoretischer Aspekte der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Vor deren Hintergrund gewinnt die politische Funktion der gewerkschaftshistorischen Debatte deutlich Konturen. Anschließend sollen zentrale Probleme der Gewerkschaftsgeschichte zur Diskussion stehen.

Historische und theoretische Aspekte der Einheitsgewerkschaft

In der Emigration und den nationalsozialistischen Konzentrationslagern setzte sich unter den Funktionären der verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung – wie vor allem an der betrieblichen Basis – die Einsicht durch, nach Kriegsende nicht zu dem System der Richtungsgewerkschaften zurückzukehren. Die angestrebte Einheitsorganisation sollte sich kommunistischen und sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftern gleichermaßen wie auch den verschiedenen Schichten der Lohnabhängigen: den Arbeitern, Angestellten und Beamten, öffnen. Dies war eine selbstverständliche Lehre aus dem faschistischen Terrorregime, das

1 Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1976

die freien gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen hatte. Darin haben Historiker der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch das bittere Resultat einer Anpassungsstrategie erkannt, die den gewerkschaftlichen Richtungsstreit im Sinne einer „ordnungsstiftenden, nationalen Einheitsgewerkschaft, die auf das Mittel des Klassenkampfes verzichtet, betont antikommunistisch, im übrigen aber parteipolitisch und weltanschaulich neutral ist,“² schlichten und überwinden wollte.

Ganz und gar im Gegensatz zur Konzeption einer „nationalen Volksgewerkschaft“ (Beier) und noch mehr zum faschistischen Führer- und Gefolgschaftsprinzip verpflichteten sich die im Dachverband DGB föderalistisch zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften zu einem streng demokratischen Aufbau von unten nach oben. Er beruht auf dem Grundsatz einer gleichberechtigten Teilnahme aller Mitglieder an der innergewerkschaftlichen Willensbildung, die Elemente der unmittelbaren Demokratie wie bei den Urabstimmungen über Beginn und Abbruch von Streiks enthält.

Diese vom Grunde auf demokratische Struktur geht nicht nur auf die historischen Erfahrungen des Faschismus zurück. Sie hat vielmehr ihren Ursprung in der spezifischen Funktion der Gewerkschaften in einer kapitalistischen Gesellschaft. Das schließt freilich nicht aus, daß diese immer wieder Tendenzen zur Verselbständigung von Funktionsapparaten gegenüber den Mitglieder Massen begünstigt.

Gundsätzlich gilt aber unter der Bedingung des erwerbswirtschaftlichen Profitmechanismus, daß die ständig bedrohten Arbeits- und Lebensbedingungen der selbstständigen Lohnabhängigen allein über angedrohte und tatsächlich erfolgende Aktionen kollektiver Arbeitsverweigerung bewahrt oder sogar verbessert werden können. Dies ist dauerhaft nur mit Hilfe stabiler Assoziationen möglich. Ihre Wirksamkeit hängt von der Solidarität, Kampfbereitschaft und innerverbandlichen Aktivität der Mitglieder ab, die wiederum demokratische Organisationsformen voraussetzen wie begründen. Im Kampf um sichere Arbeitsplätze, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ausreichende Einkommen verlängert sich die entfaltende innergewerkschaftliche Demokratie zugleich in die Gesellschaft hinein, deren herrschende Klassen zunächst mit Aussperrungen und polizeilicher Unterdrückung gegen die sich formierende Arbeiterbewegung reagieren. So konnten die Gewerkschaften erst nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit Unternehmern und Staat ihre materielle und rechtliche Existenz durchsetzen. Selbst nach ihrer Legalisierung (1861 in Sachsen, 1869 im Norddeutschen Bund) unterlagen sie immer wieder dem Verbot wie z. B. in den 12jährigen Perioden des Sozialistengesetzes (1878 - 1890), und der nationalsozialistischen Diktatur (1933 - 1945), oder massiven Ein-

2 Hans Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930 - 1944, in: Vom Sozialgesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hg. v. Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 275ff., hier S. 290; Mommsen beruft sich vor allem auf Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII, 1973, insbesondere S. 223ff.

schränkungen wie heute im Falle einer Anwendung der Notstandsgesetze, aber auch schon durch die Praxis einer unternehmerfreundlichen Arbeitsrechtsprechung.³ Insofern stellt das einmal errungene und immer wieder zu verteidigende Koalitionsrecht eine zentrale demokratische Errungenschaft dar. Ihre politische Absicherung erfordert zugleich den Kampf um das allgemeine Wahlrecht wie überhaupt die demokratische Durchdringung der bürgerlichen Gesellschaft. Daher verweist W. Abendroth im Einklang mit dem Selbstverständnis der Gewerkschaften darauf, daß ihnen die demokratische Zielsetzung „notwendig immanent“ ist, solange sie ihr „eigenes Wesen nicht preigeben wollen“. ⁴ Die politische Demokratie (einschließlich der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit, dem Recht auf Tarifverträge und betriebliche Interessenvertretungen) als eine unerläßliche Existenz- und Entwicklungsbedingung der Arbeiterbewegung war aber erst das Resultat der Novemberrevolution nach dem ersten Weltkrieg und später der Befreiung vom Faschismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit ihrer Durchsetzung standen bereits weitgehende Forderungen nach umfassenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen, nach demokratischer Kontrolle und Lenkung des gesellschaftlichen Lebens auf der Tagesordnung.

Entsprechend hatte der am eigenen Leibe erfahrene Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise, nationalsozialistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg nicht nur einen allgemeinen gewerkschaftlichen Willen zur demokratischen Einheitsorganisation hervorgebracht; sondern dieser zielte über die politische Demokratie hinaus auf eine wirtschaftsdemokratische, der Tendenz nach sozialistische Neuordnung.⁵ Dabei waren sich die Gewerkschaften bewußt, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene wie auch eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung nur auf der unverzichtbaren Grundlage des Gemeineigentums an den Schlüsselindustrien greifen konnten. Darunter verstand man weniger eine bloße Verstaatlichung, als vielmehr Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die durch die Öffentlichkeit und Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der Produzenten und Konsumenten kontrolliert werden

3 Vgl. u. a. Wolfgang Däubler, Das soziale Ideal des Bundesarbeitsgerichts, Frankfurt am Main 1975; Roderich Wahsner, Dienstpflicht, Arbeitszwang, Arbeitskampf, in: Kritik der Notstandsgesetze, hg. v. Dieter Storz, Frankfurt am Main 1968; Paul Oehlke, Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft. Zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des neuen Verfassungsgerichtspräsidenten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März und April 1972, S. 315ff. und 417ff.

4 Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie, in: Wolfgang Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt am Main 1975, S. 34f.; Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1963, in: Gerhard Leminsky, Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 45ff.; siehe auch die Präambel zu dem neuen Entwurf des Grundsatzprogramms, in: FR vom 3. Sept. 1979

5 Auf diesen Zusammenhang hat kürzlich wieder Heinz Oskar Vetter hingewiesen: Die Einheitsgewerkschaft als ständige Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4, 1979, S. 193ff., hier S. 197f.

sollten.⁶ Da mit dieser — in verschiedenen Länderverfassungen und dem Grundgesetz verfassungsrechtlich legitimierten — ordnungspolitischen Perspektive auch die großen Volksparteien übereinstimmten, tendierte das einheitsgewerkschaftliche Organisationsprinzip zu einem politischen Pluralismus, der auch christliche und kommunistische Strömungen im gesellschaftlichen Veränderungsprozeß einschloß.⁷ *Es bestand also ein wechselseitiger Bedingungs Zusammenhang von einer antifaschistischen Ausrichtung, dem Willen zur gewerkschaftlichen Einheitsorganisation und gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen, auf deren Grundlage erst die Prinzipien der gewerkschaftlichen Autonomie, der parteipolitischen Unabhängigkeit und des politischen Pluralismus ihre volle Wirksamkeit entfalten können.*

Der hier idealtypisch pointierte Grundkonsens der unmittelbaren Nachkriegszeit lockerte sich im Zuge der weltpolitischen Systemkonfrontation und kapitalistischen Restauration in der Bundesrepublik: So traten mit der kampflosen Niederlage der Gewerkschaften gegenüber dem von ihnen einhellig abgelehnten Betriebsverfassungsgesetz von 1952 die gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen zunehmend hinter sozialpartnerschaftlichen Tendenzen zurück.⁸ Übrig blieb die bis heute nicht eingelöste Forderung nach einer gleichberechtigten Mitbestimmung an der Verfügung über Produktionsmittel.

Der gewerkschaftliche Rückzug im Kontext des „Wirtschaftswunders“ führte jedoch nicht zur Preisgabe des Bewußtseins von grundlegenden sozialen Widersprüchen. Das sich an das zuvor verabschiedete Godesberger Programm der SPD (1959) anlehrende Düsseldorf Program des DGB (1963) spricht von der Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse und der fortschreitenden „Konzentration des Kapitals“. Und in der einleitenden Präambel des jüngsten Entwurfs zu einem neuen Grundsatzprogramm des DGB findet eine Rückbesinnung auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20) statt. Es bindet den Gebrauch des Eigentums an das Allgemeinwohl (Art. 14), das sogar eine Überführung von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ in Gemeineigentum erforderlich machen kann (Art. 15).

Der schrumpfende Handlungsspielraum der sozialliberalen Koalition, ihre teils eingefrorenen, teils zurückgenommenen Reformprogramme aktualisieren zugleich eine Krise der reformistischen Grundorientierung. Sie macht hinsichtlich der sozial-

6 Hans Limmer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1966, S. 84ff. und Dieter Schuster, Die deutschen Gewerkschaften seit 1945, Stuttgart 1974, S. 34f.

7 Siehe hierzu die Ausführungen von Victor Agartz auf dem 3. Bundeskongreß des DGB, die von den Delegierten mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. In: Protokoll. 3. Ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt A. M. 4. bis 9. Oktober 1954, hg. v. Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf o. J., S. 423ff., insbesondere S. 425—430; vgl. auch Theo Pirker, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Teil 1 — 1945 - 1952, Berlin 1979, S. 48ff.

8 Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 — 1952, Frankfurt am Main 1971; Joachim Bergmann, Otto Jakobi, Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975, S. 120ff.

demokratischen Regierungspolitik, aber auch der unternehmerischen Rationalisierungsstrategien auf der betrieblichen Ebene wie des europäischen Integrationsprozesses eine „Neuformulierung der gewerkschaftlichen Strategie und Organisation“ ebenso unabweisbar wie einen „neuen Anlauf zur gewerkschaftlichen Einheit auch mit Kommunisten in Frankreich und Italien“.⁹ Es liegt auf der Hand, daß dieser von Lutz Niethammer prognostizierte „schmerzhaftige Prozeß“ auch eine erneute Vergegenwärtigung der eigenen Geschichte einschließt, deren Bruchpunkte zudem mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck in der Bundesrepublik wieder stärker ins gewerkschaftliche Bewußtsein treten.

Zur politischen Funktion der gewerkschaftshistorischen Kontroverse

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der gewerkschaftliche Zugzwang erklären die Heftigkeit der Kampagne gegen die Marburger Gewerkschaftsgeschichte, die hier nicht im einzelnen untersucht werden soll.¹⁰ Vielmehr geht es um deren Funktion hinsichtlich des politischen Inhaltes der „Einheitsgewerkschaft als ständige Aufgabe“ (Vetter), die von den Autoren im Sinne der autonomen Klassenorganisation interpretiert worden ist. *Sie stellt auch die bisherige Bindung an die sozial-liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik infrage.* Das ist im Grunde der Stein des Anstoßes, der unter allen Umständen hinweggeräumt werden soll.¹¹ Am deutlichsten kommt diese politische Stoßrichtung in der Polemik Gerhard Beiers zum Ausdruck, die im gewerkschaftlichen Bereich eine große Verbreitung gefunden hat.¹² Deshalb soll ihre Vorgehensweise, die einen exemplarischen Stellenwert für die Doppelfunktion der wieder verstärkt praktizierten antikommunistischen Ideologie hat, etwas ausführlicher dargestellt werden.

Gerhard Beier knüpft an die aktuellen Zielsetzungen der Verfasser an, die angesichts der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen von einem „historischen Wende-

9 Lutz Niethammer, *Strukturreform und Wachstumsaspekt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung ...*, a. a. O. S. 305–358, hier S. 309

10 Dazu vor allem: Jörg Kammler, Harfrid Krause, Dietfrid Krause-Vilmar, Paul Oehlke, *Kampagne oder Kritik. Zur Diskussion um das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“*, in: *Das Argument* 117, 1979

11 Hier zeigt sich eine deutliche Parallele zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den „Herforder Thesen“, die ich in dieser Zeitschrift untersucht habe. (spw 4, 1979 S. 60ff.)

12 Über einen Versuch, Geschichte umzufälschen. Leninisten führten die Feder, in: *ötv-magazin* 3, 1979, S. 33-37. Sie ist schon in der *Besprechung von Manfred Scharrer* enthalten, mit der die Kampagne eingeleitet wurde, die schließlich in Peter von Oertzens Angriffen gegen Wolfgang Abendroth gipfelte. Die Frankfurter Rundschau machte die ganze Auseinandersetzung erst einem größeren Leserkreis zugänglich. Vgl. FR vom 2. - 5. Jan., FR vom 11. April 1979.

punkt" für den DGB sprechen und aus den historischen Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Notwendigkeit einer „demokratischen Kontrolle des Wirtschaftsprozesse“ begründen. Hierbei handelt es sich nach ihm aber nur um eine „dem Anschein nach 'objektive' Geschichtsschreibung“, die eine „politische Fehlorientierung im Übergang zu den achtziger Jahren“ mit sich bringe. Sie führe „in die verzweifelte Lage gegen Ende der Weimarer Republik“ zurück, als die „kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ihren größten Schaden anrichtete“. Mit dieser Wertung übergeht er die in dem Buch enthaltene Distanzierung von der Bildung selbständiger „revolutionärer“ Verbände ebenso wie die seit Mitte der 30er Jahre vollzogene Revision der sektierischen RGO-Politik durch die Kommunistische Internationale (VII. Weltkongreß) und die KPD (Brüsseler Konferenz), deren „Bekanntnisse zur Einheitsgewerkschaft“ von den „im Widerstand und Exil weiter aneinander gerückten Christen und Sozialisten verschiedener Schattierungen schließlich akzeptiert“ wurde.¹³

Schon Lenin hatte die ultralinke Gewerkschaftspolitik angesichts einer ähnlichen taktischen Wendung der linkskommunistischen Opposition nach der Novemberrevolution schärfstens verurteilt. Er polemisierte in der auch von Beier zitierten Schrift „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“ über den „Lächerlichen, kindischen Unsinn“, die „unverzeiliche Dummheit“ und die „absurde 'Theorie'“, sich an den „reaktionären Gewerkschaften“ nicht zu beteiligen, aus ihnen auszutreten und „neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen“ wie die „blitzsaubere 'Arbeiterunion'“ zu schaffen.¹⁴ Solche eindeutigen Aussagen hindern Beier allerdings nicht daran, den Marburger Autoren eine Rückwendung zur RGO-Politik im Sinne leninistischen Denkens zu unterstellen, das er wie auch andere nur mit „Unterwanderungsrezepten“ zu identifizieren vermag.

Der historische Bezug und gesellschaftliche Kontext der von Lenin propagierten „Schliche, Listen und illegalen Methoden“ wie des Kampfes gegen die „unverbesserlichen Führer des Opportunismus und des Sozialchauvinismus“ bleiben bei Beier jedoch ausgespart: speziell die repressive Verdrängung von Kommunisten aus den Gewerkschaften, allgemein das historische Versagen der Zweiten Internationale um den Ersten Weltkrieg und das heißt auch die tödlichen Folgen der reformistischen Klassenkollaboration für die europäische Arbeiterklasse.¹⁵ Es geht Beier vor allem darum, einen derart um seine sozialistischen Zielsetzungen gebrachten Lenin in einen bedenkenlos verallgemeinerten und zeitlosen Stalinismusbegriff aufgehen zu lassen, von dem aus jegliche kommunistische und leninistische Politik als „neostali-

13 Vetter, a. a. O. S. 198

14 Werke 31, Berlin 1974, S. 31ff.; vgl. zur historischen Entwicklung des deutschen Linkskommunismus: Heinz Manfred Bock, Geschichte des 'linken Radikalismus' in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt am Main 1976, S. 89ff.; derselbe, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim/Glan 1969

15 Das vernachlässigt auch Hermann Weber in seiner jüngsten Analyse kommunistischer Gewerkschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8, 1979, S. 509ff.

nistisch" diffamiert werden kann. Das hat mit wissenschaftlicher Auseinandersetzung nichts mehr, wohl aber mit der Anstiftung zu einer nun gewerkschaftsinternen Hatz auf die schon von Berufsverbote betroffenen Kommunisten zu tun.¹⁶

Über die gewerkschaftliche Ausgrenzung von Kommunisten hinaus hat der Stalinismus- und RGO-Vorwurf jedoch die weitergehende Funktion, die marxistische Theorie überhaupt wie die Kapitalismuskritik als Klassen-, Krisen- und Faschismusanalyse aus dem Verkehr zu ziehen. Denn um ihr „leninistisches und stalinistisches Denken“ verbreiten zu können und „RGO-Positionen latent wiederherzustellen“ bedienten sich nach Beier „Frank Deppe und seine Freunde“ – neben den Stilmitteln der Übertreibung, Schönfärberei und des Totschweigens sowie der Auswahl einseitiger und willkürlich interpretierter Statistiken – vor allem folgender „Kunstgriffe“:

- der Dramatisierung von „Wirtschaftskrisen“ als „absolut unvermeidliches Merkmal eines marktwirtschaftlich orientierten Systems“;
- dem „Klassendogma“ als Maßstab der „Politik der Gewerkschaften“ und der Ablehnung der „Klassenkooperationen“;
- abwertender „Identifikationsketten“ nach dem Muster: „Revisionismus ist stets mit Imperialismus verbunden, Kapitalismus führt zum Faschismus“¹⁷;
- der Demontage „ehrwürdiger Identifikationsfiguren einer reformistischen Gewerkschaftspolitik“ und ihr Ersatz durch „revolutionäre Überväter“.

Aus dieser Argumentation schält sich als zentrale gesellschaftspolitische Aussage heraus: daß eine klassen- und krisenanalytisch begründete Praxis der autonomen Interessenvertretung in die Sackgasse kommunistischer Gewerkschaftspolitik führe. Mit der antikommunistischen Denunziation marxistischer Kapitalismuskritik soll schon vom theoretischen Ansatz her eine autonome Praxis der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen verhindert, wenn nicht sogar illegalisiert werden. Selten zuvor ist die realpolitische Funktion der antikommunistischen Ideologie derart exemplarisch demonstriert worden.¹⁸

Sie richtet sich damit vor allem gegen das anwachsende kritische Potential, die Vertreter einer Politik der konsequenten Interessendurchsetzung, die in den Schat-

16 In diese Richtung zielt ebenfalls das Oberurseler Diskussionspapier: Zur Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich – Ein Beitrag zur Diskussion um gewerkschaftliche Jugendarbeiten nach der 10. Bundesjugendkonferenz, o. O. und o. J. (DGB-Bundesjugendschule Oberursel, Dezember 1978), abgedruckt in der FR vom 5. Mai 1979. Leider wird dieser zentrale politische Aspekt in einer um Objektivität bemühten Darstellung der gesamten Auseinandersetzung nicht hinreichend gewürdigt, wenn nur von „Zank“, „Streit“, „ideologischen Schaukämpfen“ und mit Ulrich Mückenberger (FR vom 22. Januar 1979) von „Linienkämpfen“ gesprochen wird (Karl Lauschke, Was kann man aus der Geschichte lernen?, in: Probleme des Klassenkampfes 35, 1979, S. 67ff.).

17 Siehe die analytisch bestechende Schrift von Richard Löwenthal (Paul Sering), Kapitalismus führt zum Faschismus ..., Nachdruck aus ‚Zeitschrift für Sozialismus‘, Karlsbad 1935/36, Raubdruck o. O. und o. J.

18 Vgl. hierzu auch Detlev Henschke, Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8, 1979, S. 471ff.; für das Ende der Weimarer Republik: Mommsen, a. a. O., S. 281

ten der Halblegalität“ (Hensche) gedrängt werden, ob es sich nun um klassenbewußte Gewerkschafter oder sozialistisch orientierte Sozialdemokraten handelt. Dabei wird zugleich der gewerkschaftliche Traditionszusammenhang etwa hinsichtlich des Münchner Programms gekappt, aber auch die Programmatik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wenn man sich die Parteiprogramme von Eisenach (1869), Gotha (1875), Erfurt (1891), Görlitz (1921), Heidelberg (1925), das „Prager Manifest“ (1934) und die Vorstellungen nach Kriegsende vergegenwärtigt, die freilich durch das „Godesberger Programm“ (1959) teilweise revidiert worden sind.¹⁹

Im Gegensatz zur westdeutschen Sozialdemokratie sind jedoch klassenanalytisch begründete sozialistische Zielsetzungen in zahlreichen sozialistischen Parteien Westeuropas aktualisiert worden. Das trifft insbesondere auf die britische Labor Party zu, aber auch auf die französischen und italienischen Sozialisten, von den spanischen und griechischen ganz zu schweigen. Ebenso hält die sozialistische Partei Belgiens am Klassenbegriff fest und fordert u. a. eine Vergesellschaftung großer Unternehmen, die weitgehende Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmungsrechte für die arbeitende Bevölkerung. Diese Forderungen vertritt auch die Partei der Arbeit wenn sie in deren langjährige Regierungspraxis erst ansatzweise Eingang gefunden haben.²⁰ Das gleiche gilt von den großen Gewerkschaftsverbänden in Westeuropa, die an den sich verstärkenden sozialen Problemen wie einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, den ungehemmten Profitstrategien des multinationalen Großkapitals und der restriktiven Wirtschaftspolitik ihrer Regierungen, ob sie nun von Barre oder Thatcher repräsentiert werden, immer weniger vorbeigehen können.²¹

3. Veränderte gewerkschaftspolitische Handlungsbedingungen

Über die seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 grundlegend veränderten gewerkschaftlichen Kampfbedingungen und die dadurch zunehmenden Probleme für die gewerkschaftliche Lohn-, Humanisierungs- und Reformpolitik, die im Mittelpunkt des letzten Abschnitts der Marburger Gewerkschaftsgeschichte stehen, glauben sich die Kritiker mehr oder weniger hinwegsetzen zu können. Mit der

19 Die Parteiprogramme sind abgedruckt in: Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt am Main 1964 (Vierte, erweiterte Auflage, Köln 1978)

20 Einen skizzenhaften Überblick bietet: Joachim Raschke (Hg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*, Reinbek bei Hamburg 1978

21 Klaus von Beyme, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München 1977, S. 112 ff.; vgl. auch die informativen Berichte über die französischen, italienischen und britischen Gewerkschaften von Wolfgang Lecher in den WSI-Mitteilungen 1/1977, 7/1977, 7/1978 und zu deren Geschichte die Beiträge in dem Argument-Sonderband 2, *Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa*, Berlin 1974

Frontstellung gegen eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik votieren sie unausgesprochen für eine sozialpartnerschaftliche Anpassungsstrategie, mit der das sozialliberal ausgestellte „Modell Deutschland“ aufrechterhalten werden soll. Sein soziales Netz beginnt jedoch unter dem Druck großkapitalistischer Sanierungs-, Rationalisierungs- und Exportstrategien weitmaschiger zu werden, wie es die Gewerkschaften tagtäglich an den sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung erleben müssen, die sich weitgehend an den hegemonialen (vorherrschenden) Interessen des westdeutschen Exportkapitals orientieren.

Dieses Krisenmanagement, das rechtskonservative Kreise bereits durch das militärische Instrumentarium des klassischen Imperialismus ergänzen wollen, wie es die Planbeispiele zu einer „Eingreiftruppe“ der NATO demonstrieren, geht bisher nur bedingt auf. Denn es scheint im Kontext einer verstärkten Modernisierungspolitik (BMFT-Programme) eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit im Innern ebenso wie ihren Export nach außen einzukalkulieren.²²

Eine kapitalorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik kann durch eine rechtskonservative Variante um so reibungsloser ersetzt werden, je weniger innersozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Widerstand sich beizeiten entwickelt. Gewerkschaftliche Zurückhaltung führt ebensowenig aus der Beschäftigungskrise heraus, wie sie die sozialliberale Koalition zu retten vermag. Das Gegenteil ist der Fall: Sie fördert mit der sozialpolitischen Entmächtigung der Arbeiterklasse zugleich die Möglichkeit eines Wahlsieges des „antisozialdemokratischen Kampfverbandes der Rechten“ (Wehner)²³, dessen Führungskader eine autoritäre Krisenlösung schon deutlich genug angekündigt haben. Dem entspricht die unternehmerische Kampfansage an die Gewerkschaften mit Aussperrungen, Tabukatalogen, Verfassungsbeschwerden und Pressekampagnen wie überhaupt an den „Gewerkschaftsstaat“.²⁴

Einer Neuauflage der historischen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung leistet jedoch eine Geschichtschreibung Vorschub, die mit der „Krise als Moment des geschichtlichen Prozesses der kapitalistischen Produktionsweise“ – wie die Marburger Autoren schreiben – auch die historischen Einbrüche der Arbeiterbewegung um den Ersten Weltkrieg, im Nationalsozialismus und nach dem Zweiten Weltkrieg kaschieren will. Statt ihrer kritischen Aneignung böte sie Feierstunden für die offiziell heiliggesprochenen Identifikationsfiguren an, während die zu Unpersonen Erklärten in einer Art „Gedankenloch“²⁵ verschwänden. Es bliebe eine theorie- und

22 Siehe hierzu etwa: Mario Helfert, Beschäftigung- und Produktivitätsfortschritt – Anmerkungen zur Politik der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, in: WSI-Mitteilungen, April und Mai 1977, S. 203ff. und S. 270ff.; Memorandum. Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, insbesondere S. 59ff.; Paul Oehlke, Objektive Ursachen der Arbeitslosigkeit, in: Arbeitslosigkeit. Individuelle Verarbeitung, gesellschaftlicher Hintergrund, hg. von Thomas Kieselbach, Heinz Offe, Darmstadt 1979, S. 142ff.

23 Weder hochjubeln noch emporschmähen, in: Sozialdemokrat-Magazin 8, 1979, S. 15/18

24 Hans O. Hemmer, Ulrich Borsdorf, „Gewerkschaftsstaat“ – Zur Vorgeschichte eines aktuellen Schlagworts, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10, 1974, S. 640ff.

25 Darauf verweisen am Beispiel von Victor Agartz: Volker Gransow, Michael Krätke, Victor Agartz. Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik, Berlin 1978, S. 7f.

perspektivlose Reduktion des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums auf das Organisationsinteresse schlechthin, das schon einmal den Weg in den Untergang vorgezeichnet hat, wie Beier an anderer Stelle so kenntnisreich belegt.²⁶ Den Preis der Entpolitisierung verlangt heutzutage wieder die konservative Rechte, wenn sie mit der Spaltung der Einheitsgewerkschaft droht, die angeblich kommunistisch unterwandert sei.

Probleme der Gewerkschaftsgeschichte

Die Kampagne gegen die Marburger Gewerkschaftsgeschichte kann ihre politische Funktion jedoch nur in dem Maße entfalten, wie sie an unzureichend verarbeiteten Problemen wie des Reformismus, Stalinismus usw. ansetzen kann.²⁷ In gleicher Weise stellen die Widersprüche des „realen Sozialismus“ wie die Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte in der DDR eine entscheidende, gleichsam „objektive“ Grundlage für die Wirksamkeit der antikommunistischen Ideologie dar, die freilich so alt wie die Arbeiterbewegung selbst ist. Seit deren Spaltung überlagert sie jedoch die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialisten bzw. Sozialdemokraten, die im Zeichen des Antikommunismus auf das kapitalistische System, sprich: die freie Marktwirtschaft, als der vermeintlichen Grundlage demokratischer Freiheitsrechte vereidigt werden sollen. Sie verwirke jeder, der das Privateigentum antastet, sagen die bürgerlichen Ideologen. Diese Rechte lassen sich aber weder „bürgerlich“ vereinnahmen, noch als „bloß bürgerlich“ abtun, sind sie doch das Ergebnis jahrhundertelanger Kämpfe der arbeitenden Klassen und nicht zu vergessen: auch der hauptsächlich von der „stalinistischen“ Sowjetunion geleisteten Befreiung vom Nationalsozialismus. Vor diesem komplexen historischen Tatbestand aber die Augen zu verschließen, führt die Arbeiterbewegung und ihre sozialistischen Kräfte in eine ausweglose Sackgasse, die der antikommunistischen und antisozialistischen Propaganda Tür und Tor öffnet. Sie kann nur durch eine ebenso solidarische wie schonungslose Selbstkritik als konstruktives Moment einer emanzipatorischen Praxis entschärft werden, die selbstverständlich auch nicht vor „revolutionären Identifikationsfiguren“ (Beier) Halt machen darf. So sind z. B. verschiedene zeitgeschichtlich gebundene Aussagen Lenins zu partei- und gewerkschaftspolitischen, bündnis-

26 Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt am Main 1975; vgl. auch Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933*, Neuwied 1971; Michael Schneider, *Tolerierung – Opposition – Auflösung. Die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der Regierung Brüning bis Hitler*, in: *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933*, hg. von Wolfgang Luthardt, Frankfurt am Main 1978, Erster Band, S. 150ff.

27 Siehe hierzu: Kammler u. a., a. a. O.

und staatsrechtlichen Fragen, zumal in ihrer später dogmatisierten Form²⁸, kritisch aufzuheben. Erst die historische Analyse opportunistischer und sektiererischer Strategien vermag jene politischen Lernprozesse auszulösen, die eine unerläßliche Voraussetzung der Arbeiterbewegung darstellen.

Diesen politisch-didaktischen Anspruch löst die Marburger Geschichte gerade hinsichtlich der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus nicht hinreichend ein, wie Kammler u. a. im einzelnen aufweisen: Weder werden die innere Spaltung der Arbeiterbewegung in ihrem vollen Ausmaß und ihren Entwicklungsformen, noch ihre Bedingungen und Folgen systematisch reflektiert. Dabei fällt vor allem ins Gewicht, daß der Zickzackkurs der kommunistischen Gewerkschaftspolitik als verschärfendes Moment der Lähmung der Arbeiterklasse unterbelichtet bleibt. Die RGO-Politik wird zwar in ihren negativen Auswirkungen kritisiert, aber ihre theoretische Grundlage: die Sozialfaschismustheorie, in deren Namen der Sozialdemokratie als linker „Hauptstütze“ des Faschismus der Kampf angesagt wurde, nicht mal bei vollem Namen genannt, geschweige denn auf ihre weltpolitischen Rahmenbedingungen, die Politik der Kommunistischen Internationale im Kontext der innen- und außenpolitischen Probleme der Sowjetunion, hingewiesen.

Der ultralinke Kurs der KPD ab 1928 ermöglichte es wiederum der SPD und in noch stärkerem Maße der ADGB-Führung ihre Tolerierungs- und Anpassungspolitik fortzusetzen – bis zur Aufforderung an die Mitglieder, an den Feierlichkeiten des von den Nationalsozialisten zum „Tag der nationalen Arbeit“ verfälschten 1. Mai teilzunehmen.²⁹ Bei den wechselseitigen Denunziationen als „Faschisten“ ging die so dringend notwendige Aktionseinheit der im antifaschistischen Sinne durchaus noch gemeinsam empfindenden und handlungsbereiten Arbeiterklasse endgültig verloren. Das schloß auch einen Realitätsverlust hinsichtlich der Grundlagen und Folgen des Nationalsozialismus ein, die von den bündnisbereiten und ausgeschlossenen innerparteilichen Flügeln SAP und vor allem KPO viel präziser eingeschätzt wurden.³⁰ Sie boten eine realistische Orientierung an, die nach der – von

28 Wolfgang Abendroth, *Der theoretische Weltkommunismus*, in: Werner Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 1970, S. 222ff.

29 Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, Hannover und Frankfurt 1958, S. 58

30 Siehe etwa die *Faschismustheorie* August Thalheimers in: *Faschismus und Kapitalismus*, hg. von Wolfgang Abendroth, eingeleitet von Kurt Kliem, Jörg Kammler und Rüdiger Griepenburg, Frankfurt am Main 1967; zur SAP und KPO die umfangreichen Arbeiten der Abendroth-Schüler Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim/Glan 1964 und K. H. Tjaden, *Struktur und Funktion der KPD (O). Eine organisationssoziologische Untersuchung des „Rechts“kommunismus in der Weimarer Republik*, Meisenheim/Glan 1964; zum historischen Gesamtzusammenhang: Wolfgang Abendroth, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt am Main 1965, S. 87ff. Und noch immer lesenswert: A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle, *Das Rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin 1932

der faschistischen Realität aufgezwungenen – Selbstkritik der Komintern auch in antifaschistischen Bündnissen vor allem in Frankreich und Italien, wenn auch unterbrochen durch den Hitler-Stalin-Pakt, realisiert wurde.

Und ist es nicht lehrreich, daß sich die kommunistischen und sozialistischen Flügel dieser Länder in einer Periode verschärfter sozialer Auseinandersetzungen zunehmend ihrer historischen Erfahrungen bewußt werden? Sie gehen in die Bestrebungen zur Aktionseinheit (Frankreich) bis zu ersten Tendenzen einer organisatorischen Vereinheitlichung (Italien) der im Kalten Krieg wieder zersplitterten Einheitsgewerkschaften ebenso ein, wie in weitergehende Bündnisvorstellungen der Arbeiterparteien, die trotz aller Rückschläge erstmals seit dem antifaschistischen Widerstand die Perspektive sozialistischer Veränderungen eröffnen.³¹ Diese Bewußtwerdung erstreckt sich auch auf die Erkenntnis, daß stabile Bündnisse ohne die uneingeschränkte Anerkennung des Bündnispartners nicht möglich sind, so schwierig die Loslösung von den überkommenen instrumentellen Verhaltensweisen sein mag.³² Sie schließt zwangsläufig eine sich vertiefende zwischen- und innerparteiliche Diskussion um die strategischen Grundfragen ökonomischer und politischer Demokratisierungsprozesse ein. Dabei läßt sich eine kritische Auseinandersetzung mit den Problemen der sozialistischen Länder nicht vermeiden, die ja auch einen konstitutiven Bestandteil der eigenen Geschichte darstellen. Ist dieser, vor unseren Augen abrollende politische Lernprozeß nicht auch in seinen Widersprüchen und Verzögerungen, die westdeutsche Intellektuelle vorschnell als „Krise des Marxismus“ zu interpretieren neigen, eine praktische Antwort auf vergangene und gegenwärtige Probleme? Für deren Lösung finden wir in der Bundesrepublik die nach wie vor entscheidende methodische Anleitung in den Arbeiten Wolfgang Abendroths zur Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung. *Sie bemühen sich in der Perspektive sozialer Emanzipation der arbeitenden Klassen um eine solidarische und kritische Aufarbeitung der Irrtümer und Fehlentwicklungen der verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung, die gerade vom Standpunkt der einheitsgewerkschaftlichen Klassenorganisation fortzuführen ist.*

Die aktuelle Situation und historische Erfahrung wie auch theoretische Einsicht erfordern von marxistischen Intellektuellen in, zwischen und neben den Arbeiterorganisationen, die „Legitimationswissenschaft der jeweils ‚richtigen‘ Politik der Spitzen von Parteien und Gewerkschaften“³³ zu kritisieren und sich von den ver-

31 Vgl. zur Entwicklung der Gewerkschaften dieser Länder: Werner Goldschmidt, Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem zweiten Weltkrieg. Ein historischer Abriss und Detlev Albers, Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972, in: Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa. Argument-Sonderband 2, Berlin 1974, S. 1ff. und S. 120ff

32 Davon zeugt die innerparteiliche Auseinandersetzung in der kommunistischen Partei Frankreichs der letzten Jahre. Siehe die Polemik von Louis Althusser in Le Monde vom 24.-27. April 1978, veröffentlicht in: Louis Althusser, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978, S. 80ff.

33 So im Vorwort von Barbara Dietrich und Joachim Perels in dem von ihnen herausgegebenen Buch: Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976, S.7

schiedenen Varianten von „Hausgeschichtsschreibungen“ zu lösen. In ihrer Tendenz zur Bestätigung, Rechtfertigung und Abgrenzung schotteten sie sich von den Erfahrungen und dem Bewußtseinsstand großer Teile der Lohnabhängigen ab, in deren Kontext erst die jeweiligen Abwege und ihre wechselseitigen Zuspitzungen überwunden werden können. Eine solche Einsicht erfordert in methodischer Hinsicht, von einer reinen Organisationsgeschichte Abschied zu nehmen, so sehr diese auch das Gerüst sozialer Lernprozesse bleibt, in dem erst zeitlich und lokal begrenzte Erfahrungen verallgemeinert, bewahrt und über die Generationen hin vermittelt werden können. Insofern stellt das Klassenbewußtsein zwar eine wesentliche organisatorisch und historisch vermittelte Kategorie dar; eine Ideologie- und Organisationsgeschichte kann aber erst durch die Einbeziehung sozialstruktureller und sozialpsychologischer Prozesse in vollem Umfang verständlich werden, wie Abendroth in einer Auseinandersetzung einräumt.³⁴ In diesem Zusammenhang darf die Kritik an der Marburger Gewerkschaftsgeschichte — nicht genügend lokal- und regionalgeschichtliche Arbeiten zu berücksichtigen — nicht verschweigen, daß diese Forschungsrichtung etwa im Vergleich zu Großbritannien hierzulande noch in den Anfängen steckt, eine Reihe von Arbeiten wie die von Tenfelde, Schomerus und Rabe auch noch nicht vorlag.³⁵ Allerdings läuft eine verabsolutierte „Arbeitergeschichtsschreibung von unten“, wiederum Gefahr, wie Deppe, Fülberth und Harrer gegenüber ihren Kritikern einwenden³⁶, ihren Erklärungswert zu verlieren, wenn sie nicht mehr den Bezug zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungszusammenhängen und deren politischen Knotenpunkten wahrt, die eine theoretische Verarbeitung notwendig machen.

Entsprechend wollten die Marburger Autoren „keine isolierte Organisationsgeschichte“ schreiben. Sie konnten diesen Anspruch aber nicht immer hinreichend erfüllen, worauf schon Helga Grebing hingewiesen hat.³⁷ In der Tat stehen häufig sozioökonomische und organisationsgeschichtliche Daten unvermittelt nebeneinander, die in der nicht deckungsgleichen Entwicklung von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen nicht befriedigend verarbeitet werden. Das hat seinen Grund

- 34 Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontanität und Organisationsentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: *Das Argument* 108, 1978, S. 222ff.; vgl. auch Hannes Heer, Dirk Hemje-Oltmanns, Volker Ullrich, *Organisationsgeschichte oder Geschichte der „eigentlichen Arbeiterbewegung“?* Zu neueren Veröffentlichungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Das Argument* 106, 1977, S. 860 ff.
- 35 Klaus Tenfelde, *Die Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert*, Bonn-Bad Godesberg 1977; Heilwig Schomerus, *Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen*, Stuttgart 1977; Bernd Rabe, *Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen in einem Arbeiterviertel*, Frankfurt am Main 1978
- 36 Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4 und 5, 1979, S. 488ff., S. 569ff., hier S.573
- 37 „Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung“? — Bemerkungen zu dem Buch von Deppe, Fülberth, Harrer (Hg.): *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung* in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4, 1979, S. 204ff.; siehe auch: *Eine schöne Geschichte*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* 1, 1979, S. 169ff.

zum Teil darin, daß die spezifischen Konstitutionsbedingungen des Lohnarbeiterbewußtseins in der konkreten historischen Analyse nicht fruchtbar gemacht werden. *Diese enthalten schon in der Lohnform selbst, die das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit verhüllt, eine systemspezifische Grundlage des Reformismus, der sich in längeren Wachstumsperioden, bei Monopolstellungen auf dem Weltmarkt und unter dem Einfluß imperialistischer Politik erst in vollem Maße ausbildet.*³⁸ Damit setzt sich in der Arbeiterbewegung eine gesellschaftliche Anpassungstendenz durch, die bei sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bzw. Regierungsverantwortung einem Höhepunkt zustrebt, der allerdings unter der Bedingung einer längeren Stagnations- und Krisenphase zugleich einen Wende- und inneren Zerrißpunkt für die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften markieren kann.³⁹

Diese historischen Erfahrungen und ihre theoretische Verarbeitung dürften von ausschlaggebender Bedeutung für die Analyse der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung sein. Sie steht im Kontext des westeuropäischen Integrationsprozesses vor der Alternative: Entweder sich den hegemonialen Bestrebungen des westdeutschen Großkapitals anzuschließen, denen die sozialliberale Regierungspolitik schon weitgehend folgt, oder gegenüber unternehmerischen Rationalisierungs- und multinationalen Konzernstrategien sowie der restriktiven Wirtschaftspolitik nationaler Regierungen und internationaler Institutionen eine solidarische Aktionseinheit mit den großen klassenbewußten westeuropäischen Gewerkschaften aufzubauen, deren gesellschaftsverändernde Zielsetzungen durchaus zum Traditionsbestand der (west-)deutschen Arbeiterbewegung gehören. Einen Schritt in diese Richtung stellen die Tendenzen in den westdeutschen Gewerkschaften dar, sich wieder stärker auf die eigene Kraft, die Entwicklung der Kampfbereitschaft und Solidarität der Mitglieder zu besinnen.⁴⁰ Entsprechend sagte Heinz Oskar Vetter auf dem letzten Bundeskongreß des DGB: „Nicht die Politik der gutgläubigen Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung kann alleine den Teufelskreis zerschlagen, der aus der Wechselwirkung von Krise und politischer Reaktion entsteht.“⁴¹ Allerdings ist es von dem Ausspruch dieser Einsicht bis zu ihrer strategischen und tagespolitischen Umsetzung noch ein weiter Weg, der eine verstärkte Diskussion über „Alternativen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ und das heißt auch demokratischer, der Tendenz nach sozialistischer Strukturreformen notwendig macht. Die Notwendigkeit einer autonomen Klassenpraxis in sozialeman-

38 Weitere Ausführungen zu dieser Problemstellung bei Kammler u. a., a.a.O.

39 Exemplarisch belegt diese Entwicklungsmöglichkeit die britische Arbeiterbewegung, insbesondere seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Vgl. hierzu Paul Oehlke, Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsentwicklung, in: Argument-Sonderband 2, a.a.O. S. 94ff., S. 109ff.

40 Siehe hierzu u. a. den Bericht über die Klausurtagung des Vorstands der IG Metall von Eugen Loderer und Hans Janßen, in: Der Gewerkschafter 5, 1979, S. 21ff.

41 Zitiert nach Hensche, a.a.O. S. 475

zipatorischer Perspektive aus der Darstellung der gegenwärtigen Krisentendenzen und der historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung begründet zu haben, bleibt bei aller (solidarisch zu führenden) Kritik das Verdienst der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“.⁴²

42 Dies begründet erneut einer der Autoren in einer umfassenden mehr theoretisch orientierten Arbeit: Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979

Hans Alexy, Günter Bouwer

Anmerkungen zum Programm der DKP

I. Vorbemerkung

Im Oktober 1978 beschloß die DKP auf ihrem Mannheimer Parteitag ihr Parteiprogramm. Bisher haben die Analysen und programmatischen Aussagen dieses Programms so gut wie keinen Eingang in die marxistische Diskussion dieses Landes gefunden. Hier will der folgende Beitrag einen Anfang setzen.

Wir halten eine Auseinandersetzung mit dem Programm der DKP aus mehreren Gründen für sinnvoll. Es stellt die theoretische Grundlage der einzigen organisierten marxistischen Kraft in diesem Land außerhalb des linkssozialistischen Flügels in der SPD dar. Die DKP verkörpert die Tradition des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung in diesem Land, eine Tradition, deren gegenwärtige Schwäche aus etlichen Fehlern in der Vergangenheit und Gegenwart resultiert, jedoch zumindestens in gleicher Weise auch Ergebnis härtester Verfolgung im Faschismus, der Repressionen durch die Adenauer-Regierung und der Berufsverbotspraxis ist. Die Mitglieder der DKP stellen heute in bedeutsamen Massenbewegungen und auch in den Gewerkschaften produktive, nicht fortzudenkende Elemente dar, deren Tätigkeit jedoch in keinem Verhältnis zu der äußerst geringen politischen Ausstrahlungskraft ihrer Partei steht.

Wir greifen in den folgenden Ausführungen zwei zentrale Themenbereiche heraus. Zum einen untersuchen wir die Ausführungen des Programms der DKP zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in den Ländern des realen Sozialismus, zum anderen prüfen wir die Aussagen der DKP über den Weg zum Sozialismus und das sozialistische Ziel.

II. DKP und realer Sozialismus

Zu Beginn ihres Programms stellt die DKP die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern dar. An erster Stelle werden hier die Errungenschaften dieser Länder aufgrund ihrer sozialistischen Entwicklung gewürdigt. „In den sozialistischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit, was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ verwirklicht. Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sich planmäßig zum Nutzen des ganzen Volkes und jedes Einzelnen ... Die stabile und dynamische Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft beweist die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.“¹ Die Probleme und Wider-

1. Programm der DKP, S. 202, in: Protokoll des Mannheimer Parteitages der DKP, S. 197-273.

sprüche dieser Entwicklung werden wie folgt angesprochen: „Die Vorzüge des Sozialismus zeigen sich auch darin, wie man Probleme, die sich aus dem raschen Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung, aus der Härte der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, aus dem Beschreiten neuer, in der Menschheitsgeschichte noch nicht betretener Wege ergeben, durch das arbeitende Volk und zu seinem Nutzen gelöst werden“.² In ihrem 76 Seiten umfassenden Programm ist dies die einzige Aussage, in der die DKP auf die „Probleme“ des Aufbaus in den existierenden sozialistischen Gesellschaften eingeht.

„Probleme“ sozialistischen Aufbaus

Die DKP benennt mit keinem Wort, um welche „Probleme“ des sozialistischen Aufbaus es sich gehandelt hat, bzw. auch heute noch handelt. So wird der Hinweis auf „Probleme“ einer Erscheinung wie beispielsweise dem Stalinismus in keiner Weise gerecht.

Weiterhin fällt die Allgemeinheit der von der DKP benannten Ursachen für die Widersprüche und Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau ins Auge. Diese Ursachen sind so allgemein, daß sie sich auf jeglichen sozialistischen Aufbau anwenden lassen. Damit versäumt es die DKP aber gerade, die immensen Widersprüche und Schwierigkeiten beim Aufbau der existierenden sozialistischen Gesellschaften aus ihren konkreten, oftmals unwiederholbaren historischen Umständen, d. h. vor allem aus den schweren inneren und äußeren Ausgangsbedingungen heraus zu erklären. Als Stichworte sollen hier genannt werden: Die niedrige Entwicklung der Produktivkräfte in nahezu allen Gesellschaften, die bislang mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, die daraus folgenden klassenstrukturellen Konsequenzen, der Zwang den Sozialismus 30 Jahre lang in nur einem Land aufbauen zu müssen, umgeben von imperialistischen Gegnern, von denen zumindestens einer aus seinen Agressionsabsichten keinen Hehl machte. Solche Faktoren mußten notwendigerweise zu großen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten und Widersprüchen führen.

Aber es existieren nicht nur diese objektiven Faktoren für Schwierigkeiten und Widersprüche. Hinzu traten und treten subjektive Ursachen, Fehlentscheidungen der Führungen der jeweiligen kommunistischen Parteien. Der Verzicht auf die Nennung dieses subjektiven Faktors als Ursache von Schwierigkeiten und Widersprüchen hat praktisch-politische Bedeutung. Denn die Nennung von Fehlern und Versäumnissen als *eine* Ursache für Schwierigkeiten und Widersprüche stellt die theoretische Basis für die Kritik an den jeweiligen kommunistischen Führungen dar. Diese erscheinen ansonsten als bloße Vollstrecker historisch unvermeidbarer Entwicklungen. Mit ihrem Verzicht auf die ausdrückliche Nennung des subjektiven Faktors als Ursache für Schwierigkeiten und Widersprüche fällt die DKP im übrigen hinter ihre

2. Programm der DKP, S. 202.

Düsseldorfer Thesen von 1971 zurück. Dort heißt es in These 17: „Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist eine schwere geschichtliche Aufgabe, die sich im Kampf des Neuen gegen das Alte, des Fortschritts gegen die Überreste der Vergangenheit vollzieht. Eine solche Entwicklung, die mit jedem Schritt Neuland betritt, geht nicht ohne Widersprüche und Schwierigkeiten vor sich, die aus neuen, komplizierten Problemen, aus *Versäumnissen* oder *Fehlern* (Hervorhebung vom Verfasser) entstehen können.“³

Niemand wird von der DKP verlangen, in ihrem Programm eine entfaltete Analyse des bisherigen Aufbaus sozialistischer Gesellschaften zu entwickeln. Dazu ist einmal ein Programm nicht der richtige Ort. Zum anderen befinden sich die wissenschaftlichen Bemühungen um solch eine Analyse, jedenfalls was die BRD angeht, noch in den Anfängen.⁴ Was die DKP jedoch hätte leisten können, ist eine folgende Elemente enthaltende Darstellung:

- Im Vordergrund hat die Benennung der grundlegenden Leistungen der bisherigen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften zu stehen.
- Es müssen zum zweiten die Schwierigkeiten und Widersprüche benannt werden, die den Aufbau sozialistischer Gesellschaften begleiteten und die teilweise deren Antlitz verdüsterten. (Zumindestens müßte eine solche Darstellung enthalten: eine Benennung des Stalinismus sowie einen Hinweis auf Mängel, die auch gegenwärtig noch die Demokratie in den sozialistischen Gesellschaften belasten.)
- Schließlich müssen die wesentlichen Ursachen dieser Schwierigkeiten und Widersprüche bestimmt werden.

Daß eine dieser drei Elemente integrierende und die „global positive Bilanz“⁵ nachweisende Darstellung der Entwicklung der existierenden sozialistischen Gesellschaften in knappen Worten möglich ist, haben die italienischen und spanischen Kommunisten in ihren programmatischen Aussagen unter Beweis gestellt⁶. Die Notwendigkeit einer solchen Darstellung ergibt sich aus folgenden Überlegungen.

3. Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, These 17.
4. Es ist ein Mangel der Diskussion der Linken in der BRD, daß der Ansatz Werner Hofmanns zur Erklärung der existierenden sozialistischen Gesellschaften noch nicht in genügendem Umfang aufgegriffen und weiterentwickelt wurde; W. Hofmann argumentiert in seiner Studie über den Stalinismus (W. Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt 1970) von einem historisch-materialistischen Ansatz aus, bei dem ein besonderes Gewicht auf der Analyse der Folgen der schwierigen inneren und äußeren Ausgangsbedingungen zu Beginn des Aufbaus der derzeit existierenden sozialistischen Gesellschaften liegt. Der Hofmannsche Faden wurde bislang vor allem von Christoph Kievenheim (Eurokommunismus und realer Sozialismus – Thesen zu einer auch bei uns notwendigen Diskussion, in: SoPo 40 (1977) S. 100-107) und vom Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Demokratischer Kampf für den Sozialismus, in: Das Argument 105 (1977) S. 661-671) aufgenommen.
5. Georges Marchais auf dem 23. Parteitag der KPF, in: Die Neue, 10.5.1979, S. 1.
6. Programm-Manifest der Kommunistischen Partei Spaniens, Abschnitt I, These 9, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 2/76, S. 115-173; Thesenentwurf für den 15. - Parteitag der IKP, These 6 und 42, in: Die Italienischen Kommunisten, Bulletin der IKP für das Ausland, Sonderausgabe 1978.

Antikommunismus und realer Sozialismus

Die Vorstellungen vom Sozialismus in der bundesdeutschen Arbeiterklasse sind im wesentlichen durch zwei Varianten geprägt. Einmal den „demokratischen Sozialismus“ der SPD, der wegen seiner Diffusität kaum Ausstrahlungskraft besitzt und der von der offiziellen SPD auch nur sehr zurückhaltend propagiert wird. Zum anderen durch einen „Sozialismus kommunistischer Prägung“.

Mit diesem „Sozialismus kommunistischer Prägung“ werden die osteuropäischen sozialistischen Gesellschaften und die DKP in gleicher Weise identifiziert. Die Vorstellung vom Sozialismus kommunistischer Prägung ist weitgehend negativ. (Weniger persönliche Freiheit, weniger Demokratie, geringer Lebensstandard). Unserer Ansicht nach sind diese negativen Vorstellungen der bundesdeutschen Arbeiterklasse vom realen Sozialismus und von der DKP auf das Zusammenwirken zweier Faktoren zurückzuführen.

Als erstes ist der herrschende Antikommunismus mit seiner langen, stets auch vom Staat geförderten Tradition in Deutschland zu nennen. Unter Antikommunismus verstehen wir dabei ein undifferenziertes, auf selektiver Wahrnehmung beruhendes, gefühlsmäßig besetztes Denkmuster, das, orientiert am Begriffspaar gut und schlecht, kommunistisches Wirken von vornherein dem Schlechten zuordnet.⁷ Der Antikommunismus konnte jedoch nur deshalb seine derzeitige, die Arbeiterklasse nahezu vollständig erfassende Verbreitung finden, weil der Aufbau der sozialistischen Gesellschaften bislang von immensen Schwierigkeiten und Widersprüchen begleitet war, an die die Protagonisten antikommunistischer Denkmuster anknüpfen konnten, d. h. die sie für sich verarbeiten konnten. Die Verbreitung antikommunistischer Denkmuster fiel ihnen dabei um so leichter, als diese Schwierigkeiten und Widersprüche für gewisse Zeiträume zu höchst abstoßenden Erscheinungsbildern eskalierten, die von den alten Idealen der Arbeiterbewegung wenig erkennen ließen.

Als Ursache für die ablehnende Haltung der bundesdeutschen Arbeiterklasse zum realen Sozialismus und zur DKP, lediglich global „den“ Antikommunismus zu benennen, dabei dessen konkrete Funktionsweise aber weitgehend im Dunkeln zu belassen, — wie die DKP dies tut⁸ —, bedeutet, sich den Zugang zum derzeitigen Bewußtsein der Arbeiterklasse zu verstellen. Vielmehr kommt es gerade auf die Einsicht an, daß der herrschende Antikommunismus immer wieder auf einen — wenn

7. Werner Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt 1970, S. 131, 133.

8. Willi Gerns, *Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse*, Frankfurt 1978; Gerns sieht zwar durchaus — auch wenn er dies nur anklingen läßt — den Zusammenhang zwischen Schwierigkeiten und Widersprüchen beim Aufbau des Sozialismus und antikommunistischen Bewußtsein der bundesdeutschen Arbeiterklasse, nennt in diesem Zusammenhang jedoch lediglich die ökonomischen Schwierigkeiten der DDR in den 50er Jahren (S. 71/72). Die gravierenden Probleme im politischen Herrschaftssystem der DDR sowie im Bereich der persönlichen Freiheitsrechte benennt er nicht. Auch wird mit keinem Wort auf die Schwierigkeiten, Widersprüche und abstoßenden Züge beim Aufbau der anderen sozialistischen Gesellschaften eingegangen.

auch noch so verzerrten – Wirklichkeitskern aufbauen konnte und kann. Dieser Mechanismus der Bewußtseinsentwicklung funktionierte für die bundesdeutsche Arbeiterklasse besonders nachhaltig, weil mit persönlichen Erfahrungen verbunden, bei der Entstehung und dem Aufbau der DDR. Wolfgang Abendroth beschreibt dies Zusammenspiel für die 50-er Jahre mit folgenden Worten: „..... das negative Bild, wie es die gegenwärtigen Herrschaftsformen der DDR mit ihrer ständigen Tendenz zu stalinistischen Methoden und ihrer vielfältigen Fehlplanung bietet (führt dazu, daß der, d. Verf.) Sozialismus in Deutschland besonders stark kompromittiert (wird, d. Verf.) und daß die gefährlichen Fabrikanten antibolschewistische Stimmungen des Kalten Krieges dadurch immer erneut mit Munition beliefert werden.“⁹ Obwohl die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften gegenwärtig bei weitem nicht mehr in dem Umfang wie vor 20, 30 oder 40 Jahren von Schwierigkeiten, Widersprüchen und abstoßenden Zügen begleitet ist und die Vorzüge des Sozialismus sich zunehmend entfalten, funktioniert dieser Mechanismus der Bewußtseinsentwicklung weiterhin. Denn einmal sind die damaligen Erfahrungen für viele noch recht lebendig und zum anderen existieren auch heute noch etliche Widersprüche, Schwierigkeiten in diesen Gesellschaften.

Wenn in die negativen Vorstellungen der bundesdeutschen Arbeiterklasse über den realen Sozialismus in beträchtlichem Umfang die Schwierigkeiten, Widersprüche und abstoßenden Züge der sozialistischen Gesellschaften eingeflossen sind, so darf die DKP diese nicht – wie im Programm geschehen – einfach ignorieren. Vielmehr ist die DKP gefordert, sich diesen Erscheinungen zu stellen, d. h. sie zu benennen und sie entweder a) als aufgrund spezifischer historischer Umstände unvermeidbar zu erklären oder sie b) als Folge von Fehlern und Versäumnissen zu kritisieren. Nur so wird es der DKP gelingen, denjenigen das Feld streitig zu machen, die gegenwärtig höchst erfolgreich die Schwierigkeiten, Widersprüche und abstoßenden Züge der sozialistischen Gesellschaften ausschlachten.¹⁰ Allein schon dieser Gesichtspunkt – das Versäumnis, einen Beitrag zum Abbau der ablehnenden Haltung der bundesdeutschen Arbeiterklasse gegenüber den sozialistischen Gesellschaften zu leisten – reicht aus, um die Ausführungen im DKP-Programm zu den Widersprüchen

9. Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Köln 1978 S. 75/76.
10. Wie sich dieses Fehlen von Erklärungen, bzw. Kritik in den 50er Jahren für die KPD verhängnisvoll auswirkte, weil dadurch den Protagonisten des Antikommunismus kampflos das Feld überlassen wurde, stellt Wolfgang Abendroth dar: „Den Arbeitern wird immer deutlicher – schon bei Besuchen in der DDR und durch Besucher von der anderen Seite der Elbe – vor Augen geführt, daß der Lebensstandard in der BRD weit über dem der DDR liegt. Die Arbeiter, und zwar auch solche, die zunächst kommunistisch, also klassenkämpferisch denken, folgen deshalb der falschen Auffassung, daß das niedrige Lebenshaltungsniveau in der DDR allein auf übermäßig hohen Reparationsleistungen beruhe. Den gesamten ökonomischen Zusammenhang können sie nicht zutreffend und genau analysieren. Sie sehen darüber hinaus die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit in der DDR. Da die KPD insgesamt aber stets „linientreu reagiert—...“, wenden sich immer mehr Arbeiter

und Schwierigkeiten beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaften als völlig ungenügend qualifizieren zu können.

Die DKP wird von nahezu der gesamten Arbeiterklasse mit dem realen Sozialismus identifiziert, der aufgrund des obengenannten Mechanismus negativ bewertet wird. Demgegenüber steht das Selbstverständnis der DKP, eine nationale, eng mit der bundesdeutschen Arbeiterklasse verbundene Kraft zu sein, die aus dem Bestreben, deren Interessen umfassend zu vertreten, den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative auch für dieses Land vorschlägt. Will die DKP, daß ein ins Gewicht fallender Teil der Arbeiterklasse diese Einschätzung übernimmt, so muß sie sich einmal in den tagtäglichen Kämpfen als eine mit den Interessen der Arbeiterklasse verbundene Kraft erweisen. Dieses Erfordernis erfüllt die DKP unserer Auffassung nach weitgehend. Zum zweiten muß sie a) eine sozialistische Alternative entwickeln, die den Bedingungen dieses Landes entspricht (hierzu unten). Weiterhin muß sie b) darstellen – sozusagen zur Untermauerung der von ihr für die BRD vorgeschlagenen sozialistischen Alternative – daß die Widersprüche, Schwierigkeiten und abstoßenden Züge, die den Aufbau der bisherigen sozialistischen Gesellschaften begleiteten, zu einem erheblichen Teil den sehr schwierigen Ausgangsbedingungen geschuldet sind, die diese Gesellschaften vorfanden. Diese spezifischen historischen Umstände werden im Sozialismus in der BRD keine Bedeutung haben (niedrige Entwicklung der Produktivkräfte; isolierter Aufbau des Sozialismus in einem Land). Insoweit Widersprüche, Schwierigkeiten und abstoßende Züge aber auf Fehler und Versäumnisse zurückzuführen sind, muß die DKP diese in ihrem Programm benennen, denn nur solch eine Aufarbeitung, d. h. ein Lernen aus der Geschichte, gibt die Gewähr, daß sich Fehler und Versäumnisse nicht wiederholen.

Solch eine differenzierte Darstellung der existierenden sozialistischen Gesellschaften würde sicherlich nicht dazu führen, daß die DKP ihre gegenwärtige geringe politische Ausstrahlungskraft kurzfristig in bedeutendem Umfang steigern könnte. Das Aufbrechen verfestigter antikommunistischer Denkmuster kann nur in einem mühseligen Prozeß gelingen. Ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Prozesses ist allerdings die von uns in groben Zügen skizzierte differenzierte Darstellung der existierenden sozialistischen Gesellschaften. Darüberhinaus würde die DKP mit solch einer differenzierten Darstellung einen in seiner Bedeutung kaum hoch genug zu veranschlagenden Beitrag zur Entwicklung der gesamten bundesdeutschen Linken leisten.

von der KPD ab. Hinzu kommt, daß die KPD die offenkundige Tatsache besserer materieller Lebensbedingungen in der BRD im Vergleich zur DDR ganz einfach leugnet und dadurch unglaubwürdig wird. So kann man verfolgen, wie die für die KPD abgegebenen Stimmen bei den Bundestagswahlen 1949 im Verhältnis zu den Kommunal- und Landtagswahlen 1946/48 fast um die Hälfte zurückgehen und wie sie sich in den folgenden Landtagswahlen nochmals um 50% verringern. (W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976, S. 222/223).

11. Programm der DKP, S. 251

III. Der Weg zum Sozialismus

Im Abschnitt IV des Programms, überschrieben mit „Unser sozialistisches Ziel“, wird dargestellt, wie die DKP sich die Grundzüge des Sozialismus in der BRD und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserem Land vorstellt.

Übergang zum Sozialismus und Parteienbündnis

Die DKP „strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen.“ Sie leitet die Möglichkeit des Zusammenwirkens der verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse sowie des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anti-monopolistischen Schichten (Intelligenz, Mittelschichten, Bauern) aus der Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD ab (Abschnitt V des Programms). Während die DKP die soziale Dimension dieses den Übergang zum Sozialismus vollziehenden und den Sozialismus aufbauenden Parteienbündnisses recht ausführlich im Abschnitt V benennt, wird die *politische* Dimension dieses Parteienbündnisses nur mangelhaft herausgearbeitet. Angesichts der Erfahrungen mit den Mehrparteiensystemen in einigen Ländern des realen Sozialismus genügt es nicht, – wie von der DKP praktiziert –, bei der Anerkennung der Existenz verschiedener Parteien sowie dem Hinweis auf die Notwendigkeit ihres Zusammenwirkens stehenzubleiben. Im Zuge der Wiederbelebung stalinistischer Methoden seit etwa 1946¹² sind die nichtkommunistischen Parteien dort in bloße Randfunktionen abgedrängt¹³ und ist die Dominanz der jeweiligen kommunistischen Partei mit administrativen Mitteln gesichert. Die Identität der nichtkommunistischen Parteien verblaßte weitgehend.

Zwar deutet die DKP an, daß es sich bei dem Parteienbündnis in einer sozialistischen BRD um eine andere Art von Parteienbündnis handeln wird, als es z. Zt. im realen Sozialismus vorzufinden ist. So strebt die DKP die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten „nicht nur für die unmittelbare Gegenwart“ an, sondern sie will diese Zusammenarbeit auch „für die Zukunft, im Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonopolistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik“¹⁴. Die DKP geht also davon aus, daß im Sozialismus in der BRD – im Unterschied zum realen Sozialismus – neben ihr auch eine sozialdemokratische Partei wirken wird. Dieser Hinweis auf die Existenz der So-

12. Zu dieser Wiederbelebung stalinistischer Methoden und den Ursachen dafür, insbesondere was den Versuch der USA betrifft, die UdSSR zu isolieren: W. Abendroth, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt 1973, S. 156, 165.

13. W. Abendroth, ebenda, S. 228

14. Programm der DKP, S. 260

zialdemokratie im Sozialismus in der BRD zeugt zwar von Realismus, er genügt jedoch nicht. Vielmehr sind Kommunisten gefordert, auch Aussagen über die Beziehungen der einzelnen Parteien innerhalb dieses Bündnisses zu machen. Von der Eindeutigkeit in dieser Frage hängt das Zustandekommen solcher Parteibündnisse überhaupt ab. Das Programm der DKP versagt hier jedoch. So fehlt jeder ausdrückliche Hinweis, daß dieses den Übergang zum Sozialismus tragende und den Sozialismus aufbauende Parteibündnis ausschließlich auf freier, und das heißt auch wieder lösbarer Übereinkunft beruht. Das Gegenteil ist der Fall. Die Befürchtung der Adressaten dieses Bündnisvorschlages, sich auf einen „mephistotelischen Pakt“ einzulassen, werden durch verschiedene vage Aussagen des Programms nur noch bestärkt. So ist nicht einzusehen, weshalb der Parteitag der DKP nicht dem Antrag der Wohngebietsgruppe Oldenburg-Stadtmitte folgte und feststellte, daß im Sozialismus in der BRD eine parlamentarische Minderheit ihre Rechte im Rahmen der Gesetze wahrnehmen können. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil man sich jetzt nicht schon festlegen könne; eine Begründung, die um so erstaunlicher ist, als noch die DKP in ihrem Programm von 1968 ausführte: „Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können“. Auch führte Josef Schleifstein, einer der Theoretiker der DKP, noch Anfang 1977 aus, daß „eine parlamentarische Minderheit, wenn diese die Verfassung und die Gesetzlichkeit achtet“¹⁵ im Sozialismus in der BRD existieren werde.

Im Sinne des Zustandekommens jenes breiten auf den Übergang zum Sozialismus und den sozialistischen Aufbau orientierten Parteienbündnisses, sind auch diejenigen Aussagen des Programms viel zu vage, die sich mit den Grenzen der politischen Freiheit im Sozialismus in der BRD befassen. Zwar geht die DKP zu Recht davon aus, daß im Sozialismus in der BRD kriegsverherrlichende Ideen, Neonazismus, Rassismus, Nationalismus und Völkerverhetzung staatlicher Zwangsgewalt begegnen werden, darüberhinaus wird sich jedoch mit vagen Umschreibungen begnügt: der Sozialismus „gibt keinen Raum ... für diejenigen, die die Errungenschaften des Volkes und seine verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen.“¹⁶ Oder: „Darum müssen alle Versuche der entmachteten Ausbeuter, die mit der Verfassung und den Gesetzen des sozialistischen Staates unvereinbare kapitalistische Ausbeuterordnung wiederherzustellen, auf der Grundlage dieser sozialistischen Gesetzlichkeit unterbunden werden.“¹⁷ Solche Formulierungen lassen mögliche Bündnispartner nur allzusehnlich an jene generalklauselartigen, politische Meinungsäußerung weit über die eben genannten Grenzen hinaus unter Strafe stellenden Paragraphen im Strafgesetzbuch der DDR denken.¹⁸

15. J. Schleifstein, Zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der BRD, Argument 102 (1977), S. 186.

16. Programm der DKP, S. 252

17. Programm der DKP, S. 249

18. Vgl. etwa die §§ 106 und 107 im Strafgesetzbuch der DDR

Die DKP hätte stattdessen klarstellen müssen, daß bloße antisozialistische Meinungsäußerungen im Sozialismus in der BRD nicht staatlich unterdrückt werden. Sie hätte zum Ausdruck bringen müssen, daß darüberhinaus auch die übrigen demokratischen Freiheitsrechte, die Pressefreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und auch das Streikrecht selbst entschiedenen Gegnern des sozialistischen Aufbaus garantiert sein werden, solange diese sich an die demokratischen, verfassungsmäßigen Regeln halten.

Das offene Austragen von Widersprüchen

Dieser Mangel ist zum einen für das Zustandekommen des breiten, auf den Übergang zum Sozialismus sowie auf dessen Aufbau orientierten Parteienbündnisses außerordentlich hinderlich. Darüberhinaus weist diese Ignorierung der politischen Dimension, d.h. die ungenügende Herausstellung des demokratischen, pluralistischen Elements darauf hin, daß die DKP den Charakter des von ihr ins Auge gefaßten Übergangs zum Sozialismus und sozialistischen Aufbaus nur unzureichend begriffen hat. Bei der Orientierung auf die Beteiligung verschiedener politischer Strömungen kann es sich in unserem Land nur um die Orientierung auf eine revolutionäre Entwicklung, bzw. einen sozialistischen Aufbau handeln, bei der die entstehenden Widersprüche und Konflikte offen ausgetragen und gelöst werden. Für Parallelen mit den Mehrparteiensystemen in einigen Ländern des realen Sozialismus, die solch ein offenes Austragen nicht gewährleisten, ist auf Grund der besonderen Ausgangsbedingungen, denen diese Mehrparteiensysteme geschuldet sind, kein Platz.

Dieses offene Austragen von Widersprüchen macht ein Ausscheiden von einzelnen Parteien aus jenem breiten Parteienbündnis und ein Abgleiten zu den Kräften, die dem Sozialismus prinzipiell ablehnend gegenüber stehen, durchaus möglich. In gleicher Weise kann spontan auftretendes borniertes Bewußtsein in Teilen der Mittelschichten oder auch der Arbeiterklasse selbst den revolutionären Prozeß für eine bestimmte Zeit hemmen. In beiden Fällen ist es Sache der Arbeiterklasse und ihrer Parteien, die revolutionäre Entwicklung ggf. zu drosseln oder zu stoppen und durch Überzeugungsarbeit und konstruktive Vorschläge die Schwierigkeiten zu überwinden und so das Parteienbündnis wieder zu sichern. Jedoch: Nur dieses offene Austragen von Widersprüchen ermöglicht ein ständiges Eingreifen der Massen in den Leitungsprozeß der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn werden Widersprüche unterdrückt, führt dies zu einer Verlagerung der Leitungstätigkeit auf diejenigen, die die Macht haben, die Widersprüche wegzudefinieren. Solch eine Verlagerung kann leicht zur Folge haben, daß das Eingreifen der Massen „auf die Diskussion der Umsetzung vorgegebener Zielstellungen begrenzt“¹⁹ und deren Schöpferkraft beschnit-

19. Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, Demokratischer Kampf für den Sozialismus, Argument 105 (1977), S. 669

ten wird. Beweist sich die Kreativität der Massen doch gerade in der Lösung von aus der revolutionären Entwicklung, bzw. dem sozialistischen Aufbau entspringenden Widersprüchen. Aus diesem Grund muß solch eine Unterdrückung auch zu einer Lähmung der Bereitschaft der arbeitenden Menschen führen, sich für den sozialistischen Aufbau zu engagieren.

Stets bringt eine Unterdrückung von Widersprüchen die dringende Gefahr von Abweichungen von der sozialistischen Entwicklungsrichtung, bzw. von Stagnation mit sich.²⁰ Ein offenes Austragen von Widersprüchen – das übrigens hohe Anforderungen an die Marxisten stellt, sind sie doch gefordert, das Eingreifen der Massen mit vorwärtstreibenden Vorschlägen und wissenschaftlichen Analysen zu versorgen – hat die Garantie demokratischer Rechte und Freiheiten zur Voraussetzung. Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß das demokratische, pluralistische Element geradezu zu einer Entwicklungsnotwendigkeit des revolutionären Prozesses, bzw. der sozialistischen Gesellschaft in unserem Land wird.

Bewußtsein der Arbeiterklasse und sozialistisches Ziel

Das den Kommunisten skeptisch gegenüberstehende Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch die politischen Entwicklungen in den sozialistischen Ländern beeinflußt worden, Entwicklungen, die über längere Strecken von außerordentlich repressiven Praktiken gekennzeichnet waren und von deren Nachwirkungen auch heute noch gekennzeichnet sind. Repressive Praktiken wie Nachwirkungen sind zusätzlich weidlich von der herrschenden Propaganda ausgeschlachtet worden. Angesichts solch eines Bewußtseins der Arbeiterklasse sind die Kommunisten in der BRD in zweierlei Hinsicht gefordert: zum ersten müssen sie der Arbeiterklasse diese repressiven Praktiken und ihre Nachwirkungen entweder als aufgrund der besonderen Ausgangsbedingungen in den Ländern des realen Sozialismus unvermeidlich erklären oder sie müssen diese Praktiken verurteilen. (s. o.) Auf keinen Fall dürfen historisch notwendige Einschränkungen sozialistischer Demokratie in selbstmörderischer „Vorne-Verteidigung“ als Errungenschaften des Sozialismus vorgestellt werden. Zweitens müssen sie das politische Antlitz des Sozialismus in der BRD sehr klar und eindeutig als pluralistisch und demokratisch kennzeichnen. Geschieht dies – wie bei der DKP – nicht so läßt die Linke ein bedeutendes Mittel zur Beseitigung der Barrieren zwischen sich und der Arbeiterklasse ungenutzt.

20. Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 669/670; siehe dazu auch Pietro Ingrao, Diskussionsbeitrag auf dem Gramsci-Studienseminar der IKP (27.1.–29.1.1977), in: Gramsci-Debatte I, Hamburg 1978, S. 130–140 (136).

Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Demokratie

Schon sehr früh entwickelte sich in der internationalen Arbeiterbewegung die Überzeugung, daß die bürgerliche Republik mit ihrem allgemeinen Wahlrecht, mit der Vorherrschaft des Parlaments und der Garantie demokratischer – wenn auch formaler – Rechte und Freiheiten die günstigste Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenkampfes und für den Übergang zum Sozialismus schafft. Denn die bürgerliche Republik schafft den günstigsten Boden, um noch abseits stehende Teile der Arbeiterklasse durch offene Propaganda für den Sozialismus zu gewinnen. Darüberhinaus ermöglicht sie, politische Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung offen, d.h. für die Arbeiterklasse nachvollziehbar und damit entscheidbar zu führen.

Dieser ohnehin schon bedeutsame Zusammenhang zwischen republikanischen Verhältnissen und Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung erfährt nun unter dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Vertiefung und weitere Verfestigung. Der staatsmonopolistische Kapitalismus wird durch ein enges, gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen monopolistischen Produktionsverhältnissen, d.h. vom monopolistischen Kapital dominierten kapitalistischen Produktionsverhältnissen und staatlicher Macht gekennzeichnet. Eine Erscheinungsform dieses engen Abhängigkeitsverhältnisses ist der Drang zu autoritären Formen staatlicher Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Republikanische Verhältnisse müssen zu dieser Tendenz in Widerspruch geraten. Sie müssen darüberhinaus – wegen der engen Abhängigkeit von Produktionsverhältnissen und staatlicher Macht im staatsmonopolistischen Kapital – zu einem direkten Anschlag auf die Produktionsverhältnisse werden. Republikanische Verhältnisse, bzw. umfassender: die politische Demokratie wird so zu einem unmittelbaren Bestandteil und zum notwendigen Mittel des revolutionären Prozesses selbst.²¹

Dieser vertiefte und verfestigte Zusammenhang zwischen politischer Demokratie und Befreiung der Arbeiterklasse schlägt sich einmal in der zentralen Bedeutung des Kampfes um Demokratie in den aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie nieder. Zum anderen bewirkt er, vermittelt durch diese in den aktuellen Auseinandersetzungen entstandene Verschmelzung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung mit der Sache der Demokratie, auch eine enge Verknüpfung zwischen sozialistischem Ziel und politischer Demokratie. Oder anders ausgedrückt: wenn die politische Demokratie in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein unmittelbarer Bestandteil und ein notwen-

21. W. Gerns, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt 1977, S. 48; Jean Kanapa, Sozialgeschichte der kommunistischen Bewegung, S. 127, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4/78, S. 112–133; Zu dem gleichen Ergebnis kommt – ohne dabei allerdings auf die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus Bezug zu nehmen – Franco Rodano, die ‚Keime des Kommunismus‘, Nach dem XIV. Parteitag der PCI, S. 149, in: Detlev Albers, Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt 1978, S. 146–157.

diges Mittel des revolutionären Prozesses selbst ist, dann ist sie unlösbar mit dem Übergang zum Sozialismus und mit seinem Aufbau verflochten, dann prägt sie das politische Antlitz des Sozialismus in diesen Ländern. Das Programm einer revolutionären Arbeiterpartei hat einerseits die zentrale Bedeutung zum Ausdruck zu bringen, die der Kampf um Demokratie in den tagespolitischen Auseinandersetzungen besitzt.

Andererseits hat es das republikanische, demokratische Element des Sozialismus in dem betreffenden Land herauszustellen. Während das Programm der DKP mit seiner Orientierung auf eine „demokratische Wende“ dem ersten Erfordernis genügt, erfüllt es das zweite höchst unzulänglich.

Die antimonopolistische Demokratie

Am Ende des vierten Abschnitts geht die DKP nocheinmal ausdrücklich auf ihre Vorstellungen über den Übergang zum Sozialismus, d.h. über den Weg zum Sozialismus ein. Sie spricht von einer „Periode grundlegender Umgestaltungen, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über soviel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können.“²² An grundlegenden ökonomischen Umgestaltungen nennt die DKP z. B. die „fortschreitende Überführung von Großkonzernen in öffentliches Eigentum“, wodurch die „Einstellung einer demokratischen Wirtschaftsplanung“²³ ermöglicht wird. In unserem Zusammenhang entscheidend ist, daß die DKP diese „tiefgreifenden politischen und ökonomischen Umgestaltungen“ in einem längeren Zeitraum, eine „Periode“, also in einem Prozeß verwirklicht sieht und daß diese grundlegenden Veränderungen sich sowohl auf eine breite parlamentarische Mehrheit wie auf die Aktivität der Massen – deren „politische Kraft“ – stützen.

Auffällig ist jedoch, daß die DKP diese Periode grundlegender Umgestaltungen – die sie als „antimonopolistische Demokratie“ bezeichnet – lediglich als „möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert“ bezeichnet. Sie wirft dadurch zwangsläufig die Frage auf, welche anderen Übergangsformen sie im Auge hat, bzw. ob sie den Übergang zum Sozialismus in unserem Land ohne eine Übergangsform, gleichsam in einem „revolutionären Sprung“ für vorstellbar hält. Die DKP gibt in ihrem Programm keine Antwort auf diese Fragen und schafft damit einen Anlaß zu vielfältigen Spekulationen. Mit dieser nicht weiter begründeten Relativierung ihrer Orientierung auf eine Periode, d. h. einen Prozeß grundlegender, parlamentarisch abgesicherter Umgestaltungen vernachlässigt die DKP nicht nur die Fragen, die auf-

22. Programm der DKP, S. 254

23. Programm der DKP, S. 254

grund der Erfahrungen bisheriger sozialistischer Revolutionen legitimerweise an die Kommunisten gestellt werden – auf diese Fragen und deren Ursachen ist bereits oben eingegangen worden –, sondern sie fährt darüberhinaus mit der unzulänglichen theoretischen Verarbeitung des eigenen Ansatzes fort. Ausgehend von der Konzeption der DKP ist der Übergang zum Sozialismus sowie dessen Aufbau im Bündnis mit verschiedenen Parteien zu vollziehen. Diese Konzeption impliziert einen Weg zum Sozialismus mit demokratischem, pluralistischem Antlitz. Die Verständigung der unterschiedlichen politischen Strömungen auf sozialistische Positionen wird einen längeren Zeitraum beanspruchen, an dessen Beginn allenfalls Positionen die Klammer zwischen dem Parteienbündnis bilden werden, die auf Umgestaltungen nur in gewissen Bereichen gerichtet sind und die zudem jeweils nur mehr oder minder tiefgreifend sind. D.h. der Übergang zum Sozialismus wird nicht schlagartig sondern prozeßhaft vollzogen werden. Geht man also von verschiedenen politischen Strömungen beim Übergang zum Sozialismus in unserem Land aus, so ist jene Periode grundlegender Umgestaltungen – oder in der Sprache der DKP die „antimonopolistische Demokratie“ – keine bloße Möglichkeit auf dem Weg zum Sozialismus, sondern eine notwendige Zwischenstation.

Die Gefahr gewaltsamen Widerstandes

Die DKP begründet die Relativierung des pluralistischen, demokratischen und deshalb prozeßhaften Wegs zum Sozialismus mit den Unwägbarkeiten des Klassenkampfes. „Wie sich dieser Weg (zum Sozialismus, d. Verfasser) konkret gestalten wird – das hängt vor allem von der Kraft der Arbeiterklasse, von der Stabilität ihres Bündnisses mit den anderen demokratischen Kräften, von der Stärke ihrer revolutionären Partei, aber auch von den Formen des Widerstandes der Reaktion ab.“²⁴ Die DKP warnt mit diesen Ausführungen zu Recht vor der Illusion, sich den Weg zum Sozialismus ähnlich wie den Vollzug des Sommerfahrplans der Bundesbahn vorzustellen: der Übergang zum Sozialismus wird vielmehr voller unerwarteter Situationen und auch Brüche sein. Auch wenn im gleichen Absatz des Programms auf den „unvermeidlichen Widerstand des Großkapitals“ aufmerksam gemacht wird, so steht dahinter der notwendige Hinweis, das es sich beim Übergang zum Sozialismus nicht um einen friedlichen Spaziergang, sondern um harte Klassenauseinandersetzungen handelt.

Nicht einzusehen ist jedoch die Auffassung der DKP, daß der Weg zum Sozialismus in unserem Land *in solch einem Maß* von Unwägbarkeiten beherrscht ist, daß man heute nicht zu einer ausschließlichen Orientierung auf den prozeßhaften, demokratischen und pluralistischen Weg zum Sozialismus kommen könnte. Trotz

24. Programm der DKP, S. 253

der derzeitigen Verfassung der Linken in unserem Land, die den Übergang zum Sozialismus in relativ weite Ferne rückt, lassen sich jetzt schon sowohl die zentralen Gefahrenquellen für diesen Weg ausmachen als auch Strategien benennen, die diese Gefahrenquellen nicht zum Ausbruch kommen lassen.

Die erste Gefahr besteht darin, daß zwischen Arbeiterklasse und der anderen antimonopolistischen Schichten eine unüberbrückbare Kluft entsteht. Wie die chilenischen Erfahrungen von 1969 - 73 lehren, ist das Entstehen solch einer Kluft der entscheidende Ansatzpunkt der alten herrschenden Klasse, um mit antidemokratischen Maßnahmen den revolutionären Prozeß zu unterbrechen.²⁵ Ein möglichst breites antimonopolistisches Bündnis ist auch in unserem Land ein unverzichtbares, notwendiges Element des prozeßhaften, demokratischen und pluralistischen Übergangs zum Sozialismus. Dabei ist es allerdings durchaus möglich, daß es zu ernststen Schwierigkeiten innerhalb dieses Bündnisses kommt, die bis hin zum Ausscheiden einzelner Kräfte gehen. In solchen Momenten kommt es für die Arbeiterklasse, insbesondere aber für die marxistischen Kräfte darauf an, das Entstehen einer *unüberbrückbaren* Kluft zu verhindern, d. h. die revolutionäre Entwicklung ggf. zu drosseln oder zu stoppen und durch Überzeugungsarbeit und konstruktive Vorschläge die Schwierigkeiten zu überwinden und die Hegemonie der Arbeiterklasse wieder zu sichern. Es ist interessant, daß die DKP selbst von dem „breiten antimonopolistischen Bündnis, das für die Durchführung des gesellschaftlichen Fortschritts in der Bundesrepublik unerlässlich ist“,²⁶ spricht, sie jedoch offensichtlich nicht in der Lage sieht, die ganze Tragweite dieser Orientierung in ihrer praktischen Konsequenz zu begreifen.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch — es geht um die Faktoren, die es erlauben, auch heute schon ausschließlich auf den prozeßhaften, demokratischen und pluralistischen Weg zum Sozialismus zu orientieren —, daß es sich bei diesem auf die grundlegende Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse orientierten Bündnis nicht bloß um ein Regierungsbündnis handelt, sondern daß vielmehr dieses Bündnis von den aktiv in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifenden Massen geprägt sein wird.²⁷ Dieses Eingreifen der Massen wird seinen institutionellen Niederschlag in einem sich entwickelnden System der Selbstverwaltung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens finden. Etwaige antidemokratische Manöver des Großkapitals werden also nicht nur einen linken Regierungsapparat treffen, sondern auf die organisierten, handlungs- und kampfbereiten Massen stoßen.

Die zweite zentrale Gefahrenquelle für einen prozeßhaften, demokratischen und pluralistischen Weg zum Sozialismus besteht nach allen revolutionären Erfahrungen in antidemokratischen Aktionen des repressiven Staatsapparates, und hier insbeson-

25. Luis Corvalan, Revolution auf dem Wege des nichtbewaffneten Kampfes: Wie er sich in unserem Land gestaltet, S. 33, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/78, S. 32-41

26. Programm der DKP, S. 264

27. Valentino Gerratana, Staat, Partei, Institution — Politische Hegemonie der Arbeiterklasse, S. 46, in: Gramsci-Debatte I, a.a.O., S. 32-47

dere der Streitkräfte. Seit ihrer Existenz ist die Arbeiterbewegung mit der Tatsache konfrontiert, daß die Bourgeoisie mit dem repressiven Staatsapparat – Armee, Polizei, Justiz – ein williges Werkzeug zur Unterdrückung ihres Kampfes um die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung besitzt. Lenin war es, der diese Erfahrungen am klarsten auf den Begriff brachte und der für die Oktoberrevolution die Notwendigkeit der Zerschlagung des alten repressiven Staatsapparates begründete. Grundlage dieser gegen die Arbeiterklasse gerichteten Funktionsweise des repressiven Staatsapparates war die Klassenzugehörigkeit der im repressiven Staatsapparat Tätigen. Hinsichtlich dieser Klassenzugehörigkeit ergaben sich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern während der letzten Jahrzehnte außerordentlich bedeutsame Veränderungen. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist in unserem Land der wachsende Organisationsgrad der im repressiven Staatsapparat Beschäftigten in DGB-Gewerkschaften. In Frankreich haben nach Schätzungen etwa 50 % der Offiziere bei den letzten Präsidentschaftswahlen für Mitterand gestimmt, den gemeinsamen Kandidaten der Linken.²⁸ Heute kann die Arbeiterklasse also, im Gegensatz zu dem Rußland zu Lenins Zeiten, auch die Mehrheit der im repressiven Staatsapparat dauerhaft Beschäftigten für ein Zusammengehen gewinnen.²⁹ Ist solch ein Bündnis zustande gekommen so ist die Gefahr, daß das Großkapital Teile des repressiven Staatsapparates zu antidemokratischem Manöver einsetzt, entscheidend geschwächt. Sollten dennoch gegen die demokratische Ordnung gerichtete Aktionen von Teilen des Staatsapparates stattfinden, so können diese nunmehr wirkungsvoll unterbunden werden.

Ein antimonopolistisches Bündnis, daß das Bündnis mit den Angehörigen des repressiven Staatsapparates zu seinem Bestandteil macht, wird so zu einer unverzichtbaren Voraussetzung des prozeßhaften, demokratischen und pluralistischen Wegs zum Sozialismus. Wenn die Arbeiterklasse diese Bündnisse zu einem festen Element ihrer revolutionären Strategie macht, steht andererseits einer ausschließlichen Orientierung auf diesen Weg zum Sozialismus nichts im Wege.

Als Resummee des IV. Abschnitts des DKP-Programms muß festgehalten werden, daß in den Vorstellungen der DKP über das sozialistische Ziel sowie den Weg dorthin zwar etliche realistische, d. h. aus der Analyse der konkreten bundesdeutschen Realität gewonnene Anhaltspunkte enthalten sind – zu erinnern ist an die Orientierung auf das Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie auch im Sozialismus in der BRD, an die Reflektionen über eine „Periode grundlegender Umgestaltungen“, an die Einsicht in die Unverzichtbarkeit des antimonopolistischen Bündnisses – , daß andererseits aber nicht die Konsequenzen aus diesen Ansätzen gezogen werden, die Ansatzpunkte mithin bruchstückhaft bleiben, so daß der IV. Abschnitt insgesamt unausgearbeitet bleibt. Die von Wolfgang Abendroth im Verlaufe

28. Jack Woddis, *Der Staat – einige Probleme*, S. 89, in: *Marxismus Digest*, Heft 32 (1977), S. 70–93

29. Jack Woddis, ebenda, S. 89; siehe dazu auch Santiago Carrillo, *„Eurokommunismus“ und Staat*, Hamburg, 1977, S. 53 ff.

der Programmdiskussion geäußerte Kritik, daß bei der Darstellung des sozialistischen Ziels „der geschichtliche Standort“ des Programms „schärfer konturiert“ hätte dargestellt werden müssen,³⁰ kann nur unterstrichen werden. Aussagen über das sozialistische Ziel und über die Form des Übergangs zum Sozialismus können angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses in unserem Land natürlich nur in ihren wesentlichen Umrissen entwickelt werden, die Darstellung dieser wesentlichen Grundrisse ist andererseits aber auch unverzichtbar für das Vorankommen der für den Sozialismus kämpfenden Kräfte in diesem Land. Der von der DKP vorgenommene Verzicht auf solch eine Bestimmung behindert nicht nur das Zusammenwirken der demokratischen Kräfte, sondern kommt auch einer Ignorierung des Bewußtseins der Arbeiterklasse sowie einer Kapitulation vor den Verzerrungen und Unterstellungen der Gegner des Sozialismus gleich.

30. W. Abendroth, Kritische Bemerkungen zum Programmwurf der DKP, in: rote blätter, Heft 7/8, 1978, S. 33.

Aktuelle Tendenzen einer Einschränkung der Tarifvertragsautonomie

Veröffentlichte Meinung - Aussperrung - Tabukataloge

1. Akzentverlagerungen gewerkschaftlicher Politik

Die sozialen Konflikte sind schärfer geworden, und sie werden in den nächsten Jahren nicht abflachen. Die unter sozial friedlicheren Bedingungen entstandenen Konfliktregelungen haben in den letzten Jahren und in den meisten Fällen nicht ihre Tauglichkeit bewiesen. Eng gewordenen Verteilungsspielräume, unkontrollierte Rationalisierung, fehlgeleitetes Wachstum - das sind die Rahmenbedingungen, die die Gewerkschaften zwingen, ihre unter anderen und besseren Bedingungen entstandene Politik zu überprüfen...

Dies ist eine der Kernthesen des DGB-Vorsitzenden *Heinz-Oskar Vetter* auf dem 27. Europäischen Gespräch am 26. Mai 1979 in Witten. Die von Vetter erwähnte Überprüfung der Politik hat bereits heute zu gewissen Akzentverlagerungen der Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele geführt. Vor allem, nachdem es den Gewerkschaften nicht gelungen war, in der politischen Auseinandersetzung die unzulänglichen Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 zu verbessern, hat ein vorsichtiger Prozeß des Umdenkens eingesetzt: Zunehmend verläßt man sich weniger auf den Staat als Adressaten gewerkschaftlicher Forderungen, sondern besinnt sich dafür stärker auf die unmittelbaren gewerkschaftlichen Durchsetzungsmittel. Und hier liegt es nahe, die tarifpolitischen Möglichkeiten stärker auszuschöpfen und zu erweitern, als das in der Vergangenheit der Fall war. Diese neuen Akzente gewerkschaftlicher Politik haben zu einer Reihe von interessanten Entwicklungen auf tarifpolitischem Gebiet geführt, wie u. a. die Tarifverträge zur Sicherung der Arbeitsplätze im Bereich von Druck und Papier bzw. des Lohnniveaus im Bereich der IG Metall Nordwürttemberg-Nordbaden vom Frühjahr 1978 zeigen.

Damit gewinnt die Frage ein verstärktes Interesse, wie weit die Spielräume der gewerkschaftlichen Tarifvertragspolitik reichen und wie schon jetzt Gefährdungen der gewerkschaftlichen Autonomie auf diesem zentralen und in der Zukunft noch an Bedeutung zunehmenden Gebiet erkennbar sind. Hierzu sollen nachfolgend einige Entwicklungslinien skizzenhaft angesprochen werden.

2. Einschränkungen der Tarifvertragspolitik durch die veröffentlichte Meinung

Obwohl gerade die Tarifaueinandersetzungen der letzten Jahre u. a. um bessere Arbeitsbedingungen (vor allem der Lohnrahmentarifvertrag II in der Metallverarbeitung Nordwürttemberg-Nordbaden vom Herbst 1973) und um „vorbeugende Rationalisierungsschutz“ (Tarifverträge über rechengesteuerte Textsysteme im Bereich von Druck und Papier sowie der Abgruppierungstarifvertrag im Bereich der Metallverarbeitung Nordwürttemberg-Nordbadens jeweils vom Frühjahr 1978) zeigen, daß das Spektrum gewerkschaftlicher Tarifvertragspolitik umfassender geworden ist, werden nach wie vor Tarifverhandlungen um die Sicherung und Verbesserung des Einkommens ein zentraler Mobilisierungsfaktor bleiben. Hier sind bereits seit langem Versuche massiver Einflußnahme durch die veröffentlichte Meinung feststellbar, die die gewerkschaftlichen Handlungsfreiheiten nicht unwesentlich beeinträchtigen. Drei Ebenen können insoweit unterschieden werden, die allerdings in der Praxis vielfach ineinandergreifen und sich ergänzen.

Eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung spielen die jährlichen Gemeinschaftsgutachten von fünf Wirtschaftsforschungsinstituten nämlich des (Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München, HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, des Institutes für Wirtschaft an der Universität Kiel und des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen). In den letzten Jahren zeigt sich in den veröffentlichten Gutachten der genannten Institute eine deutliche Tendenz, den Gewerkschaften als ein oder sogar das wesentlichste Mittel zur Bewältigung ökonomischer Krisen präzise Höchstgrenzen für angeblich noch vertretbare Lohnforderungen vorzugeben.

Weitere wichtige Impulse üben in diesem Zusammenhang die jährlichen Gutachten des Sachverständigenrates auf die tarifpolitische Diskussion aus. § 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 verpflichtet diesen, jährliche Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik zu erstellen und damit zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen beizutragen. Auch ohne grundsätzlich Analyse des Gesamtkonzeptes des Sachverständigenrates läßt sich am Beispiel der Gutachten der vergangenen Jahre nachweisen, daß zu den Kernaussagen der Sachverständigen teils verklausuliert der Hinweis an die Adresse der Gewerkschaften gehörte, lohnpolitische Zurückhaltung zu üben: In den Jahren 1973 und 74 nannte der Sachverständigenrat sogar ausdrückliche Leitlinien für die seiner Ansicht nach zulässige Höhe der Lohn- und Gehaltssteigerungen. Diese Praxis widersprach seinem gesetzlichen Auftrag, keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Annahmen auszusprechen (§ 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates). Wohl deshalb gab er in den Jahresgutachten seit 1975/76 diese Praxis auf; allerdings läßt sich aus dem Gesamtzusammenhang des Gutachtens unschwer able-

sen, mit welchen Lohn- und Gehaltserhöhungen die Sachverständigen rechnen. Im Jahresgutachten 1977/78 ergibt sich insoweit allerdings eine Besonderheit als die Aussagen der Sachverständigen durch das Sondergutachten eines ihrer Mitglieder relativiert wurden. Insgesamt läßt sich jedoch die Einschätzung der Aussagen des Sachverständigenrates dahin zusammenfassen, daß die aktuellen Probleme der Wirtschaft ihre Ursache nicht in einer Nachfrageschwäche als selbständige Erscheinung, sondern in Fehlern der Angebotsseite, d. h. in einem überhöhten Kostenniveau haben. Deshalb kann nach Meinung der „Sachverständigen“ eine Problemlösung nicht von einer Erhöhung der Nachfrage über eine expansive Lohn- oder Finanzpolitik erwartet werden, sondern lediglich von zurückhaltenden Lohnabschlüssen.

Unmittelbar greift der Staat in die tarifpolitische Auseinandersetzung durch die jährlichen *Jahreswirtschaftsberichte* ein. Grundlage hierzu ist das 1967 verabschiedete Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum (Stabilitätsgesetz). Die Berichte werden regelmäßig kurze Zeit nach Erscheinen des Gutachtens des Sachverständigenrates publiziert und nehmen u. a. zum Bericht der Sachverständigen Stellung. Bei den Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung wiederholt sich das bereits im Rahmen der Gutachten des Sachverständigenrates festgestellt: Auch sie lassen das Bemühen erkennen, durch Prognostizierung von Höchstdaten über angeblich noch tragbare Lohnzuwächse auf die tarifpolitische Entwicklung Einfluß zu nehmen.

Der vorstehende Überblick über die Grundzüge der veröffentlichten Meinungen aus dem privaten, halbstaatlichen und staatlichen Bereich zu tarifpolitischen Auseinandersetzungen zeigt, daß diese einer zurückhaltenden gewerkschaftlichen Lohnpolitik die Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Probleme des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, namentlich der Aspekte von Preisstabilität und Vollbeschäftigung zuweist. Ohne daß die Fragwürdigkeit dieses Konzeptes inhaltlich im einzelnen kritisiert werden soll, läßt sich feststellen, daß nach den theoretischen vorherrschenden und praktisch angewandten Wirtschaftskonzepten ganz wesentlich nur der Lohn als veränderliche Größe begriffen wird: Seine Höhe ist zu begründen, zu rechtfertigen und gegebenenfalls zu beschränken, während andere Daten – namentlich die Unternehmergewinne als unveränderlich und vorgegeben hingenommen werden. Nun kann aus juristischer Sicht und auch nach den Aussagen der privaten oder staatlich bestellten Gutachter kein Zweifel daran bestehen, daß die den Gewerkschaften empfohlenen Daten keine rechtliche Verbindlichkeit besitzen. Ihre *faktische Wirkung* ist demgegenüber nicht zu unterschätzen. Zu Recht hat hierauf der Vorsitzende der IG Druck und Papier *Mahlein* nach dem vierzehntägigen Arbeitskampf in der Druckindustrie vom Mai 1976 hingewiesen: „Lohnerhöhungen vollziehen sich im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Von der Aufstellung der Forderung bis zur Abschluß. Die veröffentlichte Meinung nimmt ununterbrochen Stellung. Und sie stützt sich dabei auf regierungsamtliche Zahlen. Sicher, solche

Zahlen sind nicht rechtsverbindlich. Aber politisch können sie sich wie Lohnleitlinien auswirken."¹

Simmen aus dem gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Lager, wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB und des Memorandums einer großen Zahl von Wissenschaftlern, das seit 1975 jährlich in kritischer Auseinandersetzung mit dem Sachverständigenrat herausgegeben wird, spielen demgegenüber noch eine Aussenseiterrolle und sind gegenwärtig nicht in der Lage, die vorherrschende Grundtendenz ernsthaft infrage zu stellen.²

Die Diskussion über die Beschränkung der gewerkschaftlichen Autonomie im Rahmen von Tarifeinsetzungen hat nicht nur eine politische Dimension, sie wird vielmehr auch auf der juristischen Ebene ausgetragen. Schlüsselbegriff ist in der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung die sogenannte „*Gemeinwohlbindung*“ der Tarifvertragsparteien, die Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz teilweise zugrundegelegt wird, ohne daß freilich Wortlaut, Entstehungsgeschichte oder Zweck dieser Bestimmung für eine derartige Auslegung etwas hergeben. Wohl überwiegend wird in der juristischen Literatur und im Ergebnis auch in der Rechtsprechung die Meinung vertreten, Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz liegt eine umfassende Ordnungsfunktion im Sinne einer Richtigkeitsgewähr zugrunde. Ein Gleichgewicht sei nötig, um zu erreichen, daß Tarifverträge allen in allem zu ökonomisch richtigen, gerechten und gemeinziehmäßigen Ergebnissen führen. Wohin das führen kann, zeigt ein – allerdings von dem Bundesgerichtshof aufgehobenes – Urteil des Kammergerichts Berlin, das einen eintägigen Streik im Bereich der IG Druck und Papier Nordrhein-Westfalen im Jahre 1973 u. a. wegen Verstoßes gegen die Gemeinwohlverträglichkeit für rechtswidrig erklärt.³

Die mehrheitlich antigewerkschaftliche Stoßrichtung der veröffentlichten Meinung zeigt sich nicht nur im Vorfeld der und unmittelbar bei den *Tarifverhandlungen*, sondern auch – und mindestens mit der gleichen Intensität – anlässlich von *Arbeitskämpfen*. Untersuchungen über Zeitungsberichte zu den größeren Arbeitskämpfen der vergangenen Jahre (Druck und Papier 1976 und 1978, IG-Metall: Me-

1. Mahlein, Lehren aus einem Arbeitskampf, GMH 1976, S. 396

2. Eine zusätzliche Schwächung kritischer Positionen könnte – bei aller Notwendigkeit solidarischer Auseinandersetzung! – die Folge sein, wenn sich die im WSI-Konjunkturbericht 1979 vertretene Ansicht durchsetzen sollte, die in der Kritik unterkonsumtionstheoretischer Krisenerklärungen in der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt hat, als würden die „Systemzwänge“ faktisch kaum Spielräume für eine alternative gewerkschaftliche oder auch staatliche Politik lassen. Es wäre jedenfalls ein fatales Ergebnis, wenn das „Sachzwangargument“ des Sachverständigenrates diesmal im Kleide des „Systemzwanges“ zur Restriktion gewerkschaftlicher Forderungen verwandt wird; hierzu: WSI-Konjunkturbericht, WSI-Mitteilungen 6/1979 und: „Erste Zweifel“ in: Handelsblatt vom 22.5.1979, ferner: „Gewerkschaftskritik an linkem Memorandum“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.1979.

3. Zum Urteil des Kammergerichts Berlin, siehe Erd, Vereinsrecht ohne Verbandsautonomie – Arbeitskampfrecht ohne Streiks?, KJ 1977, S. 49 ff.; zum Urteil des Bundesgerichtshofes vom 19.1.1978 siehe: DB 1978, S. 687 ff.

tallverarbeitung Nordwürttemberg/Nordbaden 1978 und der Stahlbereich 1978/79) weisen aus, daß die Presse sowohl im Informations- als auch im Kommentarteil ganz überwiegend eindeutig gegen die streikführende Gewerkschaft Stellung bezogen hat. Die Ursachen für eine derart einseitige Berichterstattung werden neben der Abhängigkeit der Presse von Werbeeinnahmen vor allem darin zu sehen sein, daß die Eigentümer der Presseunternehmen (Verleger) von ihrer Interessenlage her selbst der Arbeitgeberseite zuzurechnen sind und ihren Einfluß unter dem Mantel des Tendenzschutzes nach § 118 BetrVG entsprechend effektiv geltend machen können.⁴

3. Einschränkung der Tarifvertragsautonomie durch Massenaussperrungen

Im Jahre 1975/76 veröffentlichte *Harold Rasch*, der sich in der Bundesrepublik als Experte für Gesellschaft und Konzernrecht einen Namen gemacht hat, wohl unter dem Eindruck des Streiks im Öffentlichen Dienst aus dem Jahre 1974 zwei Artikel, in denen er für die Abschaffung des Streikrechts und seiner Ersetzung durch eine staatliche Zwangsschlichtung plädiert. Er begründet dies wie folgt: Die Gewerkschaften hätten durch überzogenen Lohnforderungen in den letzten Jahren die Wirtschaftskrise mit Unternehmenszusammenbrüchen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die über lange Zeit für die Bundesrepublik undenkbar erschien, maßgeblich verursacht. Arbeitskämpfe seien nicht mehr zeitgemäß. Es sei daher erforderlich, daß sich der Gesetzgeber zur Einführung einer staatlichen Zwangsschlichtung entschliefte. Die Lohnzuwächse hätten sich in aller Regel an der stattgehabten oder voraussehbaren Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu orientieren.⁵

Die Befürwortung einer staatlichen Zwangsschlichtung ist in der juristischen Literatur und sogar bei den Arbeitgebern bislang auf wenig zustimmende Resonanz gestoßen. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß dies nicht daran gelegen hat, weil das Plädoyer für ein gleichzeitig befürwortetes Streikverbot von interessierter Seite keinen Beifall finden würde. Im Gegenteil hieß es bereits im Jahre 1962 von Arbeitgeberseite, der Streik sei ein absoluter Anachronismus und unerwünscht;⁶ 1967 ließ der Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie verlauten, der Streik sei in einer modernen Wirtschaft antiquiert; 1978 argumentierten die Arbeitgeber in den Aussperrungsprozessen, die Gewerkschaften sollten bei ihren Tarifforderungen die Empfehlungen des Sachverständigenrates akzeptieren, ansonsten hätten sie die Konsequenzen (gemeint sind die Flächenaussperrungen) selbst zu tragen. Allerdings: Die Einschränkung des Streiks und damit notwendig verbunden der

4. Wohlgemuth, Kampfparität und öffentliche Meinung, AuR 1978, S. 325 ff. mit Nachweisen; ferner: „Einheitlich und einseitig“, Metall 1/2 1979, S. 10 ff.

5. Zur Auseinandersetzung mit Rasch: Zahchert, Abschaffung des Streikrechts und Ersetzung durch staatliche Zwangsschlichtung? Zum Hintergrund einiger extremer juristischer Thesen, GMH 1976, S. 638 f.

6. Der Arbeitgeber 1962, S. 70

Tarifautonomie läßt sich auch weniger spekulär „auf kaltem Weg“ erreichen. Mittel hierzu ist vor allem die anläßlich der letzten Tarifaueinandersetzungen massiv demonstrierte *Aussperrungspraxis*.

Zunächst ist noch einmal folgendes festzuhalten: Streik und Tarifautonomie hängen unmittelbar miteinander zusammen. Historisch geht der Streik dem Tarifvertrag sogar voraus. Der Streik ist sozusagen Geburtshelfer des Tarifvertrages. Auch das Bundesarbeitsgericht hat in mehreren Entscheidungen anerkannt, daß eine Vereinigung, die auf die Arbeitgeberseite keinen Druck ausüben kann, – und hierzu gehört in der Regel die Streikbereitschaft und Streikfähigkeit – keine Gewerkschaft im Rechtssinne ist.⁷ Wenn sich auch die Gewerkschaften nie als Versicherungsvereine verstanden haben, so hängt doch der gewerkschaftliche Einfluß und die gewerkschaftliche Kampfkraft entscheidend mit davon ab, daß die finanzielle Basis in ausreichendem Umfang gesichert wird. Hiergegen nun zielt der Stoß, den die Arbeitgeber durch die massierten Aussperrungen der letzten Arbeitskämpfe führten:

Durch die Massenaussperrungen sind für die IG Druck und Papier im Jahre 1976 Kosten in Höhe von 33 Millionen DM entstanden. Damit war der Vermögensstand dieser Gewerkschaft beinahe aufgezehrt. Im Jahre 1978 mußte die IG Druck und Papier noch einmal 15 Millionen DM – im wesentlichen verursacht durch Aussperrungen – aufwenden. Das bedeutet bei jährlichen Rücklagen von 2 Mill. DM, daß 1978 das Siebenfache der Jahresrücklagen aufgezehrt wurden.

Für die IG Metall, als zweite von Massenaussperrungen betroffene Gewerkschaft, sieht die Situation wie folgt aus: 1978 mußte sie in Nordwürttemberg-Nordbaden ca. 130 Mill. DM für den Arbeitskampf, davon den größten Teil infolge der Aussperrungen aufwenden. Kosten in fast derselben Höhe sind dann noch einmal anläßlich des Arbeitskampfes bei Eisen- und Stahl um die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung zur Jahreswende 1978/79 entstanden. Das heißt, auch die IG Metall hat bei Einnahmeüberschüssen von 40 Mill. DM in einem Jahr das Siebenfache ihrer Jahresrücklagen infolge von Arbeitskämpfen/Aussperrungen verloren. Dies zeigt, daß aktuell bereits die Tarifautonomie über den Hebel des „Ausblutens der gewerkschaftlichen Kassen“ zum Teil entscheidend geschwächt sein dürfte. Die Ergebnisse der Auseinandersetzung um die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung sind vermutlich bereits eine Auswirkung der Beeinträchtigung gewerkschaftlicher Beweglichkeit im Bereich

4. Die Einschränkung der Tarifvertragsautonomie durch Tabukataloge

Eine dritte Tendenz der Beschränkung der Tarifautonomie ergibt sich daraus, daß bestimmte Inhalte arbeitgeberseits für nicht verhandlungsfähig erklärt werden. Zu Beginn dieses Jahres wurde ein detaillierter Tabu-Katalog der Arbeitgeberverbände bekannt, der auf Bundesebene für einen großen Teil tatsächlicher und auch

7. BAG 15.3.1977, AuR 1977, S. 281 ff.

denkbarer tarifpolitischer Fragen strikte Verhandlungsgrenzen setzt. Derartige „Tabu-Kataloge“ sind nicht neu. Allerdings ist die Häufung angeblich nicht verhandlungsfähiger Fragenbereiche bislang unbekannt. Dabei geht es unter anderem:

- Um Tarifverträge zum Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute
- Um Forderungen nach Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit
- sowie auch um vorbeugend wirkende Rationalisierungsschutzabkommen, die über die bislang bekannten bloßen Abfindungen bei Rationalisierungsmaßnahmen hinausgehen.

Auch hier läßt sich feststellen, daß teilweise versucht wird, derartige *tarifpolitisch* motivierte Einschränkungen der Tarifvertragsautonomie durch *verfassungsrechtliche* Argumente zu stützen.

So werden gegen den Abschluß von Tarifverträgen zum Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute z. B. Einwände aus dem Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 Grundgesetz und sogar unmittelbar aus der Koalitionsfreiheit des Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz hergeleitet.⁸

Eine Verbesserung des Rationalisierungsschutzes soll angeblich u. a. gegen den Artikel 3 Grundgesetz und gegen die Berufsfreiheit der Arbeitsplatzsuchenden bzw. der Arbeitgeber nach Artikel 12 Grundgesetz verstoßen⁹. In diesem Zusammenhang sah sich die Gewerkschaft Druck und Papier sogar einer einstweiligen Verfügung gegenüber, die zum Ziel hatte, den Arbeitskampf vom Frühjahr des Jahres 1978 zum Schutze der Fachkräfte der Druckindustrie zu untersagen¹⁰.

5. Gewerkschaftliche Überlegungen und gewerkschaftliche Praxis zur Erhaltung und zum Ausbau tarifpolitischer Spielräume

Vordringliche Aufgabe gewerkschaftlicher Politik zur Bewahrung der Tarifautonomie wird es zunächst sein, der exzessiven Aussperrungspraxis entgegenzuwirken. Bereits im September 1973 hatte die IG Metall einen wissenschaftlichen Kongreß zum Thema Streik und Aussperrung durchgeführt, auf dem sich verstärkt die Gegner einer Aussperrungsgarantie zu Wort meldeten¹¹.

Nach den Massenaussperrungen im Tarifbezirk der IG Metall Nordwürttemberg-Nordbaden vom Frühjahr 1978 klagten ca. 30.000 ausgesperrte Gewerkschaftsmit-

8. z.B. Bulla, die rechtliche Zulässigkeit von Tarifverträgen über die Begünstigung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, BB 1975, S. 889 ff.; dagegen unter ausführlicher Darstellung des Streitstandes: Weiss, Gewerkschaftliche Vertrauensleute, 1977.

9. Reuter, Zulässigkeit und Grenzen tarifvertraglicher Besetzungsregelungen, ZfA 1978, S. 1 ff.; Koller, Die Zulässigkeit von Rationalisierungsschutzabkommen in Tarifverträgen, ZfA 1978, S. 45 ff.

10. ArbG München 16.3.1978, DB 1978, S. 1649 f.

11. Kittner, Hrsg. Streik und Aussperrung, o.J.

glieder auf Auszahlung ihres Lohnes. Etwa 7.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer bei Druck und Papier reagierten entsprechend auf die bundesweite Aussperrung aus Anlaß des Arbeitskampfes um den Rationalisierungsschutz der Fachkräfte der Druckindustrie ebenfalls vom Frühjahr 1978. Neu an dieser Aktion ist, daß nicht ein Musterprozeß geführt wird, sondern die Massenbetroffenheit der Ausgesperrten in der massenweisen Erhebung der Klagen einen adäquaten Ausdruck fand und auf diesem Wege auch die kollektiven Auswirkungen der Aussperrung ins Bewußtsein gerückt wurden. Von ausschlaggebener Bedeutung für den Ausgang der Prozesse wird letztlich sein, ob es gelingt, die gerichtliche Auseinandersetzung gegen die Aussperrung in eine breite öffentliche Kampagne für die Erhaltung gewerkschaftlicher Rechte, vor allem der Tarifautonomie, einzubetten.

Hier stellen sich wichtige Aufgaben für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit aber auch für die innergewerkschaftliche Bildungsarbeit. Insoweit sind aktuell bereits eine Reihe positiver Ansätze zu verzeichnen.

Eine besondere Bedeutung dürfte in diesem Zusammenhang auch den Solidaritätsaktionen der DGB-Gewerkschaften zur Unterstützung der Forderung der IG-Metall nach Arbeitszeitverkürzung im Stahlbereich um die Jahreswende 1978/79 zukommen: Am 12. Dezember 1978 hatten in 34 Städten insgesamt fast 150.000 Arbeiter und Angestellte befristet während der Arbeitszeit gegen die Aussperrung in der Eisen- und Stahlindustrie demonstriert. Auch diese Demonstration hatte und hat ein gerichtliches Vor- und Nachspiel. Die Arbeitgeber versuchten — allerdings erfolglos — sie zunächst durch einstweilige Verfügungen zu untersagen; durch einen Musterprozeß bis zum Bundesarbeitsgericht sollen derartige Solidaritätsaktionen nach Arbeitgeberansicht in Zukunft grundsätzlich unterbunden werden¹². Hier handelt es sich um ein Verfahren, das ebenso wie die Aussperrungsprozesse allergrößte Beachtung verdient und das letztlich auch vor dem Hintergrund des gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisses entschieden werden wird.

Darüber hinaus zwingt die Haltung der Unternehmer vor dem Hintergrund der Krise die Gewerkschaften, grundsätzlich über ihre Strategien nachzudenken, um Bewegungsfreiheit auf tarifpolitischem Gebiet zurück- und hinzuzugewinnen. In welche Richtung die Überlegungen gehen zeigt das Ergebnis der Klausurtagung der IG-Metall vom Mai 1979, wo u. a. beschlossen wurde:

- Eine Entscheidung über die rechtliche Zulässigkeit der Aussperrung beim Bundesarbeitsgericht herbeizuführen, gleichzeitig aber auch die Protestaktionen und Kundgebungen zwischen den Tarifrunden fortzusetzen;
- anläßlich der künftigen Lohnrunden den gezielten Einsatz von Warnstreiks durchzuführen
- und die tarifpolitischen Forderungen über die Bezirksgrenzen hinweg zu koordinieren.

12. Kurz-Nachrichten-Dienst der BDA Nr. 6 vom 23.1.1979, S. 1 f.

13. „Wir haben Zeichen gesetzt“, in: Der Gewerkschafter 5/79, S. 21 f.

Damit sind einige Grundlinien für die Politik der IG Metall der nächsten Zeit abgesteckt. Die kommenden Auseinandersetzungen werden vermutlich zeigen, daß die gewerkschaftliche Phantasie und Solidarität *insgesamt* erheblich gefordert wird, um dem selbstgestellten Auftrag, durch die Tarifautonomie den Ausbau des sozialen Rechtsstaats in eigener Verantwortung vorwärts zu treiben,¹⁴ gerecht werden zu können.

Literatur zur Vertiefung:

Zu Tarifvertragsproblemen: Zachert, in : Arbeitsgruppe Arbeitsrecht (AGAR) Band IX Tarifvertrag, erscheint im Herbst 1979.

Zur Aussperrung: Kittner, Verbot der Aussperrung, Schriftenreihe der IG Metall, 80, 1979; Zachert/Metzke/Hamer, Die Aussperrung, 2. Auflage 1979; Wohlgemuth, Staatseingriff und Arbeitskampf, 1977.

Zu gewerkschaftsstrategischen Aspekten: Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, 1975; Seitenzahl, Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt, 1976; Deppe, Autonomie und Integration, Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, 1979.

14. Antrag 235 des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1978 in Hamburg, angenommen.

Hans-Dieter Bamberg

Die Unruhmacher wollen Ordnung schaffen Warum die CSU-Führung die Einheitsgewerkschaft bekämpft

Ein Strauß-Dregger-Kabinett stünde 1980 vor ähnlichen Problemen, wie sie derzeit der britischen Premierministerin Thatcher ins Haus stehen: Rigorose Kürzungen der Sozialleistungen würden ebenso gewerkschaftliche Gegenwehr hervorrufen wie unverhüllte materielle Geschenke an Unternehmer und obere Staatsbürokraten. Und auch der damit einhergehende Druck auf die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer und das weitere Vorantreiben von Rationalisierungen sowie schließlich die Verschärfung von autoritär-repressiven Funktionen des Staats einschließlich der weiteren Kultivierung von Kritik- und Theorieverboten würde starke und selbstbewußte Gewerkschaften mobilisieren.

Zur Milderung dieser Probleme bei der Übertragung des "Modells Bayern" (rasche technokratische Modernisierung bei Respektierung des herrschaftlichen Status quo mit Hilfe von populistischen Legitimationen) auf die Bundesrepublik bieten sich Konzepte an, die schon seit Jahren Rechtsaußenseiter der Republik wie etwa Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin; Vorsitzender der „Deutschland-Stiftung“, die lt. Bundesgerichtshof als von „Alt- und Neufaschisten durchsetzt“ bezeichnet werden durfte) unverdrossen propagieren und die jetzt Eingang in ein CSU-Positionspapier gefunden haben: Vor allem die Schwächung der Einheitsgewerkschaft gehört dazu, wobei derzeit als erfolgversprechendste Variante der Stärkung des "Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands" (CGB) der Vorzug gegeben wird – im Zusammenhang mit der bewährten Strategie, die DGB-Gewerkschaften in ihrer Verfassungstreue als bedenklich darzustellen –.

Worum handelt es sich nun bei diesem CGB, im Vergleich zu dessen Positionen die stramme Verbandszeitschrift „der arbeitgeber“ zurückhaltend linksliberal erscheint. Entstanden 1955 in Zusammenhang mit den Spaltungs- und Zurückdrängungsversuchen gegen die DGB-Gewerkschaften, wirkte der CGB mit seinen kargen ca. 200.000 Mitgliedern als wirtschaftsfriedliche Lobby zur Bekämpfung des DGB und zur Unterstützung vor allem der CSU. Zu Hauptinhalten seiner Propaganda gehören das Auseinanderdividieren der Arbeitnehmer und ständige Versuche, von den tatsächlichen Problemen und Problemlösungsansätzen abzulenken und vermeintliche oder im Kern vorhandene Interessensgegensätze innerhalb der Arbeitnehmer und ihrer Organisation zu suggerieren oder aufzubauschen. Ausgefheilte Techniken hat dieser Verein, bei dem man von Tarifabschlüssen nichts hört, darin entwickelt, Krisen und Defizite auf Sündenböcke (wie z. B. Ausländer) zurückzuführen, die mit diesen Problemen ursächlich nichts zu tun haben. Kein Wunder, daß selbst Unter-

nehmer innerhalb des CGB organisiert sein sollen, der ja auch Arbeitgeber-Broschüren zu verteilen pflegte. Und es ist auch nicht verwunderlich, daß beim Verbandsorgan des zum CGB gehörenden „Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverbandes“ (DHV) – früher organisierte in diesem Bereich der zwischen deutsch-nationalen und faschistischen Positionen schwankende „Deutsche Handlungshilfen-Verband“ – als ständiger Mitarbeiter ein NPD-Mitglied wirkte, das vorher einschlägige Erfahrungen als NSDAP-Gauredner gesammelt hatte.

Mitbestimmungsforderungen des DGB bringen uns lt. CGB der Bolschewisierung näher und würden die „Monopolstellung“ des DGB stärken, der u. a. folgendermaßen vom CGB beurteilt wird: „DGB-‘Steigbügelhalter‘ der Warschauer Diktatur“; „Wie der DGB die Jugend verhetzt.“

Die Strategie ist ähnlich der der CSU-Führungsgruppe um Strauß: Zielgerichtet sollen Privatisierungen aller gesellschaftlichen Angelegenheiten zugunsten derer, die wirtschaftlich mächtig sind und ihre Ellbogen zu gebrauchen wissen, vorangetrieben werden – im Grunde soll lediglich noch die Freiheit unter staatlicher Aufsicht sein, das aber sorgfältig. Dazu gehört die Begleitmusik: Angstmachen; Desinformation erzeugen; verhindern, daß Arbeitnehmer ihren gemeinsamen Interessen gemeinsam und solidarisch nachgehen; verleumden von Reformforderungen als staats- und verfassungsfeindlich; einschüchtern von Kritik und kreativer Phantasie.

Wenn bei diesen Präventivmaßnahmen zur Vorbereitung des rechttesten Bundeskabinetts, das diese Republik bisher gesehen hat, Leute mitmachen, die sich „Gewerkschaft“ nennen (und ein Mann wie Löwenthal dafür am 1. Mai regelmäßig trommelt) – umso besser für die Nutznießer.

Trotz der 100 Mio. DM, die man bei der CSU für die Spaltung der Einheitsgewerkschaft ausgeben will, könnte das Geld auch gut angelegt sein als Drohkapital: Die Organisationen bleiben, wie sie sind, nur werden einige Dreckschleuderer gegen den DGB und die in seinen Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer noch gezielter und schlagkräftiger eingesetzt. Ähnlich differenziert sehen es wohl die Unternehmer: Einerseits verbreitet die Vereinigung der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Rheinlandhessen eine professorale Broschüre aus Marburg, in der das Gespenst des DGB-„Gewerkschaftsstaates“ totalitären Ausmaßes beschworen wird, in der die gewerkschaftlichen Argumentationen mit denen von Terroristen verglichen werden und an deren Ende die Gründung von Konkurrenz-Gewerkschaften empfohlen wird. Andererseits wurde die eher auf reale Perspektiven abhebende Erklärung des bayerischen Arbeitgeber-Verbandes bekannt, der – offenbar mit dem Hintergrund von Ängsten vor sogenannten englischen Zuständen – feststellte: „Wir Arbeitgeber bejahen eindeutig starke Einheitsgewerkschaften.“

Wir Arbeitnehmer tun das auch, wengleich offensichtlich mit anderen Zielsetzungen und nicht bloß, damit unsere Tarifgegner bessere Übersichten haben und kalkulierbarer ihre Vorstöße planen können. So, wie aber die Anti-Gewerkschaftskampagne von Strauß u.a. sowohl die Handlungsfähigkeit der Einheitsgewerkschaft beeinträchtigen wie zugleich das gesamtstaatliche Terrain vorbereiten und verändern

will, so bedeutet Wachsamkeit für die Gewerkschaften in diesem Punkt auf der einen Seite die Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit. Auf der anderen Seite heißt das zugleich jedoch die Mitwirkung bei der Offenhaltung der sozialstaatlichen und demokratischen Angebote des Grundgesetzes und der Verteidigung des Kernbestandes der grundgesetzlichen Ordnung. Ein weiterer Ruck nach rechts müßte dann auch den Kernbestand der Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften selber tangieren. Denn bereits jetzt treibt ja der Stillstand von Reformpolitik zugunsten des Krisenmanagements real und bewußtseinsmäßig Blüten, die man vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Natürlich wäre es falsch — und wohl ganz im Sinne der Urheber der Anti-Gewerkschaftskampagne —, nunmehr Strauß zu dämonisieren und das sicherlich kommende polarisierende Kriegsgeschrei zu verstärken, bei dem dann von realer Politik und Verbesserungen für die Menschen nicht mehr die Rede ist, sondern lediglich von „größeren“ und „kleineren“ Übeln. Aber zu denken geben sollte dennoch einiges, gerade auch wenn es um gewerkschaftliche Rechte geht, die lediglich in einem demokratischen Sozialstaat ausgeübt werden können: Das die CSU sehr weitgehend als Kaderpartei von oben geführt wird und insofern jedenfalls organisatorisch bestimmten Kräfte keineswegs so fern steht, wie es die unablässigen Attacken gegen alles das, was von der CSU als im Umkreis des Kommunismus geortet wird, vermuten lassen. Ferner, daß Strauß sozusagen natürlich — wie das Licht die Motten — den rechten Rand des Spektrums einschließlich der Neofaschisten anzieht, daß er in der Krise der „starke Mann“ werden möchte, der getreu seiner Sonthofener Regieanweisung (von Rudolf Augstein „Kriegserklärung an alle demokratische Gesittung“ genannt) geradezu die Katastrophe als demagogisches Lebenselixier braucht — das sollte zu denken geben. Und auch, daß eine kleine Schar von Propagandisten sich als „Gewerkschaft“ verkleidet, um einer gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichteten Politik der Eindämmung des Sozialstaats, der Zurückdrängung der Tarifautonomie, des Reformstops und vielfältiger Versuche, Kritik solcher Vorhaben unmöglich zu machen, den Weg zu bereiten.

Archiv

Dr. Peter v. Oertzen

Wegmarke Godesberg

Nach: SoPo, 6. Jahrgang Nr. 11/12, November/Dezember 1959, S. 1f.

Mit dem außerordentlichen Parteitag zu Godesberg ist eine Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu Ende gegangen. Obgleich in der Praxis schon längst vor 1933 eine sozialreformerische demokratische Volkspartei, hatte die SPD doch Teile ihres marxistischen Erbes über die 12 Jahre des Dritten Reiches hinweg bewahrt. In einer 14 Jahre lang dauernden Übergangszeit haben sich diese ideellen Restbestände allmählich aufgelöst. Godesberg hat den Schlußpunkt hinter diese Entwicklung gesetzt. Der Marxismus als geschlossene politische Lehre ist in den Grundsätzen der SPD nicht mehr vertreten. Es gibt nur noch in der sozialdemokratischen Organisation in größerer oder geringerer Zahl einzelne Marxisten, vor denen nun die Frage steht: Was tun?

Ein notwendiger historischer Rückblick

Wenn wir wissen wollen, wo wir jetzt tatsächlich stehen, dann dürfen wir uns über die nun abgeschlossene Entwicklung nicht selbst täuschen. Heinrich Deist hat dazu auf dem *Stuttgarter Parteitag 1958* ein wahres Wort gesprochen: „Wenn ich diese Zeit überblicke, diese Zeit von 1918 bis 1933, wird mir wieder bewußt, daß ... die ganze Terminologie und die ganze Diskussion von bestimmten dogmatischen Vorstellungen beherrscht wurde und daß demgegenüber eine völlig opportunistische Politik geführt wurde, die mit der vertretenen Doktrin nicht mehr das geringste zu tun hatte.“ Und an einer anderen Stelle zog er — völlig richtig — die praktische Konsequenz: „Zwischen unserer politischen Doktrin und dem konkreten Handeln darf es keinen Zwischenhandel mit Antiquitäten geben. Unser praktisches Handeln muß sich ohne Bruch aus unserer politischen Grundkonzeption ableiten lassen.“ Dieser „Zwischenhandel mit Antiquitäten“ ist nun in Godesberg beendet worden. Die Grundsätze wurden einer seit fast 40 Jahren geübten Praxis angepaßt und jene „bestimmten dogmatischen Vorstellungen“ wurden zu den Akten gelegt.

Daß die besagte Praxis wirklich schon 40 Jahre alt ist, lehrt bereits ein kurzer Blick ins *Heidelberger Programm*. Sein grundsätzlicher Teil gibt sich noch den Anschein strenger marxistischer Rechtgläubigkeit; aber schon das Heidelberger Aktionsprogramm enthält nur sehr bescheidene Sozialisierungsforderungen und daneben uns sehr gegenwärtig anmutende Vorstellungen von einer öffentlichen „Kontrolle“ der Großwirtschaft und einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitnehmern.

Weiter: Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde bereits 1947 auf der Ziegenhainer kulturpolitischen Konferenz der Partei der Marxismus parteioffiziell verworfen; und schon 1953 löste sich die wirtschaftspolitische Konferenz zu Bochum von den Resten der alten planwirtschaftlichen Ideen. Die nach der Wahlniederlage von 1953 einsetzende „Erneuerer“-Bewegung war nur die letzte Phase jener Entwicklung, deren Abschluß das Godesberger Programm darstellt. Die SPD ist nun endlich auch in ihren Worten, was sie in ihren Taten schon lange war: eine demokratische und soziale Reformpartei.

Das neue Programm

Es kann also keine Rede davon sein, daß die SPD – wie es ein wohlfeiler Radikalismus gerne proklamiert – den Sozialismus „verraten“ habe. Wenn der Begriff „Sozialismus“ in seiner vollen, d.h. in seiner durch Marx geprägten Bedeutung verstanden wird, dann ist die SPD schon seit langem keine sozialistische Partei mehr gewesen. (Man kann natürlich die Godesberger Grundsätze nach wie vor sozialistisch nennen. Darüber zu streiten, ist müßig. Daß das Wort Sozialismus bei Marx und den Marxisten etwas anderes meint, steht trotzdem außer Frage.) Diese Tatsache an Hand des Godesberger Programms wieder einmal festzustellen, die Ursachen und Bedingungen dieses Sachverhalts darzulegen, ist gewiß gut und nützlich. Aber etwas anderes scheint mir im Augenblick wichtiger zu sein!

In unserer gegenwärtigen Situation, in der weder die Sozialdemokratie, noch die organisierte Arbeitnehmerschaft in ihrer Mehrheit ein sozialistisches Bewußtsein besitzen, ist – ich sehe einmal von der Aufgabe politischer Bewußtseinsbildung ab – demokratische und soziale Reformarbeit die einzig mögliche praktische Politik. Gegen ein solides Programm reformistischer Politik wäre also gar nichts einzuwenden. Was wir gegen das Godesberger Programm einwenden wollten, ist also nicht so sehr, daß es nicht sozialistisch ist, als vielmehr, daß seine eigenen reformerischen Projekte nicht hinreichend begründet und folgerichtig durchdacht sind.

Ich kann meine Kritik bei dieser Gelegenheit nur andeuten. Sie in einer greifbaren, an der Praxis ausgerichteten, konstruktiven Art und Weise vorzutragen, wird für uns eine wichtige Aufgabe der nächsten Zukunft sein. Hier nur soviel:

1. Das Programm richtet die Partei einseitig auf die parlamentarische Auseinandersetzung aus. Die Geschichte beweist aber, noch zuletzt 1958 in Frankreich, daß sogar die parlamentarische Demokratie selbst, daß sogar die bescheidensten sozialen und politischen Reformen nur durch Entfaltung auch von außerparlamentarischer Macht erkämpft und bewahrt werden können.

2. Das Programm verwischt die Klassenlage und die Klasseninteressen der Arbeitnehmerschaft. Die Verfasser haben sich durch die Oberfläche der Scheinzufriedenheit in der Hochkonjunktur darüber täuschen lassen. Ohne eine bewußte und nach-

drücklich auf die Arbeitnehmerschaft ausgerichtete Politik wird aber alle Hoffnung auf die 51%ige Mehrheit vergeblich bleiben müssen, denn die Arbeitnehmer stellen nun einmal die Hauptmasse der Wähler.

3. Aus diesem Grunde ist auch das betonte Entgegenkommen gegenüber dem selbständigen Mittelstand fragwürdig. Die entscheidenden Wählermassen sind dort nicht zu finden.

4. Das so leidenschaftlich betonte Friedensangebot an die Kirchen ist gewiß gut gemeint. Die wichtigste aktuelle Aufgabe in dieser Richtung aber, das politische Ringen um die Millionenmassen der aus religiösen Gründen CDU wählenden katholischen Arbeitnehmer, ist durch die Formulierungen des Programms kaum berührt. Nur eine konsequente Politik der Sozialisten in den Gewerkschaften und auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet kann hier Einbrüche erzielen.

5. Der entscheidende Mangel des Programms ist sein unbegründeter wirtschaftlicher Optimismus. Die Verfasser glauben im Grunde nicht an die Möglichkeit ernsthafter konjunktureller Rückschläge. Einer wirklichen Krise gegenüber ist das vielberufene „wirtschaftspolitische Instrumentarium“ des Programms einfach ungenügend. Ohne straffe wirtschaftliche Lenkung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ist ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister im Ernstfall machtlos.

Dies sind nur einige der wundesten Stellen. In der Frage nach der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, in der Wehrfrage, in der Außenpolitik, im Verhältnis zum Kommunismus und zur Kolonialrevolution liegen noch weitere. Unter diesen Umständen muß die Zuversicht Herbert Wehners, dieses Programm ermögliche den Sozialdemokraten, alles zu tun, was sie „für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten“, als eine Illusion angesehen werden.

Lehren der Programmdiskussion

Die Grundsatzdiskussion in der Partei wird seit Jahren geführt, die eigentliche Programmdiskussion seit dem April 1958. Die Diskussionsfreiheit in der Partei war in dieser Zeit – das muß gegenüber allen böswilligen oder voreingenommenen Behauptungen festgestellt werden – in ausreichendem Umfang gesichert. Daß der Parteivorstand und die Programmkommission in der Entwicklung und Vertretung ihrer Ansichten beträchtliche Vorteile genossen, liegt in der Natur einer bürokratisch verwalteten Großorganisation. Wir haben jedoch keinen ernsthaften Grund, über eine „Vergewaltigung der Mitglieder“ zu heulmeiern. Im einzelnen sind gewiß Mißgriffe vorgekommen, (so in Godesberg bei der teilweisen Nichtberücksichtigung eines angenommenen Antrages zur Kirchenfrage durch die Redaktionskommission), aber im ganzen gesehen entspricht das neue Programm ohne jeden Zweifel den Ansichten und dem Willen der Mehrheit unserer Mitglieder.

Wenn die Kritiker des Programms sich über ihren Mißerfolg beklagen wollen, dann haben sie die Schuld einzig und allein bei sich selbst zu suchen. Ich nehme

niemanden von dieser Kritik aus, auch mich selbst nicht. In einer entscheidenden Frage, bei dem Abschnitt über Sozialisierung, hat sich genau ein Drittel der von den Bezirken gewählten Delegierten gegen den Vorstandsentwurf ausgesprochen. Man kann gewiß auch im Funktionärskörper und in der Mitgliedschaft der Partei mit einem Drittel Genossen rechnen, die aus diesem oder jenem Grunde mit dem Vorstandsentwurf nicht zufrieden waren. Wäre aus dem Kreise dieser Genossen rechtzeitig vor dem Parteitag ein gemeinsamer Gegenentwurf entwickelt, eingebracht und vertreten worden, (der höchst verdienstliche Entwurf von Wolfgang Abendroth war aus mancherlei Gründen als gemeinsame Grundlage dieser Art nicht geeignet), dann hätten Debatten und Abstimmungen in Godesberg vielleicht ein etwas anderes Bild geboten. (Ich glaube freilich nicht, daß das Endergebnis wesentlich dadurch geändert worden wäre.) Aber ein solches gemeinsames Auftreten, ein solcher überzeugender positiver Beitrag der verschiedenen Kritiker zur Programmdiskussion ist eben nicht zustande gekommen. Zeitmangel, Resignation, taktische Bedenklichkeiten und nicht zuletzt ernste sachliche Meinungsverschiedenheiten — z.B. in der Wehrfrage und über die Rolle der Mitbestimmung — in den Reihen der Opponenten selbst waren die Ursachen. Die in radikalen Reden oft und gerne berufene „Parteibürokratie“ hatte daran gewiß keine Schuld.

Was nun?

Die Frage, ob der Parteivorstand und die Mehrheit der Partei den in den letzten Jahren recht weit gespannten Rahmen der freien Meinungsäußerung und Kritik in der Partei nunmehr — nach Abschluß der Grundsatzdebatte — enger ziehen werden, kann nur durch die tatsächliche Entwicklung beantwortet werden.

Was uns betrifft, so steht zweierlei fest: Das Recht, unsere abweichende Meinung im Rahmen der Aktionsdisziplin der Partei auch weiterhin zu vertreten, müssen wir nach wie vor in Anspruch nehmen. Es kann aber auf der anderen Seite nicht davon die Rede sein, daß nun etwa sofort eine hemmungslose Kampagne zur Kritik und Revision des eben beschlossenen Grundsatzprogramms entfesselt werden dürfte. Wir haben jahrelang unsere Ansichten vertreten und sind damit nicht durchgedrungen. Es wäre unglaublich und nicht loyal, wenn wir behaupten wollten, wir könnten nun *nach* dem Godesberger Parteitag die Mehrheit der Partei in Kürze durch unsere Argumente überzeugen. Von der Mangelhaftigkeit des neuen Programms können die Genossen, die es beschlossen haben, höchstens durch die Tatsachen der künftigen Entwicklung überzeugt werden. Unsere Aufgabe kann auf absehbare Zeit nur darin bestehen:

1. die Grundeinsichten des wissenschaftlichen Sozialismus neu zu durchdenken, auf die konkrete Lage anzuwenden, in klarer, nüchterner, sachlicher Form den Genossen vorzutragen und damit auf ihr Denken und Handeln in sozialistischem Sinne einzuwirken;

2. durch konstruktive Beiträge zur praktischen Politik der Sozialdemokratie ihr Wirken auf der nun einmal gegebenen Grundlage so überzeugend und so durchschlagskräftig wie möglich zu gestalten;

3. insbesondere die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften, zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft möglichst eng zu knüpfen helfen;

4. durch vorbildliche praktische Mitarbeit in der Organisation die Partei zu stärken und zugleich die Überzeugungskraft unserer eigenen politischen Haltung in den Augen der Genossen damit zu erhöhen.

Was wir auch immer an der Partei zu kritisieren haben, sie ist die einzige politische Vertretung der Arbeitnehmerschaft, sie ist — neben den Gewerkschaften — die einzige Organisation, in der ein Sozialist wirken kann.

Archiv

Außerordentlicher Parteitag in Bad Godesberg 13.–15. November 1959

Antrag 95 zum Grundsatzprogramm-Entwurf des Parteivorstandes

1. Antrag 95, Kreisverband Marburg-Stadt

Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie

In der Bundesrepublik Deutschland hat — wie in allen kapitalistischen Ländern — die wirtschaftliche Entwicklung mit innerer Gesetzmäßigkeit die Großunternehmen erstarren lassen. In den Bereichen, in denen Kleinunternehmen weiterbestehen, geraten sie in Abhängigkeit zu den Großunternehmen. Die industrielle Bevölkerung ist im Verhältnis zur landwirtschaftlichen ständig gewachsen. Das Kapital hat die große Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung vom Eigentum an den Produktionsmitteln getrennt und sie in Arbeitnehmer verwandelt, deren einzige Einkommensquelle die Veräußerung ihrer Arbeitskraft an die Inhaber der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt bildet, gleichgültig, ob es sich um die industriellen Arbeiter, um die Angestellten, um die Mehrheit der Intellektuellen, um die kleinen und mittleren Beamten handelt. So verfügt eine verhältnismäßig kleine Schicht, — in alleinigem Besitz der wirtschaftlichen Kommandostellen — über die Arbeit der großen Mehrheit des Volkes. Dadurch verlieren die Arbeitnehmer, aber auch ein Großteil der nur noch formell selbständigen Kleinproduzenten, die Möglichkeit zum gleichberechtigten Mitwirken an der Leitung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und werden vom vollen Vorteil am materiellen und kulturellen Fortschritt ausgeschlossen.

Ganze Industriezweige sind in Kartellen und Trusts zusammengefaßt. Industrie-, Handels- und Bankkapital vereinigen sich zu finanzkapitalistischen Blöcken, verhindern jede demokratische Kontrolle des wirtschaftlichen Gesamtprozesses und stellen ihr Sonderinteresse über das Gesamtinteresse.

Die Monopole sind zur Entwicklung neuer Produktionsmethoden (Automation) und zur Erschließung neuer Energiequellen (Atomenergie) nicht mehr fähig, da die notwendigen Investitionsmittel selbst ihre wirtschaftliche Kraft bei weitem übersteigen. Dafür werden staatliche Gelder benötigt, die im Zuge des Wettrüstens zwischen den großen Blöcken die großen technischen Fortschritte ermöglichen. Erst wenn die neuen Fertigungsverfahren und Energiequellen Profit abwerfen, setzen die Monopole ihren politischen Einfluß auf den Staat ein, um diese technischen Fortschritte privat zu nutzen.

Vor allem sind die Monopole nicht in der Lage, die Krisenfreiheit der Wirtschaft zu garantieren. Als Ausweg aus einer Krise wird von ihnen und ihren Ideologen die Vergrößerung der Rüstungsproduktion oder die Unterstützung faschistischer Bestrebungen, wie in der Weltwirtschaftskrise 1929/1934, angesehen.

Wenn auch der moderne Sozialstaat zur staatlichen Regelung der sozialen Bereiche, die nicht durch die Inhaber wirtschaftlicher Macht organisiert werden könne, übergeht, und auch den Unterschichten Daseinsfürsorge gewähren muß, bleibt die Verquickung von wirtschaftlicher Macht mit Einfluß auf die fremdfinanzierten Parteien und schließlich den Staatsapparat selbst bestehen.

Wegen der ständigen Gefahr der Entartung der Staatsgewalt in ein obrigkeitstaatliches oder faschistisches Herrschaftssystem hat die Arbeiterbewegung die Pflicht, in stetem Ringen um die Verwirklichung der Demokratie zum Kampf um die Macht im Staate anzutreten, den Einfluß der wirtschaftlichen Machtzusammenballungen des Finanzkapitals zu brechen und dadurch tiefgehende wirtschaftliche Erschütterungen zu verhindern.

Für die Sozialdemokratie ist die Bewahrung der demokratischen Meinungs- und Organisationsfreiheit unverzichtbare Grundlage ihrer Arbeit. Daher besteht mit dem Kommunismus terroristischer Prägung und seiner Erstickung dieser Grundfreiheiten keine Gemeinsamkeit.

Die soziale Demokratie wird den Befreiungsprozeß der erwachenden Völker Afrikas und Asiens fördern und sie durch ihre Hilfe und durch das Beispiel eines funktionierenden demokratischen Sozialismus vor undemokratischen Experimenten bewahren.

Die soziale Demokratie wird den Raum schaffen für die notwendige Erweiterung des Bildungswesens und die Entfaltung aller geistigen und kulturellen Kräfte, die heute noch unausgenutzt sind.

Die Verwirklichung unserer Ziele bildet somit die Gewähr für den Weltfrieden, für eine demokratische organisierte Gesellschaft ohne Klassenprivilegien, für die Entfaltung aller im Menschen schlummernden positiven Kräfte.

Deshalb fordert die SPD folgende konkrete Maßnahmen:

I. Wirtschaft

1. Überführung aller Großbetriebe der Grundstoffindustrie, der Energieerzeugung und des Verkehrs, der Banken und aller Unternehmungen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, in Gemeineigentum als Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.
2. Der Wirtschaftsprozess ist durch eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung überschaubar zu machen.
3. Die demokratische Wirtschaftsplanung basiert auf einem vom Parlament beschlossenen Nationalbudget.
4. Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertretungen sind systematisch zu erweitern, um den entscheidenden Einfluß der Arbeitnehmer auf den Produktionsprozeß zu sichern. Das uneingeschränkte Streikrecht und die Befugnis zum freien Abschluß der Tarifverträge sind zu garantieren.
5. Die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse der Verbraucher, der Handwerker, der Kleinindustrie und der Landwirtschaft sind zu fördern.

II. Sozialpolitik

1. Der Wohnungsbau durch die Kommunen und Wohnungsbaugenossenschaften ist durch öffentliche Mittel zu begünstigen. Er darf keine Profitquelle für Privatkapitalisten sein.
2. Das Sozialversicherungswesen ist zu einem System zielbewußter sozialistischer Sozialhilfe und Gesundheitsvorsorge auf der Grundlage breitester demokratischer Selbstverwaltung umzugestalten. Die Selbstverwaltung der Versicherten in den Ortskrankenkassen ist wiederherzustellen.
3. Die Garantie der Vollbeschäftigung durch die Wirtschaftspolitik des Staates ist durch fortschreitende Senkung der Arbeitszeit zu ergänzen. Zunächst ist die 40-Stunden-Woche bei freiem Wochenende und entsprechendem bezahlten Urlaub als Mindeststand durch den Staat zu gewährleisten.
4. Die Jugend ist bis zur vollen körperlichen und geistigen Reife durch eine wirkungsvolle Jugendschutz- und Berufsausbildungsgesetzgebung zu schützen.

III. Staat und Recht

1. Verteidigung und Ausbau der liberalen und demokratischen Freiheits- und Menschenrechte im Sinne der Deklaration der UN, insbesondere des Rechtes auf freie Meinungsäußerung gegen jeden Versuch ihrer gesetzlichen Beschränkung und ihrer Gefährdung und Umdeutung durch Verwaltungsbehörden und Justiz.
2. Schutz und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber den ständigen Versuchen zu ihrer Verdrängung durch obrigkeitstaatlich-bürokratische Verwaltung. Die finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen ist zu gewährleisten.

3. Wiederherstellung, Verteidigung und Ausbau der Machtstellung freigewählter Parlamente gegenüber allen Bestrebungen zur Minderung der parlamentarischen Kontroll- und Eingriffsrechte gegenüber der Regierung und der Ministerialbürokratie.
4. Förderung des demokratischen Lebens innerhalb der politischen Parteien, insbesondere durch Verstärkung der Einflußmöglichkeiten der Parteimitgliedschaft gegenüber Parteileitungen, Parteibürokratie und Parlamentsmitgliedern und durch Einführung eines detaillierten Veröffentlichungszwanges über die Herkunft aller Finanzmittel der Parteien.
5. Anerkennung des gesellschaftspolitischen Mitwirkungsrechtes und der politischen Beteiligungsrechte der demokratisch organisierten gesellschaftlichen Massenverbände, insbesondere der Gewerkschaften. Erziehung ihrer Mitgliedschaft zur stetigen Beteiligung am politischen Leben und zur Bereitschaft zur aktiven Verteidigung der demokratischen Verfassung. Kampf gegen die undemokratischen Einflüsse finanzkräftiger Interessengruppen und anderer antidemokratischer Kräfte auf Regierung, Ministerialbürokratie, öffentliche Verwaltung und Parlamente.
6. Unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben durch Erweiterung der Möglichkeiten zu Volksbegehren und Volksentscheid.
7. Demokratisierung der Justiz:
 - a) durch Ausschaltung an totalitärem Terror durch Todesurteile führend beteiligter Juristen;
 - b) durch Reform der juristischen Ausbildung unter Betonung der Unterweisung in Rechtssoziologie und Politikwissenschaft;
 - c) durch Erziehung des Richterstandes zum Respekt vor dem gesetzgeberischen Willen des Parlaments, der im Gesetz Niederschlag gefunden hat;
 - d) durch humanitäre Reform des Strafrechts und des Strafvollzuges;
 - e) gleichberechtigte Mitwirkung von gewählten Laienrichtern an der Rechtsprechung.

IV. Kulturpolitik

1. Schulen
 - a) Alle Schulen sind Gemeinschaftsschulen, in denen alle Kinder gemeinsam unterrichtet und erzogen werden. Eine konfessionelle oder weltanschauliche Prägung der Schule ist nicht statthaft.
 - b) Privatschulen werden nur zugelassen und vom Staat unterstützt, wenn sie als Versuchsschulen dem pädagogischen Fortschritt dienen.
 - c) Um die Jugendlichen fähig zu machen, den erhöhten Ansprüchen des Lebens zu genügen, ist die Einführung des 9. und 10. Schuljahres erforderlich.
 - d) Da voll ausgebaute Schulen leistungsfähiger sind als einklassige und wenig gegliederte, sind Mittelpunktschulen zu errichten, die die Jugendlichen aus naheliegenden Dörfern zusammenfassen. Auf diese Maßnahme hat die Landbevölkerung ein Recht, da ihre Kinder sonst gegenüber den Stadtkindern in der Ausbildung benachteiligt sind.
 - e) Entsprechend der Gleichberechtigung der Geschlechter sind für Knaben und Mädchen die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.
 - f) Den Schwachbefähigten und Behinderten ist in Sonderschulen eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen.
 - g) Schlechten Umweltbedingungen, die den Lernerfolg der Jugendlichen beeinträchtigen, ist durch entsprechende Einrichtungen (Nachmittagshefte, Halb- oder Vollinternate) entgegenzuwirken.
 - h) Der religionsgeschichtliche Unterricht ist ordentliches Lehrfach, denn dieser ist geeignet, zur Toleranz gegenüber Andersgläubigen zu erziehen. Die Erteilung von konfessionellem Unterricht oder Weltanschauungsunterricht ist Angelenheit der Kirchen bzw. der Weltanschauungsgemeinschaften.
 - i) Die politische Bildung muß in allen Schulen gepflegt werden.

- j) Für alle Jugendlichen, die in der gewerblichen Berufsausbildung stehen, ist der Besuch der Berufsschule, für alle übrigen, einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, der Hilfsarbeiter und in der Hauswirtschaft Beschäftigten, der Besuch der Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr Pflicht.
- k) Für den Übergang in die weiterführenden Schulen (Oberschulen, Hochschulen) sind lediglich Begabung und Eignung entscheidend. Den wirtschaftlich Schwachen muß durch öffentliche Mittel die Ausbildung ermöglicht werden. Für spät in Erscheinung tretende Begabungen sind besondere Zugangsmöglichkeiten zur Hochschule einzurichten (zweiter Bildungsweg). In allen öffentlichen Schulen ist die Ausbildung unentgeltlich, ebenso auch die Lehr- und Lernmittel.

2. Hochschulen

Auf den Hochschulen sind Forschung und Lehre frei. Die Hochschulen müssen so ausgebaut werden, daß sie hinsichtlich der Forschung den höchsten Anforderungen genügen und daß sie in der Lage sind, ihre Ausbildungsaufgaben bei der ständig wachsenden Zahl der Studierenden zu bewältigen.

3. Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung hat zum Ziel, die Allgemeinbildung des Volkes zu erweitern und zu vertiefen. Sie ist freiwillig, überparteilich und überkonfessionell. Die Erwachsenenbildung ist unbedingt zu fördern. Ihre Durchführung macht in kleineren Orten und auf dem Lande oft große Schwierigkeiten, da die erforderlichen Räume fehlen. Diesem Mangel soll durch Errichtung von Dorfgemeinschafts- oder Bürgerschaftshäuser abgeholfen werden.

4. Lehrerbildung

Die Ausbildung der Lehrer an Volks- und Mittelschulen erfolgt ebenso wie die der Lehrer an höheren Schulen an Hochschulen. Werden hierfür besondere Hochschulen eingerichtet, so müssen diese echten Hochschulcharakter tragen, sie dürfen demnach weder konfessionell noch weltanschaulich geprägt sein.

5. Staat und Kirche

Die Trennung von Staat und Kirche ist durchzuführen.

6. Rundfunk und Bildfunk

Rundfunk und Fernsehen sind öffentliche und unabhängige Einrichtungen zur Bildung und Unterrichtung des Volkes.

7. Kunst

Die Kunst zu fördern ist die Aufgabe des Staates. Damit die künstlerischen Leistungen auch den weniger Bemittelten zugänglich sind, bedürfen die künstlerischen Veranstaltungen der Unterstützung des Staates.

V. Außen- und Wehrpolitik

Die vordringlichste Aufgabe der Sozialdemokratie ist die Wiedervereinigung des unter dem Einfluß der Besatzungsmächte geteilten Deutschlands. Dafür ist das Auseinanderrücken der Machtblöcke Voraussetzung.

Eine sozialdemokratische Außenpolitik geht von folgenden Grundsätzen aus:

1. Aufrechterhaltung des Weltfriedens durch Abbau aller Machtblöcke.
2. Aufhebung der Unterdrückung und Ausbeutung eines Volkes durch das andere; Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.
3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Förderung des völkerverbindenden Verkehrs, Austausch auf kulturellem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet, besonders Hilfe der Industrieländer für die Entwicklungsländer.
4. Aufbau einer international verbindlichen und durchsetzbaren Rechtsordnung.
5. Allgemeine kontrollierte Abrüstung, Verbot der Atomwaffen und ein internationale Sicherheitsorganisation im Weltmaßstab.

Eine sozialdemokratische Wehrpolitik dient der Erhaltung des Friedens durch Verteidigung. Deshalb muß Militärpolitik und -strategie grundsätzlich unter die Kontrolle des Parlaments gestellt werden und bis zur Wiedervereinigung Deutschlands sich nach den Erfordernissen der Wiedervereinigungspolitik richten.

Um die demokratische Struktur der Streitkräfte sicherzustellen, fordern wir

1. volle Bürgerrechte des Soldaten,
2. Beseitigung der gesellschaftlichen und politischen Sonderrechte der Offiziere,
3. Aufstellung einer selbständigen Heeresreserve aufgrund allgemeiner Wehrhaftigkeit, nach Regionen, Gemeinden oder Arbeitsstätten geordnet.

**Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft**

spw

4

DISKUSSIONSSCHWERPUNKT:

STRATEGIEN DER RECHTSKRÄFTE

NORMAN PEACH

Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates

REINHARD KÜHN

Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung

HANS-DIETER BAMBERG

Die bundesrepublikanische Reaktion –
Positionen und Zielsetzungen von CDU
und CSU

DETLEV ALBERS

Sechs Thesen zum Verhältnis von Links-
sozialisten und Eurokommunisten

MECHTILD JANSEN

1. September Antikriegstag 1979

PAUL OEHLKE

Immer wieder „Stamokap“ –
Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den
„Horfoder Thesen“

Bestellungen über: **spw Vertrieb,**
Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

Norman Paech

Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates II

(Teil I dieses Aufsatzes ist in spw 4 – Juli 1979 veröffentlicht)

2. Politisches Strafrecht: Strafgesetzbuch und Strafprozeßordnung.¹¹

Seit ihren Anfängen hat die BRD ein differenziertes strafrechtliches Instrumentarium zur Sicherung des politischen status quo, auch „innere Sicherheit“ oder „freiheitliche demokratische Grundordnung“ genannt, erhalten. Die Strafvorschriften stehen gleich zu Anfang des besonderen Teils des Strafgesetzbuches, was ihre Bedeutung für den Staatsschutz hervorhebt. Ihnen galt auch die erste Strafrechtsreform aus dem Jahre 1951, als es um „die Einführung neuer Schutzvorschriften“ ging, „die seine (also des Staates) Verteidigungslinie in einen Bereich vorverlegt, in dem Staatsfeinde unter der Maske der Gewaltlosigkeit ... die Macht erschleichen“¹² wie es in der Begründung zu dem Entwurf hieß. Als Staatsfeinde wurden schon in der frühen Periode der Republik vor allem Vertreter der Arbeiterbewegung, Sozialisten und Kommunisten angesehen – im Juni 1950 hatte der Koreakrieg begonnen. Kriminalisiert wurde ihr organisatorischer Zusammenschluß und an sich legale politische Aktivitäten, sofern man ihnen eine staatsgefährdende Absicht nachweisen zu können glaubte. Bis heute durchzieht die Angst vor Organisation kritischer Gesinnung wie ein Leitfaden das politische Strafrecht. In den Jahren 1960–1962 waren jährlich 12–14000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten anhängig und bis zu 500 von ihnen wurden im Jahr verurteilt. Es wurden besondere Staatsschutzkammern mit zuverlässigen Richtern gebildet, denen auch heute noch von Stammheim bis Hamburg der Staatsschutz obliegt. 1968 wurde auch aufgrund der veränderten internationalen Situation ein Großteil dieses Gesinnungsstrafrechts aufgehoben – wie es in einer Drucksache der SPD-Bundestagsfraktion hieß: „Um das Strafrecht von Bestimmungen zu entlasten, die die geistige Auseinandersetzung mit den Kommunisten behindern“.¹³ Die neuerlichen „Reformbestrebungen“ seit 1974 zielen jedoch exakt wieder auf jene Kriminalisierung kritischer Meinung und Opposition, Versammlung und Organisation im Geiste des kalten Krieges der 50er Jahre, allerdings mit anderen Mitteln.

11. Vgl. allgemein dazu Heinrich Hannover, *Klassenherrschaft und politische Justiz*, Hamburg, 1978

12. Bundestagsdrucksache 1/1307

13. Bundestagsdrucksache 5/2860 v. 9.5.68, S. 1

Als 14. Änderung des Strafgesetzbuches wurde das „Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens“ seit 1974 beraten und 1976 verabschiedet – auf dem Hintergrund einer aufgebauschten Terrorismusdebatte, die weidlich Munitio für die Verabschiedung des Gesetzes liefern mußte. Es sind die berückichtigten §§ 88a und 130a StGB (Befürwortung und Anleitung zu bestimmten Straftaten), die herbei mußten, obwohl es schon ein ganzes Arsenal ähnlicher Vorschriften gab, wie der 1973 eingefügte § 131 StGB gegen die „Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalt“, § 74d (Einziehung bestimmter Schriften), § 111 (Verbot, öffentlich durch Schriften oder Versammlungen zu strafbaren Handlungen anzustiften), § 126 a.F. (Verbot der Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens), § 125 I (Einwirkung auf eine Menschenmenge, um ihre Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten zu fördern) usw. Aber diese Tatbestände erwiesen sich in vielen Fällen als zu konkret, zu eng in der Anwendung, sie waren nur schlecht anwendbar auf kollektive Gruppen und organisierte Massenaktivitäten. Schon 1956 hatte der BGH entschieden: „Die Vorschriften der Staatsgefährdung haben organisierte Kräfte im Auge“.¹⁴ Diese organisierten Kräfte hatte auch der Gesetzgeber 1976 im Auge, um den „Sumpf“ ihrer ideologischen Diskussion schon im Ansatz trockenzulegen. Er änderte mit der Einführung von § 88a und 130a StGB gleich 4 weitere §§ z.T. erheblich ab: § 126, 140, 145d, 241, was in der Presse seinerzeit unterging, aber erst die volle Wirksamkeit der Strafandrohung entfaltete. Bundesjustizminister Vogel auf dem Parteitag in Mannheim: „Schutzgut ist die innere Sicherheit in unserem Lande, das Sauberhalten unserer Diskussion von diesem Gewaltbazillus, der sich leider auch bei uns breit macht“.

Was aber ist eigentlich „Gewalt“? Statt philosophischer Überlegungen einige Beispiele aus unserer höchstrichterlichen Rechtsprechung: Gewalt ist das Sitzen auf Straßenbahnschienen¹⁵ z.B. bei Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, Gewalt ist ein Gernalstreik¹⁶, Gewalt üben Streikposten aus, die „Arbeitswilligen in den Weg treten“ oder diese „durch herabsetzende Aufschriften auf Transparenten gezielt brandmarken“, Gewalt ist das „Fotografieren Arbeitswilliger“ und „das Aufschreiben ihrer Namen“ im Falle des Streiks. Gewalt ist schließlich auch das „Aufhängen der Bilder von Streikbrechern“, die Veröffentlichung der Namen usw.¹⁷ Es ist klar, worum es geht, durch die unpräzise gummiartige Ausdehnung des Gewaltbegriffs auf Massenaktivitäten der Arbeiterschaft soll vom Gewaltcharakter der Gesellschaftsstruktur abgelenkt und das Denken in Kategorien der Klasse aus den Gehirnen strafrechtlich verbannt werden.

14. BGH v. 4.6.1956 in BGHSt 9/28815

15. Protokoll vom 14.11.75, S. 180f

16. BGH NJW 1969, S. 1770

17. BGHSt v. 4.6.55, zitiert nach Denninger (Hrsg.), Freiheitlich demokratische Grundordnung, Bd. 2 Seite 829 (838)

18. C.H. Ule, Streik und Polizei, Köln, Berlin, Bonn, München 1972 Seite 35f.

Und was ist „Befürworten“? Die Bundesregierung hat im Rechtsausschuß dazu ihre Meinung gesagt:

„Erstens gibt es die Befürwortung in der Form der indirekten Aufforderung, zweitens Befürwortung in der Form der scheinbaren Distanzierung, drittens Beschreibungen strafbarer Handlungen mit Nachahmungstendenz, viertens Befürwortung in der Form der Billigung eines historischen Ereignisses in der Absicht, es als nachahmenswertes Vorbild hinzustellen, fünftens Befürwortung in der Form der Ankündigung oder Vorhersage von Gewalttaten mit Nachahmungstendenz und sechstens Befürwortung von Gewalt in der Form des Abdrucks fremder Meinungen, wobei der Autor die fremde Meinung sich zu eigen macht, um einen bestimmten Eindruck zu erziehlen¹⁹“

Dieser Straftatbestandperfektion entrinnt niemand mehr, der sich auch nur mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt. Franz Mehrings „Deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts“ und Charles Bettelheims „Klassenkämpfe in der UdSSR 1917–1923“ sind bereits nach den neuen §§ 130a in Verbindung mit 125 und 126 StGB beschlagnahmt und ihre Besitzer festgenommen worden²⁰. Es geht auch nicht um den Terrorismus, der mit den klassischen Bestimmungen des Strafrechts zu erfassen ist, es geht um die Betonierung der aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Aufgrund des Drucks der demokratischen Öffentlichkeit gelang es seinerzeit, den allgemeinen Gewaltbegriff aus den §§ wieder herauszubekommen und durch konkrete Delikte zu ersetzen, was der strafgerichtlichen Verfolgung in manchen publizistischen Bereichen Grenzen setzen wird. Der Druck ist jedoch sehr groß, den Begriff der Gewalttätigkeit wieder einzuführen. Und es bleibt die Auflösung des engen tatbestandlich fixierten Handlungsstrafrechts in ein Gesinnungsstrafrecht, die Vorverlegung des Staatsschutzes in den Bereich bürgerlich liberaler Freiheitsrechte.

Die weitere Entwicklung ist durch publizistische Vorstöße und Gesetzesinitiativen der CDU/CSU bereits vorgezeichnet: Die Verschärfung des Versammlungs-, Ausländer- und Demonstrationsrechtes, die alle in ihrer gegenwärtigen Fassung einer liberaleren Zeit entstammen. Auch derjenige, der sich friedlich an einer Demonstration beteiligt, aus der irgendwo durch andere Gewalttätigkeiten begangen werden, soll wegen Landfriedensbruch bestraft werden können. Darüber hinaus „könnte es sich anbieten“, so die FAZ, „auch diejenigen Versammlungen als verbotbar zu erklären, die unterhalb der von kaum jemandem mehr betretenen Verbotsschwelle verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Man könnte – auch dahin gehen Wallmanns Überlegungen – bei der Versammlung einer verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden Organisation

19. Rechtsausschuß vom 2.10.75, Protokoll, S. 2293

20. Zitiert nach Gerhard Stuby, Abschied vom Bürgertum?, Blätter für deutsche und internationale Politik 11/77, S. 1311

eine gesetzliche Vermutung einführen, daß die Versammlung auch ihrerseits verfassungsfeindliche Ziele verfolgt".²¹

Zu einem zuverlässigen politischen Strafrecht gehört ein wirksames Strafverfahrensrecht zur Effektivierung des Prozesses. Dies begann nicht erst mit dem berüchtigten Kontaktsperregesetz vom 30.9.77, mit dessen Hilfe derjenige, der in Verdacht der Bildung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB steht, beliebig lange von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen werden kann. Bereits im Dezember⁹. 1974 verstärkte der Gesetzgeber die Position der Staatsanwaltschaft gegenüber den Beschuldigten, Zeugen und Sachverständigen durch Zwangsmittel und Durchsuchungsrechte. Elf Tage später am 20.12.74 wurden die Rechte der Verteidigung zum ersten Mal beschnitten. Dem Verteidiger wurde das Recht genommen, jederzeit im Prozeß das Wort zu ergreifen, oder mehrere Beschuldigte zu vertreten. Die Zahl der gewählten Verteidiger wurde auf drei beschränkt und der schon vorher praktizierte Verteidigerausschluß wurde gesetzlich sanktioniert.

Zwei Jahre später wurde dann mit dem sogenannten „Antiterrorgesetz“ vom 18.8.76 die Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen einem wegen Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung oder Mitgliedschaft in ihr Beschuldigten (§129a) und seinem Verteidiger sowie die Vorbeugehaft bei einem solchen Delikt, d.h. die Untersuchungshaft ohne Haftgrund eingeführt. Auch die Wirkungen des Verteidigerausschlusses wurden erweitert. Mit dem Kontaktsperregesetz von 1977 ruhte der Gesetzgeber keineswegs, sondern beschnitt die Verteidigungschancen im sogenannten Razziengesetz vom 14.4.1978 ein weiteres Mal. Denn es wurden nicht nur die polizeilichen Durchsuchungsbefugnisse ausgedehnt, gleichzeitig wurde der Verteidigerausschluß ein drittes Mal erleichtert mit der Folge, daß der Ausgeschlossene auch keinen anderen nach § 129a Beschuldigten mehr vertreten darf. Damit aber nicht genug, rastlos kramte das Justizministerium alte Entwürfe der CDU/CSU und des Bundesrates zusammen, um ein nächstes Strafprozeßänderungsgesetz vorzulegen, das dann im August 1978 ohne lange Debatten einstimmig verabschiedet wurde: Es erschwert die Richterablehnung, beschränkt bestimmte Rechtsmittel und verschlechtert die Beweisrechte der Verteidigung. Dieses Änderungsgesetz erhielt auch deswegen den Namen „Beschleunigungsnovelle“, weil es die Möglichkeit bietet, die Ehrengerichtsverfahren gegen Strafverteidiger zu beschleunigen.

Sechs Änderungsgesetze in knapp vier Jahren haben nicht nur das weitgehend aufgerollt, was von 1965–1970 an Reformen durchgesetzt worden war, sondern auch empfindliche Breschen in ein Strafverfahren geschlagen, die dessen liberalrechtsstaatliche Grundstruktur in Frage stellen, nach dem Motto des Innenmi-

21. Friedrich Karl Fromme, Die Not der Kommunen mit gewalttätigen Demonstranten, in: FAZ v. 6.12.78

nisters Genscher: „Mit dem Schlimmsten rechnen und das Äußerste dagegen unternehmen“.

So wird der Boder dafür bestellt, daß heute in den juristischen Fachzeitschriften ausführlich die Möglichkeit erörtert wird, eine allgemeine Regelung des Ausnahmezustandes in das Grundgesetz einzufügen.²² Die Rechtsordnung wird zu dem, was sie 1933 war, eine Brille zur Identifizierung des inneren Feindes.

3. Polizei und Bundesgrenzschutz.

Ich komme zum letzten aber nicht minder bedrohlichen Bereich. Denn neben dem geheimdienstlichen Überwachungsapparat, dem strafrechtlichen Staatsschutz, ist man derzeit an dem Ausbau eines umfangreichen polizeilich-militärischen Instrumentariums zur präventiven innerstaatlichen Krisenbekämpfung. Erst durch die Änderung des Grundgesetzes im Zuge der Notstandgesetzgebung 1968 erhielt die Polizei die Aufgabe, den Bestand oder die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ des Bundes oder eines Landes zu sichern und wurde somit zu einer Staatsschutztruppe in der Uniform der Vollzugspolizei oder der kasernierten Bereitschaftspolizei.

Nicht steigende Verkehrsdelikte und allgemeine Kriminalität sind die Legitimation für die allmähliche Militarisierung der Polizei, sondern die Erwartung stärkerer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. In ihrem Landesentwicklungsprogramm 1985 hat es die sozialliberale Regierung von Niedersachsen 1973 vorsichtig, aber unmißverständlich ausgedrückt: „Die wachsende Kompliziertheit des gesellschaftlichen Lebens mit ihren durch die Demokratie nur in langwierigen Prozessen zu lösenden Problemen sowie das steigende politische Bewußtsein der Bevölkerung werden wahrscheinlich dazu führen, daß die Neigung zu öffentlichen Konfrontationen steigt. Die Polizei geht deshalb davon aus, daß auch im kommenden Jahrzehnt eine erhebliche Anzahl von Einsätzen aus Anlaß von Demonstrationen erforderlich werden wird ... Die aufgezeigte Situation verschärft sich in Krisenzeiten ... Konsequenzen: Ziel künftiger Maßnahmen ist es, die Polizei personell und fachlich in die Lage zu versetzen, jeder denkbaren Gefahrenlage bereits im Ansatz flexibel und wirksam begegnen zu können. Sie muß an allen Orten, zu jeder Zeit und unter allen Umständen in der Lage sein, die notwendigen Hilfen zu leisten.“²³ Zur Vorbereitung dienen Bürgerkriegsübungen der Polizei aber auch der reale Einsatz gegen streikende Arbeiter z.B. im Herbst 1973 bei Ford in Köln, Klöckner Bremen, in den Hella-Werken, in Göppingen, Heidelberg und Karlsruhe. Die zunehmende paramilitärische Ausrüstung der Polizei mit automatischen Gewehren, Maschinenpistolen, Maschinengewehren und Handgranaten wird mit Erinnerungen an die Ereignisse

22. Ernst Wolfgang Böckenförde, Der verdrängte Ausnahmezustand, NJW 1978/1881f.

23. Zitiert nach Denninger (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 715

von 1968, mit Anspielungen auf wirtschaftliche Krisensituationen und Arbeitslosigkeit sowie Demonstrationen begründet. Die Hemmschwelle zum Einsatz von Schußwaffen wird systematisch durch psychologische Aufrüstung herabgesetzt, woran nicht nur neue Feindbilder, sondern auch eine verständnisvoll nachsichtige Rechtsprechung ihren Anteil haben.

In dem 1976 von der Innenministerkonferenz einstimmig verabschiedeten Musterentwurf für einheitliche Polizeigesetze in den Ländern ist zwar der gezielte Todesschuß (§ 41 Abs. 2) einer der Hauptreizpunkte und zweifellos ein gefährliches Mittel rechtlicher Entfesselung der Polizei. Ungleich schwerwiegender für die demokratische Bewegung ist aber m.E. die Möglichkeit des Waffengebrauchs gegen Personen in einer Menschenmenge. Nach § 43 des Musterentwurfs dürfen „Waffen gegen eine Person in einer Menschenmenge, aus der heraus Gewalttaten begangen werden“, dann nicht eingesetzt werden, wenn hierbei höchstwahrscheinlich Unbeteiligte gefährdet würden. Unbeteiligt ist nach § 43 Abs. 2 aber derjenige nicht, der sich trotz wiederholter Aufforderung nicht entfernt. Das Gesetz führt zu dem alten Preußischen Tumultparagraphen von 1851 zurück, nachdem jeder, der polizeilichen Aufforderungen nicht augenblicklich Folge leistet und sich entfernt, bestraft wurde.

Hausdurchsuchungen im Bereich der Staatsschutzdelikte werden schon lange entgegen Art. 13 Abs. 2 ohne richterliche Entscheidungen vorgenommen. In Berlin (West) ist es bereits Gesetz. In Zukunft soll jeder, auch der, gegen den kein Verdacht besteht, auf seine Identität untersucht werden können, wenn er sich „in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in unmittelbarer Nähe hierzu“ aufhält und „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen.“ Es gibt praktisch keinen Ort in der Stadt mehr, an dem sich die Feststellungs- und Durchsuchungsbefugnis der Polizei nicht begründen ließe. Jede Demonstration kommt an Dutzenden solcher Orte vorbei und ist damit auch legal überall Objekt für Beobachtung, Kontrolle und Einschüchterung. Die Auflösung alter rechtsstaatlich begründeter Prinzipien ist an diesem Entwurf immer wieder kritisiert worden, wie z.B. die Aufgabe des Prinzips des konkreten Verdachts bzw. der konkreten Gefahr als Voraussetzung polizeilichen Tätigwerdens. Aber, wie Bundesjustizminister Vogel sagt: „Der Rechtsstaat wird auf die konkrete Situation abgestellt“²⁴ und diese Situation wird beherrscht von der Furcht vor demokratischen Massenaktivitäten.

Verstärkt wird die Tendenz zur Militarisierung der Polizei durch die Integration des Bundesgrenzschutzes in den allgemeinen Polizeiapparat. Durch die Notstandsgesetze von 1968 und das neue Bundesgrenzschutzgesetz von '72 auch

24. Jochen Vogel, FR v. 9.5.1975

zum Einsatz im Innern der BRD legitimiert, ist er nur Einsatzreserve der Bundesregierung für Sicherungsaufgaben bei Großdemonstrationen bis hin zu jenem martialischen Notstandsübungen in Brokdorf. Mit dem BGS-Gesetz von 1972 wurde dem Bundesgrenzschutz unter Abänderung des Art. 35 Abs. 2 Satz 1 GG die gleichen Befugnisse „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ gegeben wie der Polizei, was offiziell damit begründet wird, daß er im Ernstfall die Funktion einer eventuell politisch unzuverlässigen Polizei zu übernehmen habe. Ursprünglich ja als Grenzschutztruppe konzipiert, ist der BGS relativ weit von seinem wahrscheinlichsten Einsatzort in den Großstädten entfernt, seit Ende '75 werden daher seine Standorte in das Landesinnere verlagert. Gleichzeitig bleibt der Bestandteil des Militärapparates in der BRD, da er im militärischen Konfliktfall „Teil der bewaffneten Macht“ wird. Damit schließt der BGS die Sicherheitslücke zwischen Bundeswehr und Polizei – nicht nur in Gorbien.

IV. Eine bessere Verteidigung

Überwachungsstaat, politische Justiz, Militarisierung der Polizei: Nur Einzelaspekte für die Möglichkeit, die Demokratie mit dem Gesetzesstaat zu überwinden. Ich habe weder von der Berufsverbotspraxis, der Rechtsgefährdung in den Betrieben, vom Meldegesetz und unzulänglichem Datenschutz, noch der konservativen Macht der Justizgewalt, weder von den Gefahren des kleinbürgerlich anarchistischen Terrorismus noch der ideologischen Gewalt der Monopolpresse gesprochen. Wo Demokratie sich aus allen diesen Elementen zusammensetzt, teilt sich die Krise, der Niedergang bürgerlicher Herrschaft allen Teilen mit. Um einen alten Sozialdemokraten und bekannten Staatsrechtler der Weimarer Zeit, Hermann Heller aus dem Jahre 1929 zu zitieren: „Die gegenwärtige soziologische Lage des Bürgertums scheint ihm aber nur noch eine pessimistische Deutung dieser... lediglich zur Sicherung der ökonomischen Sekurität veranstalteten... Vergesetzlichung zu gestatten. Bedeutet doch die Forderung der sozialen Demokratie des Proletariats nichts anderes als Ausdehnung des materiellen Rechtsstaatsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung. Im Bürgertum findet sich keine Kraft zu neuer Erfüllung des alten Gebots“²⁵. Was im 19. Jahrhundert als Herrschaftsform zur Sicherung einer neuen Gesellschaft gegen die Feudalklasse durchgesetzt wurde, der Rechtsstaat, degeneriert mit der Krise seiner materiellen Existenz zum Sicherheitsstaat, wo die ökonomischen Privilegien an die Stelle der politischen Freiheiten des Volkes treten. Darüberhinaus müssen wir aus historischer und internationaler Erfahrung in unsere politische Kalkulation einbeziehen, daß die herrschende Klasse sich in dem Moment des

25. Hermann Heller, *Rechtsstaat oder Diktatur* (1929), in: *Gesamelte Werke*, Leiden 1971, Bd. 2, S. 451

Gesetzesstaates entledigen wird, wo ihr dieser mit seinen noch rechtsstaatlichen Merkmalen zur unerträglichen Fessel geworden ist.

Wir müssen uns fragen, wo sind die Grenzen dieser Rückentwicklung und was tun wir, das Bürgertum an der Selbstaufgabe seiner einstmals revolutionären Prinzipien zu hindern? So schmerzlich für uns die Tatsache ist, daß die sozialdemokratische Partei teils aktiv in der Regierung teils durch defensives Zurückweichen viele dieser Freiheiten, denen sie überhaupt ihre politische Kraft und Entfaltung verdankt, aufgegeben hat, so wenig dürfen wir übersehen, daß das wesentliche demokratische Potential dieses Landes sich immer noch und gerade auf diese Sozialdemokratie bezieht. Wir müssen uns aber auch von Wolfgang Abendroth sagen lassen, daß die „größte Hoffnung für die Erhaltung der freiheitlich-sozialen Demokratie in der BRD — so bitter das ist — in den internationalen Machtverhältnissen liegt, die den Übergang zum Polizeistaat in diesem Lande kaum erlauben, und in der öffentlichen Meinung vor allem unserer westlichen (wenn auch kapitalistischen), so doch gesicherten parlamentarisch-demokratischen Nachbarländer“.²⁶ Dieses internationale Kräfteverhältnis — so kritisch man es nach Osten wie nach Westen betrachten kann — ist die entscheidende Differenz zur Situation vor 50 Jahren.

Der Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und um die Ausweitung der sozialen Rechte auf die ganze Bevölkerung muß aber im Innern organisiert werden und kann nur unter Einschluß aller demokratischen Kräfte erfolgreich sein. Eine auf der auch uneingestanden Basis des Antikommunismus konzipierte Demokratiestrategie kann nur zu solch blutleeren Gebilden führen, wie die vor einiger Zeit von den Jungsozialisten gestartete Bürgerrechtsbewegung. Ihre notwendige, unabänderliche Erfolglosigkeit erklärt sich aus ihrem falschen Ansatz, eine außerparlamentarische Massenbewegung ohne einen wesentlichen Teil der Linken in der BRD, die Kommunisten, ins Leben rufen zu wollen. Man braucht gar nicht nach Frankreich, Italien oder Portugal unmittelbar nach der Revolution zu schauen, unsere jüngste Geschichte der Nachkriegszeit zeigt, daß die großen wirkungsvollen außerparlamentarischen Bewegungen nur unter Einschluß aller linken Kräfte ihre politische Substanz gewonnen haben: Von der Anti-Atomtodbewegung über die Anti-Notstands- bis hin zur Anti-Berufsbewegung, der Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge, die Abrüstungskampagne und die großen Streiks seit 1969 eingeschlossen. Niemand wird in den Fehler verfallen, weiteren und neuen außerparlamentarischen Bewegungen zur Sicherung der demokratischen Rechte die Unterstützung zu versagen, allerdings unter zwei Voraussetzungen: 1. Es muß der Irrtum vermieden werden, daß mehrere parallele Bewegungen, die sich auf verschiedene politische Kräfte stützen, sich aber gleichzeitig voneinander abgrenzen, die demokratische Bewegung insgesamt

26. Wolfgang Abendroth, Terroristen, Pharisäer und Nutznießer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1977, S. 1173f.

stärken. Der Satz Moltkes: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ mag für eine Armee gelten, kaum für eine demokratische Bewegung. Die Entmachtung einer Bewegung durch ihre Spaltung ist eine alte, erfolgreiche Strategie der herrschenden Klasse und auch schon von der SPD praktiziert worden. Zum 2. ge-
deiht keine Bewegung auf der Basis eines Verständnisses, wie es Gerhard Schröder auf der internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in Darmstadt im Februar 1979 mit dem Satz umrissen hat: „Wer nicht in der Sozialdemokratie organisiert ist, ist der Gegner der Jungsozialisten.“

Diese Position formuliert wiederum – nur mit anderen Worten – den falschen Alleinvertretungsanspruch und bestreitet die Bündnismöglichkeit auf gleichberechtigter Basis aller fortschrittlichen Kräfte. Denn wer rechts wie links, jenseits wie diesseits der Klassentrennung den Gegner sieht, bleibt schließlich isoliert und politisch orientierungslos. Die eindeutige Stoßrichtung des demokratischen Kampfes gegen rechts erlaubt nur das Bündnis aller Linken – ohne Antikommunismus. Ein Bündnis, in dem sich Sozialdemokraten und Kommunisten, Liberale, Christen und Demokraten verbinden, muß sich um ein Scheitern zu vermeiden, ein unverzichtbares Maß an Geschlossenheit des Kampfes gegen den gemeinsamen Klassengegner verschaffen. Das bedeutet zunächst weder Volksfront noch die Verwischung der gegebenen politischen Unterschiede in dem Bündnis, sondern vor allem die Betonung des gemeinsamen Ziels in der konkreten Aktions-einheit.

Hierbei kommt gerade den Jungsozialisten eine zentrale Funktion zu, da sie die in der Sozialdemokratie seit Mitte vorigen Jahres aufgebrochenen Widersprüche verschärfen können und müssen, um in der Partei das Lager der Gegner der Berufsverbote zu verstärken. Gewiss muß damit langfristig die durchgehende Demokratisierung des Beamtenapparates und des Beamtenrechts verbunden werden, um beide von den „hergebrachten Grundsätzen“ des Obrigkeitsstaates zu entbinden. Hier liegt eine zentrale Aufgabe, die sich bis in die Polizei, die Staatsanwaltschaften und Gerichte erstreckt. Sie darf jedoch nicht zum Vorwand gemacht werden, die Aufhebung der Berufsverbotspraxis von der Veränderung des Beamtenrechts abhängig zu machen.

Dieser Kampf ist deshalb so zentral und vordringlich, weil die Praxis nicht nur zu einem technisch immer effektiveren Ausbau des Überwachungsstaates und der ideologischen Formierung des Beamtenapparates auf eine autoritäre Zugriffsbürokratie führt, sondern auf der anderen Seite zu einer allseitigen Schwächung und Verängstigung des demokratischen Potentials der Bevölkerung. Der Angriff auf die materielle Existenz des Bürgers, den Beruf, läßt ihm erfahrungsgemäß kaum einen Spielraum, sich gegen solche Entwicklungen zu wehren, wie ich sie aufgezeigt habe, die ihn nicht so zentral treffen wie ein mögliches Berufsverbot.

In den Jungsozialistischen Blättern von 1928 schrieb Otto Kirchheimer:

Der Rechtsstaat ist nicht mehr eine Position, die dem Bürgertum, ausschließlich gehört, weder eine Angriffsposition wie in seiner Frühzeit, noch eine Verteidigungsposition wie

in seiner Spätzeit. Der Rechtsstaatsgedanke steht heute zwischen Proletariat und Bürgertum. Er ist die Grenzscheide zweier kämpfender Gruppen geworden, die beide weit davon entfernt sind, in ihm das endgültige Gesetz der Machtverteilung zu empfinden... Der Rechtsstaat ist vielleicht eine der nach außen hin bezeichnendsten Formen für den Übergangswert unseres heutigen politischen Systems, für seine Vorläufigkeit, für einen Zustand, in dem die eine Klasse nicht mehr stark genug, die andere noch nicht stark genug ist, an der Ausschließlichkeit ihres politischen Systems festzuhalten.²⁷

Daß wir aber heute unbedingt und ohne Zögern für den Rechtsstaat eintreten, bedeutet nicht, daß wir ihn morgen, wenn sich einmal die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert haben, über Bord werfen. Im Gegenteil, wir kämpfen heute auch deshalb für ihn, weil wir später den größten Wert darauf legen müssen, daß sich die Gegner den Gesetzen der neuen Gesellschaft unterwerfen.

27. Otto Kirchheimer, Bedeutungswandel des Parlamentarismus, in: Von der Weimarer Republik zum Faschismus — Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/M. 1976, S. 58f.

Rezension

Giuseppe Fiori

Das Leben des Antonio Gramsci

Rotbuch Verlag Berlin (West) 1979 – 272 Seiten, 25,- DM

Die Entdeckung Antonio Gramscis durch die westdeutsche Linke macht Fortschritte. Eine wichtige Hilfe dazu bietet die vom Rotbuch Verlag herausgegebene Übersetzung der Gramsci-Biographie von Giuseppe Fiori. Diese seit ihrem Erscheinen 1966 in Italien grundlegende Biographie kann nicht nur anspruchsvollem wissenschaftlichem Interesse gerecht werden. Sie hat auch den seltenen Vorzug, daß sie sehr fesselnd geschrieben ist. Darüber hinaus kann sie Leuten, die bisher, wenn sie Turin hörten, nur an Luventus gedacht haben, zu einer ersten Annäherung an die italienische Arbeiterbewegung und an die politische Theorie Antonio Gramscis verhelfen.

Antonio Gramsci wurde 1891 in Ales auf Sardinien geboren. Aufgrund Fioris plastischer Beschreibung der sardischen Verhältnisse kann sich der Leser ein genaues Bild der Lebensumstände des jungen Gramsci machen. Eine Stärke des Buches, die vielleicht bei der Beschreibung Gramscis Jugend in Sardinien am deutlichsten zum Ausdruck kommt; Fiori beschränkt sich nicht auf die einfühlsame Beschreibung der persönlichen Entwicklung Gramscis, sondern er setzt diese sachkundig in den Rahmen der gesamten Gramsci umgebenden und prägenden Verhältnisse.

Nach wenigen Jahren relativ glücklicher Kindheit ist Gramscis Jugend von Armut und Krankheit bestimmt. Ein Rückenleiden macht ihm Zeit seines Lebens schwer zu schaffen. Die große Not der sardischen Bauern und Arbeiter führt Gramsci zu einem sozialistisch orientierten sardischen Nationalismus, dem „Sardismo“, der alles Übel auf dem italienischen Festland sieht.

1911 kommt Gramsci dorthin, um sein Studium der Sprachwissenschaften an der Universität von Turin aufzunehmen. Sein Stipendium ist so mager, daß er sich nicht ausreichend ernähren kann, sein Gesundheitszustand bleibt schlecht. Die Lage der Turiner Arbeiter macht ihm klar, daß nicht alle Festlanditaliener Ausbeuter und Unterdrücker Süditaliens und der Inseln sind. Er schließt sich der Sozialistischen Partei (PSI) an. Die genauen Umstände seines Beitritts sind noch nicht ausreichend erforscht; ebenso scheinen Gramscis spätere Aufenthalte im Ausland (Moskau, Wien) noch einer intensiveren Forschung zu bedürfen.

Gramsci bricht 1915 sein Studium ab und wird Mitarbeiter verschiedener Parteiblätter. Vor allem im „Ordine Nuovo“ übt er Kritik an der PSI-Führung, die die Arbeiterkämpfe und die Rätebewegung zu wenig koordiniert und unterstützt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kritikern will er jedoch die PSI zunächst von innen verändern. Etwas widerstrebend tritt er deshalb 1921 aus der PSI aus und schließt sich der neugegründeten kommunistischen Partei (PCI) an. Lange Zeit wird diese von linkskommunistischen Gruppierungen (Bordiga) bestimmt. Erst 1926 kann Gramsci beherrschenden Einfluß gewinnen.

1927 wird er von den Faschisten verhaftet. Im Gefängnis verschlimmern sich seine Krankheiten. Trotzdem arbeitet er mit eiserner Energie: Eine neue Auffassung vom Marxismus und eine strategische Alternative zum bolschewistischen Revolutionsmodell für die westeuropäische Arbeiterbewegung bringt er in Umrissen zu Papier. Die Sozialfaschismustheorie, die die Komintern zu der Zeit vertritt, lehnt er ab.

Doch sein Körper ist den unmenschlichen Bedingungen nicht auf Dauer gewachsen. Er stirbt 1937.

Daß die 30 Kapitel der Biographie von Fiori keine Überschriften tragen und daß somit auch kein Inhaltsverzeichnis vorangestellt ist, erschwert das einprägende Lesen und ist vor allem von Nachteil, wenn man später noch einmal etwas nachschauen möchte. Eine genauere Belegung von Zitaten wäre vom Standpunkt des wissenschaftlichen Arbeitens wünschenswert, obgleich dies zugegebenermaßen das angenehm flüssige Lesen etwas bremsen würde. Eine gute Hilfe sind die erklärenden Anmerkungen, die die Übersetzerinnen für die deutschen Leser noch ergänzt haben.

Insgesamt gesehen handelt es sich bei der Biographie von Fiori um ein in fast jeder Hinsicht sympathisches Buch. Fiori hat mit seinem Werk nicht nur den beeindruckenden Lebenslauf eines wichtigen Theoretikers beschrieben, sondern er hat es auch verstanden, dadurch ein Stück Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung zu beleuchten. Allen, die die politische Theorie Antonio Gramscis für eine Bereicherung auch der westdeutschen Diskussion halten, ist mit der Übersetzung dieser gelungenen Einführung in Gramscis Leben und Werk ein großer Dienst getan.

ALFRED GEORG FREI
Konstanz, Juli 1979

Autorenverzeichnis

Alexy, Hans, geb. 1952, Rechtspraktikant in Bremen, Mitglied der ÖTV

Bamberg, Hans-Dieter, vergl. spw 4

Bouwer, Günter, geb. 1952, Dipl.-Ökonom, Doktorand und Lehrbeauftragter der Universität Bremen, Mitglied der ÖTV

Brauns, Hans-Jochen, geb. 1941, Dr. jur., Prof. und Rektor der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin, Veröffentlichungen zum Staatsrecht, zur Hochschulreform und zur Entwicklung der SPD nach 1945, Mitglied der SPD und der ÖTV.

Haug, Wolfgang Fritz, geb. 1936, Dr. phil., Prof. für Philosophie an der FU Berlin, wichtigste Veröffentlichungen: Kritik des Absurdismus (1976), Der hilflose Antifaschismus (1977), Kritik der Warenästhetik (1977), Bestimmte Negation (1973), Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“ (1976), In Vorbereitung: Sein und Bewußtsein; Der Kongreß der Ausdrucksberater (Roman). Mitglied der GEW, des BdWi, Deutscher Werkbund.

Jaeggi, Urs, geb. 1931 in Solothurn (Schweiz), Dr. phil., Prof. für Soziologie an der FU Berlin, wichtigste Veröffentlichungen: Die gesellschaftliche Elite (1961), Der Angestellte im automatischen Büro (zus. mit Herbert Wiedemann, 1963), Ordnung und Chaos. Strukturalismus als Methode und Mode (1968), Literatur und Politik (1972), Für und wider die revolutionäre Ungeduld. Aufsätze und Notizen (1972), Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik (1973), zusätzlich literarische Publikationen, Mitglied der Schweizer Sozialdemokratie.

Kisker, Klaus Peter, vergl. spw 3

Neumann, Kurt, vergl. spw 3

Oehlke, Paul, geb. 1943, Dr. phil., Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (mit Albers, Goldschmidt, 1971), Britische Gewerkschaftsbewegung (AS2 1974), Mitautor von: Arbeitslosigkeit (Hg. Kieselbach, Offe, 1979), Mitglied der ÖTV.

Paech, Norman, vergl. spw 4

Wehr, Andreas, vergl. spw 2

Wolf, Klaus Peter, vergl. spw 1

Zachert, Ulrich, geb. 1943, Dr., Wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, Veröffentlichungen zum Arbeitsrecht, zur Mitbestimmung und zur Gewerkschaftspolitik.

Zerdick, Axel, vergl. spw 1

Zimmermann, Burkhard, geb. 1952, Diplom-Politologe, Doktorand an der FU Berlin, Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten von Juli 1976 bis Juli 1978, Bildungsbeisitzer im Kreisvorstand der SPD Berlin-Zehlendorf, Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mitglied in der SPD und der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden.

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

118

Umwelt-Politik (II)

Gewerkschaften, Staat, Kosten, Ressourcen. Kommentierte Bibliographie. — Alternative Lebensformen. K. Krusewitz, M. Massarrat, S. Hall u.a.

9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



Subjektivität.

Wissenschafts- und Erkenntniskritik.
Materialistische Psychologie USA.
Neue Rubriken: Werkstattpapiere,
Arbeitsgruppen, Bibliographie.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Marx, Engels, Lenin. Lukács. Gramsci.
Althusser.

Bürgerliche Ideologietheorie,
Luhmann, Berger/Luckmann.
Eigene Position des PIT.

Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).